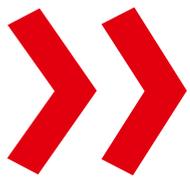


ANTRAGSBUCH

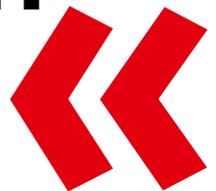
ORDENTLICHER PARTEITAG DES SPD-UNTERBEZIRKS REGION HANNOVER

Samstag, 20. April 2024 | 10.00 bis 17.00 Uhr

Marie-Curie-Schule KGS Ronnenberg
Am Sportpark 1 in Ronnenberg-Empelde



**DEMOKRATIE BRAUCHT
DEMOKRAT:INNEN**



Antragsübersicht

Stand: 19. April 2024 (Frist zur Einreichung von Anträgen war Freitag, 29. März 2024, 24:00 Uhr)

Anzahl der eingereichten Anträge: 70

MITGLIEDER DER ANTRAGSKOMMISSION	6
ARBEITSPROGRAMM	7
AP 1 – Arbeitsprogramm 2.0	
Auf dem Weg zu einer modernen, offenen Mitgliederpartei	7
Grafische Übersicht: Arbeitsprogramm 2022-24.....	10
LEITANTRAG (LA)	11
LA 1 – Demokratie braucht Demokrat:innen!.....	11
LA 2 – Europa auf Kurs halten Gute Arbeit, nachhaltige Entwicklung und faire Partnerschaft	14
ARBEIT (A)	18
A 1 – Tarifbindung jetzt!	18
A 2 – Für ein echtes Tariftreuegesetz und entsprechende Vergaberichtlinien in Niedersachsen und im Bund	19
A 3 – Wir stehen zum Streikrecht!	20
A 4 – Ermutigungskampagne Diversität im Öffentlichen Dienst	21
BAUEN UND WOHNEN (BA)	22
BA 1 – Abschaffung der Zulässigkeit von Indexmieten	22
BA 2 – Antrag zur Beschränkung von Modernisierungsmieterhöhungen	23
BA 3 – Antrag zum Mietenstopp	24
BA 4 – Stärkerer Schutz vor Eigenbedarfskündigungen	25
BA 5 – Wohneigentumsquote erhöhen – Altersvorsorge stärken	26
BA 6 – Leerstand bekämpfen!.....	27
BILDUNG (BI)	28
BI 1 – Für ein Sondervermögen für die Bildung.....	28
BI 2 – Stärkung der Bundes- und Landeszentralen für Politische Bildung	30

BI 3 – Beteiligungsverfahren bei Kürzungen, Weiterentwicklung und baulichen Maßnahmen im Schulbiologiezentrum Hannover	31
BI 4 – Berufsschulen zu Kompetenzzentren Beruflicher Bildung weiterentwickeln	32
BI 5 – Digitale Lernmittelfreiheit für alle Schüler:innen in Niedersachsen durchsetzen	33
BI 6 – Erhöhung des Zusatzbedarfs für Ganztagsgrundschulen	34
BI 7 – Familienzentren: Orte der Bildung, der Prävention, der Begegnung und Beratung von Familien in unterschiedlichen Lebenslagen.	35
BI 8 – Koordinierungsstelle Übergang	38
BI 9 – Angebot für neuzugewanderte schulpflichtige Jugendliche ohne Schulplatz	41
BI 10 – Stärkung der Sprachförderung im vorschulischen Bereich auf Landes- und Bundesebene – gegen die Streichung von Finanzmitteln	43
BI 11 – Digitale Lernmittelfreiheit für Schüler:innen in Niedersachsens Schulen	45
BI 12 – Schule ist mehr als Unterricht – Schulsozialarbeit stärken!.....	46
DEMOKRATIE (D)	50
D 1 – Worte finden, rechten Demagog:innen entgegnen	50
D 2 – Keine Ausreden – Parität jetzt!	51
D 3 – Briefwahl 2.0: Die Zukunft des Wählens liegt im Umschlag	52
D 4 – Nachhaltige Förderung der Medienkompetenz	53
EUROPA (EU)	54
EU 1 – Einführung des Europatags als europäischer Feiertag.....	54
FINANZEN (F)	56
F 1 – Änderung des Sparerpauschbetrages.....	56
F 2 – Kommunen und kommunale Aufgaben dauerhaft auskömmlich finanzieren	58
F 3 – Angemessene Anpassung der Erbschafts- und Schenkungssteuer	62
F 4 – Abschaffung der Schuldenbremse.....	63
F 5 – Einführung eines Kindersoli für Milliardäre	64
F 6 – Einführung eines Kommunalsoli für Milliardäre	65
INNERES UND SICHERHEIT (IS)	66
IS 1 – Auf der Straße für die Demokratie – Polizei resilient weiterentwickeln und weiterhin wehrhaft für die Demokratie aufstellen!	66

IS 2 – Erstattung der Kosten für Personenschutz im öffentlichen Bereich exponierter jüdischer Mitbürger:innen	68
IS 3 – Erhalt und weiterer Ausbau der Frauenhauslandschaft.....	69
KLIMASCHUTZ (KI)	71
KI 1 – Energiewende für alle I: Klimaneutraler Strom im Mehrfamilienhaus! – Einführung der Gemeinschaftlichen Gebäudeversorgung	71
KI 2 – Energiewende für alle II: Klimaneutrales heizen im Mehrfamilienhaus! – PV-Strom für Wärmepumpen unbürokratisch abrechnen	73
KI 3 – Klimaschutz und Klimawirtschaft.....	76
KI 4 – Elektromobilität ausbauen – Ladesäuleninfrastrukturstrategie (LASIS) gestalten	82
KOMMUNALPOLITIK (K)	86
K 1 – Antrag auf kostenlose Fahrten für Schüler:innen auch unterhalb der 2 km-Grenze	86
K 2 – Mehr öffentliche Trinkwasserbrunnen in der Region Hannover	87
K 3 – Eine Investition in unsere Zukunft – Änderung von § 120 Abs. 2 Satz 3 NKomVG	88
K 4 – Mehr Freiheit für kommunale Vorkaufsrechte	90
K 5 – Grundsätzliches Rauchverbot im Erlebnis-Zoo Hannover	91
ORGANISATION (O)	93
O 1 – Gründung: Arbeitsgruppe gegen eine Etablierung der AfD im Umland	93
O 2 – Eigene Videoplattform ermöglichen – SPD gestaltet die Hybridformate	94
O 3 – Frauenförderung und breitere Teilhabemöglichkeiten für Engagierte und Funktionsträger:innen	95
O 4 – Mitgliederwerbung und Stärkung des Ehrenamts	98
O 5 – Jährliche Delegiertenwahlen für mehr innerparteiliche Demokratie	100
RESOLUTION (R)	103
R 1 – Bezahlbarer Wohnraum in der Region Hannover: Wir verbinden politische Ebenen und Initiativen für Lösungen vor Ort	103
R 2 – Leitlinien des SPD-Unterbezirks Region Hannover zu Umwelt und Klimaschutz	105
R 3 – Neugründung von Arbeitsgemeinschaften	113
R 4 – Migrationspakt“ beschlossen. Jetzt muss die EU einen „Pakt zur Bekämpfung der Fluchtursachen“ umsetzen	114

SATZUNGSÄNDERNDE ANTRÄGE (SÄ)	116
SÄ 1 – Verantwortung teilen: Doppelvorsitz für den Unterbezirksbeirat	116
SOZIALES (S)	117
S 1 – Beantragung der Förderanträge nach BuT effizienter machen.....	117
S 2 – Absicherung und Stärkung von spezialisierten Beratungsangeboten FASD (Fetal Alcohol Spectrum Disorders)	119
S 3 – Abschaffung 2-Klassen-Medizin bei Terminvergaben	121
S 4 – Freiwilliges Soziales Jahr in Politik in den Parteien ermöglichen	122
S 5 – Energiekostenausgleich für Rentner:innen	123
S 6 – Automatische Auszahlung von BuT-Leistungen.....	124
S 7 – Finanzielle Sicherung für soziale Projekte in der Kinder- und Jugendarbeit	125
VERKEHR (V)	127
V 1 – Verzicht auf die Ausbauten der A2 und der A7 in der Region Hannover im Bundesverkehrswegeplan	127
V 2 – Umgehendes Abschleppen nicht zugelassener Kraftfahrzeuge („Schrottautos“) und Krafträder	128
V 3 – Stadtbahnlinie nach Garbsen Mitte	130
V 4 – Nahverkehr: Ringlinie für die äußeren Stadtteile der LHH	131
V 5 – Hochfrequentes autonomes Fahren in der Zukunft	133
ÄNDERUNGSANTRÄGE (Ä)	135
Ä 1 – Änderungsantrag zu AP-1: Arbeitsprogramm 2.0 Auf dem Weg zu einer modernen, offenen Mitgliederpartei	135
Ä 2 – Änderungsantrag zu BA-6: Leerstand bekämpfen!.....	136
Ä 3 – Änderungsantrag zu IS-1: Auf der Straße für die Demokratie – Polizei resilient weiterentwickeln und weiterhin wehrhaft für die Demokratie aufstellen!	137
Ä 4 – Änderungsantrag zu S-7: Finanzielle Sicherung für soziale Projekte in der Kinder- und Jugendarbeit	138
Ä 5 – Änderungsantrag zu V-1: Verzicht auf die Ausbauten der A2 und der A7 in der Region Hannover im Bundesverkehrswegeplan	139

MITGLIEDER DER ANTRAGSKOMMISSION

Name	OV	Zuständigkeit
Boidol, Nina*	(Ronnenberg)	<i>Inneres und Sicherheit, Kommunalpolitik, Soziales</i>
Dzaack, Alexandra	(Vahrenwald-List)	<i>Organisation, Soziales</i>
Fischer, Klaus*	(Seelze)	
Flockemann, Roman	(Hannover-Südwest)	
Hendricks, Dr. Kirsten*	(Südstadt-Bult)	<i>Vorsitz, Leitantrag, Arbeitsprogramm, satzungsändernde Anträge</i>
Hermann, Niklas	(Vahrenwald-List)	<i>Arbeit</i>
Mewes, Patrick	(Laatzen)	<i>Finanzen</i>
Peisker, Niklas	(Burgdorf)	
Rödel, Bernd*	(Ki-Be-Wü)	<i>Inneres und Sicherheit, Verkehr</i>
Sadow, Michael	(Oststadt/Zoo)	<i>Demokratie</i>
Schmalstieg, Philipp*	(Linden-Limmer)	<i>Bauen und Wohnen</i>
Schlüter, Janina	(Oststadt/Zoo)	<i>Resolutionen</i>
Schmitz, Robert	(Misburg-Anderten)	<i>Klimaschutz</i>
Schünemann, Dennis Lee	(Hainholz-Vinnhorst)	<i>Europa</i>
Seide-Matthies, Petra*	(Neustadt a.Rb.)	<i>Bildung, Soziales</i>
Sommer, Klaus-Peter	(Neustadt a.Rb.)	

Nach dem Statut des Unterbezirks wählt der Unterbezirksvorstand* aus seinen Reihen sechs Mitglieder zur Antragskommission, der Beirat im Unterbezirk wählt zehn weitere Mitglieder aus dem Kreise der Delegierten.

ARBEITSPROGRAMM

AP 1 – Arbeitsprogramm 2.0

Auf dem Weg zu einer modernen, offenen Mitgliederpartei

Antragsteller:in Unterbezirksvorstand

Weiterleitung Unterbezirksvorstand

Empfehlung der AK: Annahme

1 In den zurückliegenden zwei Jahren hatte sich der Unterbezirksvorstand intensiv mit dem im April
2 2022 durch den ordentlichen Parteitag des Unterbezirks mit großer Mehrheit beschlossenen
3 Arbeitsprogramm befasst. Das Ziel des Programms war mit einer „starken Zukunft SPD Region
4 Hannover“ überschrieben. In drei Projektgruppen teilte sich die Umsetzung des
5 Arbeitsprogramms praktisch auf: Mitglieder des Unterbezirksvorstandes entwickelten seither
6 Maßnahmen und Ideen zu einer (1) *Entlastung und Unterstützung von Ortsvereinsvorständen*, (2)
7 für eine *Lebendige Partei* sowie zur (3) *Mitgliederbetreuung und -qualifizierung*. Ferner umfasste
8 das Papier die Ausgestaltung der 2022 geführten Landtagswahlkampagne in der Region
9 Hannover. Die grafische Übersicht in der Anlage fasst die wesentlichen Schritte zusammen (siehe
10 Anlage).

11 Zahlreiche inhaltlichen Maßnahmen haben wir in den zurückliegenden zwei Jahren auf den Weg
12 bringen können. Im November 2023 hatte der Unterbezirksvorstand erstmals ein umfassendes
13 und wegweisendes Rahmenkonzept „Qualifizierung, Führung und Verantwortung“ beschlossen.
14 Die Vorstands- und Beiratssitzungen im Unterbezirk führen wir seit rund einem Jahr mit Hilfe
15 hybrider Technik in Präsenz sowie digital durch. Ausgewählte Zielgruppen (Vorsitzende,
16 Kassierer:innen, Mitgliederbeauftragte, Fraktionsvorsitzende) vernetzen wir mit Hilfe von
17 geschlossenen Messenger-Gruppen (*Signal*). Wir kommunizieren seit etwa eineinhalb Jahren
18 kontinuierlich neben Facebook auch in Instagram und prüfen die Ausweitung auf weitere
19 Formate (Stichwort: TikTok). Hierzu bauen wir die Zuarbeit an Ortsvereine durch Sharepics und
20 Vorlagen weiter aus (Stichwort: *Canvaisierung*). Wir haben einen regionsweiten kostenfreien
21 Verleihservice aufgebaut und stellen nach dem Unterbezirksparteitag mit dem so genannten
22 „Schnellfinder“ für politisch Aktive zahlreiche SPD-Anwendungen, Muster und Vorlagen sowie
23 hilfreiche Erläuterungen auf den Internetseiten des Unterbezirks online. Hierzu zählt das Angebot
24 weiterer nützlicher Online-Anwendungen im OpenSource-Format (Terminabfragen, Kalender,
25 gemeinsame Dokumentenbearbeitung). Seit langer Zeit wieder führen wir unter der Überschrift
26 von „*Pizza und Politik*“ Abende für neue Mitglieder in der Region durch. Mit der Idee von „Mein
27 Bild von Europa“ stellen wir unseren Ortsvereinen zur Europawahl eine eigene regionsweite
28 Aktionskampagne zur Verfügung.

29 Die intensive Befassung mit dem Arbeitsprogramm hat sich bereits gelohnt. Einige Punkte harren

30 derweil der Umsetzung. Der Fokus eines zukünftigen Arbeitsprogramms verschiebt sich dabei
31 zusehends auf vor allem drei Herausforderungen: Die Organisationskraft der SPD hängt ganz
32 wesentlich – nicht zuletzt für die Ausstattung mit hauptamtlichem Personal – von der
33 Mitgliederstärke unserer Partei ab. Zweitens bedarf die Struktur unserer Partei vor Ort einer
34 gesteigerten Aufmerksamkeit. Welche – mitunter statuarisch vorgeschriebenen –
35 Organisationsformen können und wollen wir noch aufrechterhalten? Drittens stellt sich vielerorts
36 immer öfter die Frage nach der Kampagnenfähigkeit der SPD in der Region Hannover.

37 Vor diesem Hintergrund beauftragt der Parteitag des SPD-Unterbezirks Region Hannover den
38 Vorstand mit der Fortführung des 2022 beschlossenen Arbeitsprogramms bis Ende 2024
39 (Arbeitsprogramm 2.0). Wir gehen dabei von einem Parteiverständnis aus, dass sich der
40 Willensbildung nach von unten nach oben aufbaut, den Ortsvereinen ihre statuarische
41 Autonomie in politischen Fragen ausdrücklich zugesteht und abzielt auf die Erkenntnis, dass ein
42 Ganzes mehr bewirken kann als die Summe seiner Einzelteile. Die weitere Arbeit innerhalb der
43 Parteiorganisation an einem *Arbeitsprogramm 2.0* hat dabei unter den drei oben beschriebenen
44 Herausforderungen zu erfolgen:

- 45 1. Der Unterbezirksvorstand wird beauftragt, die Mitgliedergewinnung in Fortführung der
46 bundesweiten „Mission 30.000“ zu verstetigen und konkret in die Gliederungen zu tragen
47 und mit Hilfe von adaptierfähigen Vorlagen und Materialien zu operationalisieren. Den
48 Mitgliederbeauftragten in Unterbezirk und Ortsvereinen kommt hierbei eine wesentliche
49 Multiplikator:innen-Funktion zu. Neben der Betreuung bestehender Mitglieder sind
50 Maßnahmen vor allem auszurichten an der Ansprache, der Gewinnung und dem
51 langfristigen Verbleib neuer Mitglieder in die SPD. Die Ansprache gerade junger
52 Neumitglieder (Stichwort: 10 unter 20) soll im Unterbezirk unter Schulterschluss mit der
53 Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialist:innen verstärkt werden. Angeregt wird deswegen eine
54 regionsweite Kampagne „100 unter 35“.
- 55 2. Der Unterbezirksvorstand wird angehalten, ein passendes Format zu entwickeln, Ortsvereine
56 auf Wunsch zu beraten und zu begleiten, die eigenen Strukturen zu reflektieren und diese
57 zukunftsfest und nachhaltig resilient weiterzuentwickeln. Eine Variante kann die Idee eines
58 wertschätzenden Besuchs von Ortsvereinen durch den Unterbezirksvorstand bedeuten. Auf
59 diese Weise soll das Element des solidarischen, wechselseitigen Lernens gestärkt und gute
60 Erfahrungen für Dritte im Unterbezirk erfahrbar gemacht werden. Auch soll eine engere
61 Verknüpfung von Gliederungen forciert werden. In diesem Zuge soll die in 2022/23 erhobene
62 Umfrage unter Ortsvereinsvorsitzenden aufbereitet, mögliche Schlussfolgerungen daraus im
63 Rahmen eines Beirats breit diskutiert und konkrete Maßnahmen daraus im
64 Unterbezirksvorstand beschlossen werden.
- 65 3. Zur mittelfristigen Aufrechterhaltung der Kampagnenfähigkeit unserer Ortsvereine und dem
66 weiteren Heben solidarischer Synergieeffekte beauftragt der Parteitag den
67 Unterbezirksvorstand, im Anschluss an eine im November 2023 durchgeführte Klausur zu
68 einer „neuen Zusammenarbeit im Unterbezirk“ diese Arbeit fortzusetzen und unter

69 Beteiligung möglichst vieler Gliederungen sowie der Hauptamtlichkeit einen Katalog an
70 Dienstleistungen und politischer Unterstützung im Unterbezirk vorzulegen. Hierzu wird eine
71 Lenkungsgruppe eingerichtet, welche die Arbeit koordiniert und dem Vorstand regelmäßig
72 berichtet.

73 4. Über das Wahlprogramm zur Kommunalwahl und in Ergänzung der vielfältigen politischen
74 Arbeit der SPD-Regionsfraktion wird der Unterbezirksvorstand angehalten, im Anschluss an
75 den Parteitag zu einer Auftaktklausur einzuladen. Zielsetzung eines solchen Arbeitstreffens
76 sollte es sein, abseits von organisatorischen Fragestellungen weitere inhaltliche Impulse für
77 die Region zu entwickeln und zu vereinbaren. Auf diese Weise stärken wir das aktive Agenda-
78 Setting der SPD in der Region Hannover.

79 Das Arbeitsprogramm 2.0 folgt dabei der Zielsetzung, die Ausgangslage der SPD auf
80 organisatorischer und struktureller Ebene im Vorfeld der Kommunalwahlen 2026
81 weiterzuentwickeln. Der Unterbezirksvorstand berichtet den Ortsvereinen im Rahmen eines
82 Unterbezirksbeirats über den Fortgang des Arbeitsprogramms 2.0. Eine Konferenz der
83 Ortsvereinsvorsitzenden sorgt spätestens 2025, rund ein Jahr vor der Kommunalwahl, für eine
84 Rückkopplung an die Ortsvereine und ihre Vorstände.

85 Begründung:

86 Erfolgt mündlich.

Anlage:

Grafische Übersicht über das UB-Arbeitsprogramm 2022-24

Grafische Übersicht: Arbeitsprogramm 2022-24

2022			
2. Quartal	Landtagswahl Kampagne Erstellung eines Veranstaltungsformates inkl. Vorlagen für Pressemitteilung, Sharepics, Text für soziale Medien und Möglichkeit zur Sammelbestellung etwaigen Materials		Entlastung und Unterstützung Ortsvereinsvorstände Projektbeginn
3. Quartal	Bereitstellung der Inhalte und des Materials		Organigramm (Unterbezirk, Regionsfraktion, Region, Bezirk) (fortlaufende Aktualisierung)
4. Quartal	Landtagswahl	Lenbendige Partei Projektbeginn	Abfrage bei den OV's zur Nutzung von externen Angeboten - Fotos, Plakate hängen, Soziale Medien. Zusammenstellung für alle OV's im Unterbezirk. Zusammenstellung von politischen Inhalten für Übersichten Jahreshauptversammlungen - 3 Erfolge, 3 Ziele, 3 Formalien (Wahlen, Parteistruktur) - als Flyer und Text zum Kopieren auf die MV-Einladung.
2023			
1. Quartal	Mitgliederbetreuung und -qualifizierung Projektbeginn	Entbürokratisierung - einfache und transparente interne Kommunikationsstrukturen Beteiligungsangebote flexibilisieren	Zusammenstellung der vorhandenen Tools der Bundespartei (Corporate Design, Fotoplattform, Easymailer, Parteiwiki im Willy-Brandt-Haus...) Erstellung von leicht nutzbaren Vorlagen zu Corporate Design, beispw. als Powerpoint-Vorlage für Kacheln und Word-Vorlage für Anschreiben. (Eventuell Workshop-Angebot dazu)
2. Quartal	Ein Fragebogen zur Mitgliederwerbung - Mitgliederbetreuung	parallele Mitmachkanäle initiieren	OVV-Konferenz (Austausch zu ersten Ergebnissen, Best Practices aus Ortsvereinen und Herausforderungen).
3. Quartal	Einsetzen einer/-s Mitgliederkoordinator:in Konferenz zu ÖA / Mitgliederwerbung / -betreuung - jeder bringt ein Beispiel mit	Lebendige Partei Abschluss	Vorlagen zu Mustersatzung, Tagesordnung zu Mitgliederversammlungen, Delegiertenwahlen.
4. Quartal	Mitgliederbetreuung und -qualifizierung Abschluss	Vorbereitung Europawahl Erstellung und Verteilung Ablaufplan mit Orga-Paket für OVV's (Zeitplan, Vorlagen für Einladungen - Daten Fakten - Todos)	Entlastung und Unterstützung Ortsvereinsvorstände Zusammenstellung und Fertigstellung
2024			
		Frühjahr 2024 Europawahl	

LEITANTRAG (LA)

LA 1 – Demokratie braucht Demokrat:innen!

Antragsteller:in Unterbezirksvorstand

Weiterleitung SPD-Regionsfraktion, Unterbezirksvorstand

Empfehlung der AK: Annahme

1 Die Sozialdemokratie ist das Bollwerk gegen rechts: In Europa, Deutschland, Niedersachsen und
2 gerade auch der Region Hannover. Unsere Geschichte ist unser Erbe, unser heutiges Handeln
3 unsere Verantwortung.

4 Zum 91. Mal jährte sich im vergangenen Monat die Abstimmung über das
5 „Ermächtigungsgesetz“. Unter Lebensgefahr haben sich unsere 94 Genoss:innen am 23. März
6 1933 gegenüber allen anderen Parlamentarier:innen abgegrenzt und das Versagen der
7 demokratischen Kräfte in Deutschland nicht geduldet. „Freiheit und Leben kann man uns
8 nehmen, die Ehre nicht“, sagte einst unser damaliger SPD-Fraktionsvorsitzender Otto Wels. Diese
9 einprägsame Mahnung gilt auch heute noch – gerade für uns Sozialdemokrat:innen, denn „nie
10 wieder ist jetzt“!

11 Demokratie zu fördern ist kein abstraktes Vorhaben, sondern ein konkretes, tägliches und
12 individuelles. Denn nur wenn es Demokrat:innen gibt, die unsere Demokratie stärken, verteidigen
13 und für diese einstehen, kann die Demokratie leben. Wir als SPD-Unterbezirk Region Hannover
14 möchten gemeinsam mit unseren Ortsvereinen und Fraktionen in den 21 Städten und Gemeinden
15 sowie unserer Regionsfraktion besondere Verantwortung in der heutigen Zeit übernehmen, die
16 durch multiple Krisen gekennzeichnet ist. Aus diesem Grund beschließt der Unterbezirksparteitag
17 eine Demokratieoffensive in der Region Hannover, die auf den folgenden fünf Säulen baut:

18 1. Mehr Prävention: Stärkung der Demokratiebildung im Kindergarten und der Schule

19 Bildungseinrichtungen sind zentrale Erfahrungsorte der Demokratie. Aus diesem Grund muss
20 Demokratie in diesen Einrichtungen mehr als bisher thematisiert werden. Kinder und
21 Schüler:innen sollen in ihrem Alltag in einer Kultur der Mitbestimmung aufwachsen und z.B.
22 durch Jugendbeteiligungsformate lernen, demokratische Verantwortung zu übernehmen. Somit
23 können Kinder und Jugendliche damit aufwachsen, zu verstehen, dass verschiedene Meinungen
24 eine Bereicherung sind und dass in einer demokratischen Gesellschaft verschiedene Meinungen
25 beachtet werden müssen. Vielfalt ist die Stärke der Demokratie! Gegenüber der Landesebene und
26 gemeinsam mit den regionsangehörigen Kommunen soll von hier eine Initiative ausgehen. Durch
27 die Einrichtung einer Beratungsstelle stärken wir Bildungseinrichtungen, antidemokratischen
28 Tendenzen möglichst frühzeitig entgegenzuwirken.

29 2. Mehr Demokratiebildung und -förderung: Stärkung der Angebote zur Politischen Bildung

30 Gerade im Bereich der sozialen Medien ist feststellbar, dass Verschwörungsmythen sehr schnell
31 verbreitet werden. Deshalb braucht es einen engagierten Einsatz gegen die Verbreitung von „Fake
32 News“. Ein besonderer Schlüssel muss hierbei der Förderung der Politischen Bildung für
33 erwachsene Einwohner:innen der Region Hannover sein. Aufklärungsarbeit, Präventions-
34 angebote und mehr wissenschaftliche Erkenntnisse über Formen der Online-Radikalisierung gilt
35 es entsprechend zu stärken! Hierzu fordern wir die SPD-Regionsfraktion auf, in enger
36 Abstimmung mit der SPD-Landtagsfraktion sowie dem zuständigen Niedersächsischen
37 Wissenschafts- und Kulturministerium eine Offensive für die politische Erwachsenenbildung in
38 der Region Hannover anzustoßen. Wir verknüpfen diese Maßnahmen eng mit den vorhandenen
39 Bildungsakteuren in der Region.

40 3. Mehr Öffentlichkeit für die wehrhafte Demokratie: Unterstützung von Demonstrationen,
41 regionalen Bündnissen und Beschlüssen

42 Die wehrhafte Demokratie ist ein wichtiger Bestandteil unserer Gesellschaft, um
43 antidemokratischen Tendenzen entgegenzuwirken und unser Bollwerk gegen Rechtsradikalismus
44 zu verteidigen. Es ist entscheidend, dass demokratische Kräfte zusammenarbeiten und sich
45 gemeinsam für eine offene und tolerante Gesellschaft einsetzen. Die Demonstrationen in der
46 gesamten Region u.a. in der Landeshauptstadt Hannover für Zusammenhalt und Demokratie, in
47 Pattensen für eine weltoffene Gesellschaft oder in Sehnde etc. haben gezeigt, die Verteidigung
48 der Demokratie bewegt die Bürger:innen.

49 Die Entstehungen von neuen Bündnissen in unseren Kommunen in der Region Hannover spielen
50 dabei eine entscheidende Rolle, wie z.B. in Hemmingen mit dem Bündnis für Demokratie und
51 Weltoffenheit oder in Wedemark mit dem Bündnis für Vielfalt und lebendige Demokratie. Diese
52 Bündnisse bieten eine Plattform für den Austausch und die Zusammenarbeit verschiedener
53 Akteur:innen aus Politik, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Vereine/Verbände. Gemeinsam können
54 sie Strategien entwickeln, um demokratische Werte zu stärken.

55 Wir als SPD in der Region Hannover unterstützen daher ausdrücklich die Gründung von
56 regionalen Bündnissen und rufen auch weiterhin zu Demonstrationen, Aktionen und Projekten
57 für die wehrhafte Demokratie auf.

58 Durch mehr Öffentlichkeit für die wehrhafte Demokratie können Bürger:innen sensibilisiert
59 werden und nur durch eine breite gesellschaftliche Mobilisierung können wir unsere
60 demokratischen Werte verteidigen. Durch überfraktionelle Beschlüsse wie beispielsweise eine
61 Resolution in Gehrden oder die Seelzener Erklärung gegen antidemokratische Tendenzen werden
62 starke kommunalpolitische Zeichen für die wehrhafte Demokratie gesetzt.

63 Wir als SPD in der Region Hannover unterstützen kommunalpolitische Resolutionen und
64 Erklärungen, um unsere Einwohner:innen zu sensibilisieren, zu informieren und aktiv unsere
65 demokratischen Werte zu verteidigen.

66 4. Mehr Schutz für Kommunalpolitiker:innen vor Anfeindungen und Hetze

67 Hass war noch nie und ist auch heute keine Alternative für Deutschland. Alle, denen unsere

68 Freiheit und unsere Demokratie in der Region Hannover am Herzen liegt, müssen diejenigen, die
69 ehrenamtlich für unsere Werte und Zukunft eintreten, schützen und ihre Stimmen erheben.
70 Unsere Kommunalpolitiker:innen brauchen mehr Schutz und Unterstützungsangebote bei
71 rechten Anfeindungen sowie Hass-Kommentaren in sozialen Netzwerken! Hierzu unterbreiten
72 wir unseren Mandatsträger:innen im Vorfeld der Kommunalwahl 2026 Fortbildungsangebote
73 und Sicherheitsschulungen und stimmen uns hierfür eng ab mit den Sicherheitsbehörden am Ort
74 sowie Expert:innen für die Online-Kommunikation.

75 5. BOS-Kräfte stärken zur Verteidigung unserer Demokratie

76 Die Wahrung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung kann nur im Schulterschluss
77 und mit großer Dankbarkeit gegenüber den Behörden und Organisationen mit
78 Sicherheitsaufgaben (BOS) für ihren unermüdlichen Einsatz gelingen. Der unermüdliche Einsatz
79 von Rettungs- und Hilfskräften beim jüngsten Hochwasser unterstreicht die Unverzichtbarkeit
80 der BOS-Kräfte. Sicherheit ist unerlässlich, damit wir alle Bürger:innen immer wieder neu
81 einbinden und mitnehmen können in einer freien Gesellschaft. Hierzu dankt die SPD in der Region
82 Hannover ausdrücklich allen Frauen und Männer von Polizei, Feuerwehr und Rettungskräften für
83 ihren täglichen Einsatz, der immer auch Demokratiewahrung und -verteidigung bedeutet. Diesen
84 Schulterschluss soll in den kommenden Monaten eine Sicherheitskonferenz der SPD in der Region
85 unterstreichen. Der Unterbezirksvorstand wird mit deren Umsetzung betraut. Zugleich
86 verurteilen wir jedwede Angriffe auf Angehörige der Rettungs- und Hilfskräfte sowie der Polizei.

87 Durch die Stärkung dieser fünf Säulen werden große Teile der 1,2 Millionen Menschen in der
88 Region Hannover adressiert. Es ist wichtig, mehr Sensibilität für die Demokratie zu erzielen, denn:
89 Demokratie braucht Demokrat:innen!

90 Begründung:

91 Erfolgt mündlich.

LA 2 – Europa auf Kurs halten

Gute Arbeit, nachhaltige Entwicklung und faire Partnerschaft

Antragsteller:in Unterbezirksvorstand

Weiterleitung Unterbezirksvorstand

Empfehlung der AK: Annahme in der Fassung der Antragskommission

1 Neun Wochen vor der Wahl zum Europäischen Parlament, der zweitgrößten demokratischen
2 Abstimmung weltweit, ruft die SPD in der Region Hannover alle Bürger:innen in der Region
3 zur Teilnahme an der Europawahl am 9. Juni auf. Insbesondere Jugendliche ab dem 16.
4 Lebensjahr ermuntert die Sozialdemokratie, auf europäischer Ebene von ihrem Wahlrecht
5 Gebrauch zu machen.

6 Bei der Europawahl geht es um die Sicherung unserer gesellschaftlichen Entwicklung in
7 Demokratie, Solidarität und Frieden. Die zentralen gesetzlichen Rahmensetzungen finden
8 heute im Europäischen Parlament statt. Für den zukünftigen Kurs der Europäischen Union
9 (EU) ist die Mehrheit im Europäischen Parlament entscheidend. Rechtspopulist:innen
10 machen mobil und wollen eine Kursänderung erzwingen. Für uns ist klar, dass wir nur *eine*
11 gute Perspektive in der EU haben. 60 Prozent der deutschen Exporte gehen in die EU ohne
12 Zölle, mit den gleichen Standards. Nur gemeinsam haben wir eine Chance gegenüber
13 Giganten wie den USA oder China zu bestehen und auch nur gemeinsam können wir große
14 Konzern wie Google, Amazon oder Microsoft an die gesetzgeberische Leine legen. Das
15 Beispiel Großbritannien (UK) zeigt die möglichen Konsequenzen eines „Dexit“ sehr deutlich.
16 Wir wollen das europäische Versöhnungswerk zur Überwindung von Krieg, Feindschaft und
17 Konkurrenz weiterführen und stehen gemeinsam überall gegen Versuche der Spaltung,
18 Nationalismus und Rassismus wieder gesellschaftsfähig zu machen.

19 Gute Arbeit

20 Die EU muss den Rahmen für zukunftsfeste Arbeitsplätze weiter ausbauen. Dazu brauchen
21 wir eine aktive und stetige Industriepolitik. Die Gesetzgebung zu Netto-Null-Emissionen-
22 Produkte und Produktion ist gerade in der entscheidenden Phase. Es geht beispielsweise um
23 die Erweiterung und Ergänzung der Technologieministeriale u.a. um Lade- und
24 Tankstelleninfrastruktur für E-Mobilität, Wasserstoff und alternative Kraftstoffe,
25 Technologien für hocheffiziente industrielle Verfahren und Elektrifizierung für energie- und
26 CO2-intensive Industrien. Zentral sind dabei kürzere Fristen für die Verfahrensdauer: Neun
27 bzw. zwölf Monate und Genehmigungsfiktion im Falle des Ausbleibens einer Antwort
28 innerhalb der genannten Verfahrensfristen. Neu ist die Möglichkeit der Ausweisung von

29 sogenannten Netto-Null-Industrietälern oder besser Netto-Null-Industrie-Cluster zur
30 Effizienzsteigerung für alle beteiligten Akteur:innen. Bei all den Anstrengungen muss aber
31 sehr genau die Kriterien und Bedingungen für Aktivitäten im überwiegendem öffentlichen
32 oder strategischem Interesse beachtet werden. Es darf nicht sein, dass hier Kostenfallen und
33 unsinnige Begrenzungen erzeugt werden. Mit dem Programm „Step“ soll die finanzielle
34 Unterstützung von Projekten in technologischen Schlüsselsektoren, die als strategisch
35 wichtig erachtet werden, gewährleistet werden. Dies soll mit der Umwidmung von Geldern
36 aus bestehenden EU-Programmen und -Fonds in Höhe von ca. 10 Milliarden Euro erreicht
37 werden mit möglicher Mobilisierung von Investitionen in Höhe von bis zu 160 Milliarden
38 Euro.

39 Wir sollten weiter prüfen, was wir bereits im Rahmen der bestehenden finanziellen
40 Möglichkeiten mehr und koordiniert tun können. Wir haben den Rahmen für staatliche
41 Beihilfen angepasst. Entscheidungen gilt es hier weiter zu beschleunigen. Es ist richtig,
42 zielgerichtet die Entwicklung und Modernisierung der industriellen Basis durch Beihilfen zu
43 stärken. So ist die jüngste Entscheidung der EU-Kommission, Fördermittel in Höhe von 902
44 Millionen Euro für den Bau der Batteriefabrik von Northvolt bei Heide zu bewilligen, zu
45 begrüßen. Diese Maßnahme ist die erste genehmigte Einzelbeihilfe im Kontext der
46 geänderten Beihilferegeln, die zielgerichtet zur Verhinderung der Verlagerung einer
47 Investition in ein Land außerhalb Europas eingesetzt werden können - also um den negativen
48 Effekt des „Inflation Reduction Acts“ der USA entgegenzuwirken.

49 Eine große Herausforderung bleiben die Energiepreise. Wir müssen die Energiepreise
50 deutlich in der energieintensiven Produktion auf ein wettbewerbsfähiges Niveau senken, um
51 Raum für die Übergangszeit zu gewinnen. Wir erkennen die Schritte für wettbewerbsfähige
52 Energiekosten durch das neue Strommarktdesign an. Zur langfristigen Erhaltung der
53 Wettbewerbsfähigkeit müssen die Energiekosten weiter im Übergang gesenkt werden.

54 Wir begrüßen das Ziel, 80 Prozent Tarifbindung in der neuen EU-Mindestlohnrichtlinie von
55 2022 für alle. Danach werden alle Mitgliedstaaten, in denen weniger als 80 Prozent der
56 Beschäftigten tarifgebunden sind, verpflichtet, Maßnahmen zur Förderung von
57 Tarifverhandlungen zu ergreifen und diese in konkreten Aktionsplänen mit klaren Zeitplänen
58 niederzulegen. Die EU muss aber weitere Schritte neben den Aktionsplänen ergreifen. So ist
59 das Vergaberecht so zu ändern, dass nur noch tarifgebundene Unternehmen öffentliche
60 Aufträge erhalten können.

61 Die bahnbrechende Gesetzgebung zur Plattformarbeit zeigt die Möglichkeit der EU zur
62 Sicherung guter Arbeitsbedingungen.

63 Klimafreundliche Entwicklung

64 Die EU hat sich gesetzlich verpflichtet, bis 2050 klimaneutral zu werden und ihren Netto-
65 Treibhausgas-Ausstoß um mindestens 55 Prozent bis 2030 (im Vergleich zum Jahr 1990) zu
66 senken. Ein Schritt in diese Richtung ist das „Fit for 55“ genannte Gesetzespaket zum
67 Klimaschutz. Der Rahmen „Fit for 55“ steht. Jetzt geht es darum, dass die Umsetzung
68 ausgestaltet werden muss.

69 Faire Partnerschaft

70 Wir begrüßen die Veränderung in der EU-Handelspolitik. Fairness muss gelten, alle
71 Akteur:innen müssen in der wirtschaftlichen Entwicklung gestärkt werden. Das gute
72 Abkommen mit Vietnam eröffnet neue Handels- und Kooperationsmöglichkeiten, auch
73 gerade für Niedersachsen. Im Bereich der Investitionen, z.B. bei erneuerbaren Energien,
74 können niedersächsische Unternehmen Chancen nutzen, die Transformation in Vietnam
75 mitzugestalten. Die EU sollte in der Zukunft derartige Abkommen u.a. auch mit Indonesien
76 und Thailand schließen.

77 Wir begrüßen das neue Abkommen mit Chile. Insbesondere gibt es Zugang zu Lithium und
78 fördert die Verarbeitung in Chile, was dort zu guten Arbeitsplätzen und Wertschöpfung führt.
79 Auch für die Produktion von grünem Wasserstoff und den Export nach Niedersachsen bietet
80 dies Abkommen Möglichkeiten. Ähnliches sollte die EU mit Australien und weiteren
81 Partner:innen vereinbaren.

82 Zentral für das partnerschaftliche Verhältnis mit afrikanischen Ländern sind ebenso
83 Abkommen im beiderseitigen Interesse. Hier ist das gerade abgeschlossene Abkommen mit
84 Kenia ein gutes Beispiel, was auch Möglichkeiten für niedersächsische Unternehmen
85 eröffnet.

86 Wir sollten die Herausforderungen nicht versuchen rein defensiv zu begegnen, mit
87 Decoupling, Reshoring, gar Friendshoring, mit Investitionskontrolle nach innen und außen
88 und einer protektionistischen Industriepolitik. Nein, offensiv sollten wir unsere Infrastruktur
89 erneuern, gezielt Technologien fördern, unsere Außenbeziehungen diversifizieren und
90 bilaterale faire Handelsabkommen mit verlässlichen Partnern schließen. Nachhaltige
91 Partnerschaften, auch gerade im Bereich der Rohstoffe, gründen und globale Regeln z.B. im
92 digitalen Bereich vereinbaren. 2024 finden nicht nur die Europawahlen statt. Es gibt auch
93 Wahlen u.a. in Indien, Großbritannien und die US-Präsidentenwahlen. Alle werden
94 Auswirkungen auf die globale Wirtschaft haben, gerade für Deutschland mit einem
95 Offenheitsgrad zum BIP von 47 Prozent. Insofern gilt es die Aufmerksamkeit zu steigern, die
96 Reaktionsmöglichkeiten zu schärfen und vor allem schneller in unseren Handlungsabläufen

97 zu werden.

98 Diese Strategien und Forderungen tragen wir auch in der Region Hannover offensiv in den
99 Europawahlkampf. Hierzu entwickeln wir ein geeignetes Format, um noch stärker mit
100 Gewerkschaften und Arbeitgeber:innen in den Austausch zu kommen.

ARBEIT (A)

A 1 – Tarifbindung jetzt!

Antragsteller:in Arbeitsgemeinschaft für Arbeit (AfA)

Weiterleitung Bundesparteitag, Bezirksparteitag

Empfehlung der AK: Erledigt durch Beschlusslage auf Bundesebene

1 Es soll ein Konzept zur Umsetzung der EU-Richtlinie erarbeitet werden, die eine Tarifbindung von
2 80 Prozent vorgibt. Das Konzept soll dabei die kommunale Ebene genauso in den Blick nehmen
3 wie die Landes- und Bundesebene. Es soll zudem in Zusammenarbeit mit den Sozialpartner:innen
4 erarbeitet werden.

5 Begründung:

6 Laut Statistischem Bundesamt war das Beschäftigungsverhältnis von gerade einmal 41
7 Prozent der Arbeitnehmer:innen in Deutschland im Jahr 2022 durch einen Tarifvertrag
8 geregelt. Gleichzeitig sorgen Tarifverträge für gute Arbeitsbedingungen und fairen Lohn,
9 sichern die Sozialkassen und stärken damit den sozialen Zusammenhalt einer Gesellschaft.
10 Genau aus diesem Grund hat die EU eine Richtlinie beschlossen, nach der alle
11 Mitgliedsstaaten verpflichtet sind, Maßnahmen für eine Tarifbindung von 80 Prozent zu
12 erreichen. Deutschland liegt derzeit noch weit davon entfernt und braucht dringend ein
13 Konzept, wie es der Tariffucht begegnen möchte.

A 2 – Für ein echtes Tariftreuegesetz und entsprechende Vergaberichtlinien in Niedersachsen und im Bund

Antragsteller:in SPD-Ortsverein Ronnenberg

Weiterleitung Landesparteirat

Empfehlung der AK: Erledigt durch Beschlusslage bzw. Regierungshandeln

1 Die SPD in Niedersachsen und im Bund setzt sich für ein Tariftreuegesetz und Vergaberichtlinien
2 ein, die für die Vergabe von Aufträgen die Bezahlung und Arbeitsbedingungen nach
3 abgeschlossenen, branchenüblichen Tarifverträgen vorsieht.

4 Begründung:

5 Nach den bisherigen Regelungen reicht es, dass Auftragnehmer:innen den Mindestlohn zahlen,
6 dann gelten sie als tariftreu. Damit verlieren viele Betriebe, die Tarifverträge abgeschlossen
7 haben, oftmals die Vergabe, da sie mit ihren Bezahlungen und Arbeitsbedingungen über den
8 Angeboten von nicht tarifgebundenen Unternehmen sein müssen.

A 3 – Wir stehen zum Streikrecht!

Antragsteller:in SPD-Ortsverein Hannover-Nordstadt

Weiterleitung Unterbezirksvorstand

Empfehlung der AK: Annahme

1 Die SPD in der Region Hannover steht im Jahr des 75. Geburtstags des Grundgesetzes weiterhin
2 zum Streikrecht, das aus Artikel 9 Abs. 3 GG hervorgeht und weist jegliche Angriffe aufs
3 Streikrecht zurück. Alle Vorstöße, das Streikrecht für bestimmte Branchen oder zu bestimmten
4 Zeiten einschränken zu wollen, lehnen wir entschieden ab. Wir stehen zu den im Grundgesetz
5 abgesicherten Arbeitskämpfen und stehen als Partei der Arbeit an der Seite der Beschäftigten. Wir
6 sind solidarisch mit dem DGB und seinen Mitgliedsgewerkschaften!

7 Begründung:

8 Im Zuge der Tarifaueinandersetzungen der letzten Monate werden gerade von konservativer
9 und liberaler Seite Rufe nach einer Einschränkung des Streikrechts laut. Dies solle insbesondere
10 Bereiche der Daseinsvorsorge und des öffentlichen Verkehrs betreffen. Man müsse verhindern,
11 dass uns das ganze Land lahmgelegt werde, lautet allzu häufig die Begründung. Wobei die
12 Verantwortung dabei allein auf die Arbeitnehmer:innen verschoben wird. Zu einem Tarifkonflikt
13 gehören immer zwei Seiten, die Verantwortung tragen. Und Arbeitnehmer:innen haben genau
14 eine Möglichkeit, um ihr Einkommen, ihre Arbeitsbedingungen zu verbessern: den Streik. Viele
15 der Streiks betreffen zudem Sektoren mit großem Personalmangel. Anstatt auf die Forderungen
16 der Arbeitnehmer:innen einzugehen und die Arbeitsplätze so auch attraktiver zu machen, sollen
17 also nach dem Willen der Konservativen die Grundrechte eingeschränkt werden. Dies wird die
18 Problematiken aber nur weiter verschärfen. Besonders perfide sind die Forderungen nach einer
19 Einschränkung des Streikrechts für Branchen, die erst aufgrund einer rechtlichen Privatisierung
20 stärker von Streiks betroffen sind. So war es Lokführer:innen als Beamten früher gar nicht
21 gestattet zu streiken.

22 Selbst wenn es im Moment anders erscheinen sollte, zählt Deutschland zu den Ländern mit der
23 niedrigsten Streikquote. Eine Einschränkung des Streikrechts ist also weder notwendig noch
24 sachgerecht.

A 4 – Ermutigungskampagne Diversität im Öffentlichen Dienst

Antragsteller:in SPD-Ortsverein Oststadt/Zoo

Weiterleitung Bundesparteitag, Landesparteirat, Bezirksparteitag, SPD-Regionsfraktion

Empfehlung der AK: Annahme

- 1 Der Öffentliche Dienst startet eine Ermutigungskampagne für Bewerbungen auf allen staatlichen
- 2 Ebenen, um qualifiziertes Personal zu gewinnen, indem
- 3 • Werbekampagnen gestartet werden, die insbesondere auch unterrepräsentierte, diverse
- 4 Bevölkerungsgruppen sichtbar machen,
- 5 • PersonalerInnen entsprechend geschult werden,
- 6 • Diskriminierungsfreiheit sichergestellt wird
- 7 • und schon im Schulbereich auf die Variantenbreite von Beschäftigungen im Öffentlichen
- 8 Dienst hingewiesen wird.

9 Begründung:

- 10 Auch im Öffentlichen Dienst sind bestimmte Bevölkerungsgruppen deutlich unterrepräsentiert.
- 11 Ein diskriminierungsfreier Zugang zu allen Ämtern auch im Öffentlichen Dienst ist
- 12 sicherzustellen, dafür zu werben und dafür zu sorgen, dass alle Bevölkerungsgruppen die
- 13 Möglichkeiten für Bewerbungen auch entsprechend nutzen.

BAUEN UND WOHNEN (BA)

BA 1 – Abschaffung der Zulässigkeit von Indexmieten

Antragsteller:in SPD-Ortsverein Oststadt/Zoo

Weiterleitung Bundesparteitag, SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion

Empfehlung der AK: Erledigt durch Beschlusslage auf Bundesebene

1 Die Regelung des § 557b BGB, der die Zulässigkeit von Indexmietverträgen regelt, wird
2 aufgehoben.

3 Begründung:

4 Im Interesse der Vermieterseite wurde die Regelung des § 557b BGB eingeführt, der auch in Zeiten
5 hoher Inflation sicherstellt, dass die Realmieten nicht sinken. Die dadurch geschaffene
6 Möglichkeit, die Miete selbst dann zu erhöhen, wenn sie bereits über der ortsüblichen
7 Vergleichsmiete liegt, stellt eine ungerechtfertigte Besserstellung der Vermieterseite dar, deren
8 Einkünfte in den letzten 25 Jahren ohnehin enorm gestiegen sind. Im öffentlichen Interesse der
9 Zurverfügungstellung bezahlbaren Wohnraums ist diese Regelung daher ersatzlos zu streichen.

BA 2 – Antrag zur Beschränkung von Modernisierungsmieterhöhungen

Antragsteller:in SPD-Ortsverein Oststadt/Zoo

Weiterleitung Bundesparteitag, SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion

Empfehlung der AK: Erledigt durch Beschlusslage auf Bundesebene

- 1 A) Die Regelung des § 559 Abs.1 BGB, der die Zulässigkeit von Modernisierungsmieterhöhungen
- 2 regelt, wird dahingehend abgeändert, dass sich die Möglichkeit der Erhöhung der jährlichen
- 3 Miete auf maximal 4 Prozent der für die Wohnung aufgewendeten Kosten beschränkt.
- 4 B) Im § 559 BGB wird ferner ein Abs. 5a eingefügt: Die Erhöhung der Miete ist vom Vermieter
- 5 wieder zurückzunehmen, sobald die Kosten für die Modernisierungsmaßnahme gedeckt
- 6 sind, in der Regel nach spätestens 25 Jahren.

7 Begründung:

8 Bis zum Jahr 2019 konnten 11 % der Kosten einer Modernisierung auf die Miete umgelegt werden,
9 auf Initiative der SPD wurde diese Umlegungsmöglichkeit im Rahmen der Großen Koalition auf 8
10 % beschränkt. Dennoch erfolgen weiterhin breitflächig Mieterhöhungen, mit denen sich die
11 Vermietenden ihre werterhöhenden Modernisierungsmaßnahmen von der Mieterseite bezahlen
12 lassen, die nach aktuellem Recht (8 % Umlegung) nach 12,5 Jahren die Modernisierung und
13 Wertsteigerung vollständig abbezahlt haben kann.

14 Da diese Modernisierungsmieterhöhungen zusätzlich zu anderen Mieterhöhungen hinzutreten
15 kann, kommt es für viele Mietende zu unzumutbaren Belastungen, die für sie nicht mehr tragbar
16 sind. Mit der vollständigen Erstattung der Kosten der Modernisierungsmaßnahme durch die
17 Mieterseite entfällt der rechtfertigende Grund für die Erhöhung mit der Folge, dass diese
18 Erhöhungen ab diesem Zeitpunkt mit Wirkung für die Zukunft zurückzunehmen sind. Im
19 öffentlichen Interesse der Zurverfügungstellung bezahlbaren Wohnraums ist diese Regelung
20 daher entsprechend anzupassen.

BA 3 – Antrag zum Mietenstopp

Antragsteller:in SPD-Ortsverein Oststadt/Zoo

Weiterleitung Bundesparteitag, SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion

Empfehlung der AK: Erledigt durch Beschlusslage auf Bundesebene

1 Der Bundesgesetzgeber führt einen Mietenstopp ein, der entsprechend des Berliner Gesetzes zur
2 Mietenbegrenzung im Wohnungswesen vom 11.02.2020 im BGB entsprechende Regelungen
3 einführt, die sowohl u.a. einen Mietenstopp mit Genehmigungsvorbehalt vorsehen als auch einen
4 Tatbestand für Ordnungswidrigkeiten für die Erhebung überhöhter Mieten und weiterer
5 Gesetzesverstöße.

6 Begründung:

7 In Jahrzehnten exorbitanter Steigerungen der Wohnraumieten zunächst in Großstädten,
8 mittlerweile auch deutlich darüber hinaus, ist für die Mieter:innenseite der Wohnkostenanteil am
9 verfügbaren Einkommen im Durchschnitt deutlich angestiegen.

10 Viele Mitmenschen müssen damit ihre mühevoll erworbenen Erwerbseinkünfte zum erheblichen
11 Teil den Vertragspartnern am Wohnungsmarkt zur Verfügung stellen, die in den letzten Jahren
12 infolge der enormen Mieterhöhungen bzw. starken Mietsteigerungen bei der Neuvermietung von
13 Wohnraum Rekordeinnahmen erzielen konnten. Vor dem Hintergrund steigender Zinsen und
14 derzeit leicht sinkender Nachfrage im Bereich des Kaufs von Immobilien bekommt die Nachfrage
15 bei der Vermietung von Wohnraum nochmals eine besondere Dynamik.

16 Da Wohnen nicht zum Luxus werden darf, sind alle im Mietverhältnis wohnenden Mitmenschen
17 darauf angewiesen, dass bis auf weiteres ein Mietenstopp eingeführt wird. Nach dem Beschluss
18 des Bundesverfassungsgerichts vom 25.03.2021 (2 BvF 1/20, 2 BvL 4/20, 2 BvL 5/20) dürfen diese
19 Regelungen derzeit nicht von den Bundesländern, sondern nur vom Bund getroffen werden. Vor
20 dem Hintergrund des Sozialstaatsprinzips nach Art. 20 Abs.1 GG und der Sozialpflichtigkeit des
21 Eigentums nach Art 14 Abs.2 GG sind diese Regelungen zur Vermeidung von Armutsanstieg und
22 Wohnungslosigkeit geboten.

BA 4 – Stärkerer Schutz vor Eigenbedarfskündigungen

Antragsteller:in SPD-Ortsverein Oststadt/Zoo

Weiterleitung Landesparteirat

Empfehlung der AK: Erledigt durch Beschlusslage auf Bundesebene

1 Der Bundesgesetzgeber wird ggf. über eine Bundesratsinitiative aufgefordert, zivilrechtlich die
2 Voraussetzungen für Zulässigkeit von Eigenbedarfskündigungen von Wohnraum deutlich
3 anzuheben und einen Straftatbestand im Strafgesetzbuch zu entwickeln, der das missbräuchliche
4 Vortäuschen der Voraussetzungen für die Zulässigkeit einer Eigenbedarfskündigung unter Strafe
5 stellt.

6 Begründung:

7 Eigenbedarfskündigungen von Wohnraum werden immer öfter von Vermieterseite
8 ausgesprochen, um bei der Neuvermietung deutlich höhere Mieten zu vereinbaren, ohne dass
9 tatsächlich eine Eigenbedarfssituation gegeben ist. Eine weitere beliebte Methode ist die
10 Benutzung einer tatsächlich gegebenen Eigenbedarfssituation, um gleich eine Mehrzahl an
11 Eigenbedarfskündigungen auszusprechen. Zur Vermeidung solcher für die Mieterseite häufig
12 existenzgefährdenden Situationen sollte ein stärkerer gesetzgeberischer Mieterschutz den
13 sozialen Frieden sichern.

BA 5 – Wohneigentumsquote erhöhen – Altersvorsorge stärken

Antragsteller:in SPD-Ortsverein Döhren-Wülfel

Weiterleitung Bundesparteitag, Landesparteitag

Empfehlung der AK: Erledigt durch Beschlusslage auf Bundesebene

- 1 Die Landtags- und Bundestagsfraktion werden aufgefordert, bestehende Förderprogramme zum
- 2 Erwerb von Wohneigentum zu erweitern oder entsprechende Programme neu zu initiieren, so
- 3 dass die Wohneigentumsquote in Deutschland erheblich, mindestens jedoch um 30 Prozent,
- 4 gesteigert werden kann. Hierbei ist auch zu prüfen, inwiefern die Grunderwerbsteuer abgesenkt
- 5 oder einmalig ausgesetzt werden muss, um zusätzliche Anreize zum Erwerb von Wohneigentum
- 6 zu schaffen.

- 7 Begründung:
- 8 Erfolgt mündlich.

BA 6 – Leerstand bekämpfen!

Antragsteller:in Jusos Region Hannover

Weiterleitung SPD-Regionsfraktion

Empfehlung der AK: Ablehnung

1 Eigentümer:innen von Immobilien sollen zur Nutzung ihres Eigentums durch Vermietung bzw.
2 Eigennutzung verpflichtet werden. Sollten Immobilien in, für die Gemeinschaft besonders
3 wichtigen Lagen, vorsätzlich dem Leerstand überlassen werden, so sollen durch die Kommune
4 Strafzahlungen erhoben werden. Diese Strafzahlungen sollen bei längerem Leerstand eine Höhe
5 erreichen, dass der Leerstand trotz möglicher Wertsteigerung der Immobilie unwirtschaftlich
6 wird.

7 Begründung:

8 Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
9 Wohnraum wurde zur Nutzung als Wohnung errichtet und Gewerbeimmobilien zur Nutzung
10 durch Gewerbe. Trotzdem entscheiden sich immer mehr Immobilieneigentümer:innen, ihre
11 Immobilien leer stehen zu lassen. Die Kalkulation dahinter ist simpel: Auch unvermietete
12 Immobilien rentieren sich. Der Wertanstieg der Immobilie genügt dem Kapitalinteresse auch
13 ohne Mieteinnahmen bzw. die Wertsteigerung der ungenutzten Immobilien übersteige die der
14 genutzten inkl. Nettomieteinnahmen. Das darf so nicht sein. Solange es für Immobilien ein
15 Nutzungsinteresse gibt, dürfen diese nicht absichtlich leer stehen gelassen werden!

BILDUNG (BI)

BI 1 – Für ein Sondervermögen für die Bildung

Antragsteller:in Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB)

Weiterleitung Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

Empfehlung der AK: Annahme

- 1 Die Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich nachhaltig für ein Sondervermögen Bildung und
- 2 Teilhabe in Höhe von 100 Milliarden Euro einzusetzen.

3 Begründung:

4 Die Entwicklung der letzten Jahre zeigt auch im internationalen Vergleich: Der
5 Bildungsnotstand in Deutschland lässt sich nicht länger verharmlosen. Dieser Entwicklung
6 entgegenzusteuern, ist nicht nur gesellschaftspolitisch geboten: Auch der
7 Wirtschaftsstandort Deutschland, der mangels Bodenschätze auf den „Rohstoff Bildung“
8 angewiesen ist, nimmt schweren Schaden.

9 Im UNICEF-Bericht zur Lage der Kinder in Deutschland 2023 wird deutlich, dass von
10 zahlreichen Versprechungen für unsere Kinder viele nicht gehalten wurden. Aktuell sind 1,3
11 Millionen Kinder in Deutschland vom Risiko dauerhafter Armut betroffen. Georg Graf
12 Waldersee, Vorsitzender von UNICEF Deutschland sagt dazu: „Der Bericht weist auf drei
13 Handlungsfelder hin: Deutschland muss in den Bildungsbereich investieren, vor allem in die
14 unterfinanzierten Grundschulen. Denn dort werden die Weichen für die Zukunft unserer
15 Kinder gestellt.“ Früh erlernte Fähigkeiten erleichtern späteres Lernen. Die höchsten Erträge
16 öffentlicher Investitionen liegen im Bereich der frühkindlichen Bildung für Kinder aus sozial
17 benachteiligten Schichten, da gerade hier nicht automatisch davon ausgegangen werden
18 kann, dass die Kinder zu Hause ein bildungsanregendes Umfeld erfahren. Im internationalen
19 Vergleich sind die öffentlichen Bildungsinvestitionen pro Kind in Deutschland im
20 frühkindlichen und Grundschulbereich relativ gering.

21 700.000 Fachkräfte fehlen in den KiTas. Vor allem Alleinerziehende sind auf einen KiTa-Platz
22 angewiesen – aufgrund dieses Mangels wird der Rechtsanspruch zunehmend konterkariert.
23 Immer mehr KiTas müssen die Randzeiten einschränken mit der Folge, dass Eltern einer
24 Teilzeitbeschäftigung nachgehen, obwohl sie eigentlich mit voller Stundenzahl arbeiten
25 wollen. Damit stehen auf dem Arbeitsmarkt wichtige Potentiale nicht zur Verfügung.

26 50.000 Schulabbrecher pro Jahr – können wir uns das leisten? Der Zusammenhang von
27 sozialer Herkunft und Bildungserfolg ist in Deutschland nach wie vor groß. Wir brauchen
28 insbesondere eine gezielte Sprachförderung, die in früher Bildung ansetzt und die Lernenden

29 länger begleitet. Die Ergebnisse der neuesten PISA-Studie verdeutlichen zudem, dass
30 Jugendliche mit Zuwanderungshintergrund besondere Unterstützung benötigen, nicht
31 zuletzt, um ihnen einen Übergang in die berufliche Ausbildung, die soziale Teilhabe und
32 gesellschaftliche Integration zu ermöglichen. Da ist es absolut unverständlich, wenn das
33 Bundesprogramm zur Förderung von SprachKitas nicht aufgestockt und verlängert wurden,
34 sondern ausläuft.

35 „Die Förderung ist grundlegend für den weiteren Bildungserfolg und entscheidet maßgeblich
36 über Entwicklungs-, Teilhabe- und Aufstiegschancen,“ so heißt es beim Bundesministerium
37 für Bildung und Forschung (BMBF).

38 Unsere SPD-Vorsitzende Saskia Esken setzt sich für ein Sondervermögen für Bildung und
39 Teilhabe“ in Höhe von 100 Milliarden Euro ein. Damit könnten Bund, Länder und Kommunen
40 die Gebäudesanierung, die zeitgemäße digitale Ausstattung, die Umsetzung des
41 Rechtsanspruchs auf ganztägige Bildung und Betreuung im Kita- und Grundschulalter
42 finanzieren sowie die »Daueraufgabe gleicher Startchancen« bewältigen.

43 Wir wollen sehr, sehr hohe Einkommen und sehr, sehr hohe Erbschaften und Schenkungen
44 höher besteuern. Die Mehreinnahmen aus diesen beiden Steuerreformen wollen wir
45 maßgeblich in die Bildung investieren, um mehr Bildungsgerechtigkeit zu erreichen.

46 Alles in allem ist gute Bildung der zentrale Faktor für individuellen wie gesellschaftlichen
47 Wohlstand. Eine Bildungspolitik, die sicherstellt, dass alle Menschen die bestmöglichen
48 Kompetenzen erreichen können, ist die beste Sozial- und Wirtschaftspolitik.

BI 2 – Stärkung der Bundes- und Landeszentralen für Politische Bildung

Antragsteller:in SPD-Ortsverein Neustadt a.Rb.

Weiterleitung Bundesparteitag, Landesparteirat

Empfehlung der AK: Annahme

- 1 Die SPD in der Region Hannover setzt sich auf Bundes- und Landesebene für eine Stärkung der
2 Landes- bzw. Bundeszentrale für politische Bildung ein. Dazu fordern wir:
- 3 1. Die in den Koalitionsverträgen von Bund und Land vereinbarten Erhöhungen der finanziellen
4 Mittel für die Bundeszentrale für politische Bildung, sowie für die Landeszentrale für
5 politische Bildung konsequent und prioritär umzusetzen.
 - 6 2. Die Bundes- und Landeszentralen langfristig rechtlich und finanziell abzusichern.
 - 7 3. Innovative Bildungsprojekte durch die Schaffung von zusätzlichen Ressourcen zu fördern und
8 den digitalen Wandel in der politischen Bildung voranzutreiben.

9 Begründung:

10 Politische Bildung ist das Fundament einer funktionierenden Demokratie. Sie ermöglicht es
11 Bürgerinnen und Bürgern, informierte Entscheidungen zu treffen, sich aktiv am politischen
12 Geschehen zu beteiligen und Populismus und Extremismus entgegenzuwirken. Die
13 Bundeszentrale für Politische Bildung (BpB) und die Landeszentralen für politische Bildung
14 (LzpB) spielen hierbei eine entscheidende Rolle, indem sie Informationen bereitstellen,
15 Veranstaltungen organisieren und Bildungsmaterialien entwickeln.

16 Insbesondere die zunehmende Verbreitung von Desinformationen, Hass und Hetze im Netz
17 stellen die Demokratie und die Bundes- und Landeszentralen vor große Herausforderungen.
18 Und nicht zuletzt knappe Kassen und eine angespannte Haushaltslage sorgen bei den
19 Institutionen für zusätzliche Unsicherheit. Dabei ist die Sicherstellung einer
20 flächendeckenden politischen Bildung und eines qualitativ hochwertigen Angebots durch die
21 Bundes- und Landeszentralen gerade in diesen Zeiten unerlässlich.

22 Lasst uns die politische Bildung als eine Investition in die Zukunft unserer Demokratie
23 betrachten. Durch eine Stärkung der Bundes- und Landeszentralen für Politische Bildung
24 können wir sicherstellen, dass unsere Gesellschaft auch in Zukunft aufgeklärt, mündig und
25 demokratisch bleibt.

BI 3 – Beteiligungsverfahren bei Kürzungen, Weiterentwicklung und baulichen Maßnahmen im Schulbiologiezentrum Hannover

Antragsteller:in Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB)

Weiterleitung SPD-Ratsfraktion, SPD-Stadtverbandsvorstand

Empfehlung der AK: Überweisung an Vorstand der SPD Hannover

1 Die SPD in der Region Hannover fordert die SPD-Ratsfraktion Hannover auf, in den Schul- und
2 Bildungsausschuss der Landeshauptstadt den Antrag einzubringen, für die Weiterentwicklung
3 des Schulbiologiezentrums ein Beteiligungsverfahren durchzuführen, um für die Möglichkeiten
4 der Einsparungen und die Notwendigkeit baulicher Maßnahmen eine Prioritätenliste
5 aufzustellen und diese Maßnahmen in einen langfristigen Sanierungsplan terminlich
6 einzuordnen. Ziel ist es, das Schulbiologiezentrum langfristig zu erhalten und dessen Qualität
7 sicherzustellen.

8 **Begründung:**

9 Der Entwurf des Haushaltskonsolidierungsprogramms ist von der Verwaltung eingebracht
10 worden. Dieser Entwurf sieht weitgehende Einsparungen und Stellenstreichungen vor.

11 Seit längerer Zeit ist andererseits offensichtlich, dass Investitionen in die bauliche Substanz
12 der Verwaltungs- und Schulgebäude und in die Gewächshäuser notwendig und seit langem
13 überfällig sind. Planungen wurden immer wieder verschoben, Beschlüsse früherer SPD-
14 Fraktionen nicht realisiert, die Einwerbung externer finanzieller Unterstützung abgebrochen.

15 Durch ein Beteiligungsverfahren ist es möglich, die vorhandenen Erfahrungen zu nutzen und
16 Einsparungen im laufenden Betrieb bei Sicherung des in Jahrzehnten entwickelten
17 Konzeptes zu ermöglichen. Überall dort, wo die Verwaltung Pläne für staatliche Maßnahmen
18 und Institutionen vorbereitet, sind Beteiligungsverfahren die Regel.

19 Bei einer Kürzung, die eine erprobte Einrichtung zu vernichten droht und bei der Nutzer und
20 Mitarbeiter inzwischen stark überzeugt sind, dass diese Kürzungen zum Schließen eines
21 hervorragenden pädagogischen Angebotes führen, sollten die Möglichkeiten eines
22 Beteiligungsverfahrens genutzt werden.

23 Die Erfahrungen bei dem Beteiligungsverfahren vor der Entwicklung einer Ausschreibung für
24 den Neubau der IGS Linden wurden die unterschiedlichen Nutzergruppen, die Verwaltung
25 und die Fraktionen aus Bezirksrat und Rat beteiligt, die vorliegenden Erfahrungen der letzten
26 Jahrzehnte z.B. wurden in der Gruppe „Weggefährten“ genutzt.

BI 4 – Berufsschulen zu Kompetenzzentren Beruflicher Bildung weiterentwickeln

Antragsteller:in Arbeitsgemeinschaft für Arbeit (AfA)

Weiterleitung SPD-Regionsfraktion

Empfehlung der AK: Annahme

1 Berufsschulen bzw. die Berufsbildenden Schulen in der Region Hannover sollen zu
2 Kompetenzzentren der Beruflichen Bildung weiterentwickelt werden. Ziel dabei ist es, dass sie
3 dabei auf dem aktuellen Stand der Technik auch Weiterqualifizierungsmaßnahmen oder
4 Aufstiegsqualifizierungen beheimaten können. Für alle Menschen, die sich beruflich
5 (weiter)bilden, sollen die Kompetenzzentren die Anlaufstelle sein. So können die Gebäude
6 ganztägig genutzt werden, vormittags für eine moderne Ausbildung und nachmittags für
7 Aufstiegs- und Weiterqualifizierungen. Die SPD-Regionsfraktion wird aufgefordert, sich hierfür
8 aktiv einzusetzen.

9 **Begründung:**

10 Die Berufliche Bildung in Gänze hat sich in den letzten Jahrzehnten stark gewandelt. Das
11 Durchschnittsalter bei Beginn einer Ausbildung ist beispielsweise auf 22 Jahre angestiegen.
12 Damit einhergehend sind die Ansprüche an die Berufsschule gestiegen. Es braucht weniger
13 45-minütige Unterrichtseinheiten mit Frontalbeschallung und mehr altersangemessene
14 Bildungseinheiten.

15 Die Gebäude der Berufsbildenden Schulen sind häufig in keinem guten Zustand und die
16 technische Ausstattung hat an vielen Stellen Nachholbedarf. Gleichzeitig müssen aus
17 Kostengründen immer mehr Klassen zusammengelegt werden. Bestimmte
18 Ausbildungsberufe werden nur noch landes- oder gar bundesweit angeboten. Eine
19 zusätzliche Nutzung der Gebäude der Berufsbildenden Schulen kann und sollte eine bessere
20 Ausstattung fördern.

21 Die Arbeitswelt steht vor einem riesigen Wandel, der zwangsläufig damit einhergehen wird,
22 dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weiterqualifiziert werden müssen. Einerseits
23 braucht es die Weiterbildungen, um mit den technischen Entwicklungen mitzuhalten. Zum
24 anderen werden bestimmte Jobs wegfallen, was eine Weiterqualifizierung notwendig
25 macht. Schließlich wäre ein umfassendes Kompetenzzentrum, das die Belange der
26 Beruflichen Bildung bündelt, eine perfekte Anlaufstelle für alle.

BI 5 – Digitale Lernmittelfreiheit für alle Schüler:innen in Niedersachsen durchsetzen

Antragsteller:in Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB)

Weiterleitung SPD-Landtagsfraktion, Landesparteitag

Empfehlung der AK: Erledigt durch Beschlusslage auf Landesebene

1 Die Landtagsfraktion wird aufgefordert, die digitale Lernmittelfreiheit für alle Jahrgänge ab Klasse
2 1 zeitnah umzusetzen, um unserem Kernanliegen, dass Bildung kein Luxusgut sein darf, Geltung
3 zu verschaffen.

4 Begründung:

5 „Fortschritt für alle-Bildung für alle: Mit den Tablets ab Klasse 1 schaffen wir die digitale
6 Lernmittelfreiheit.“ Dieser Zusammenfassung von Stefan Weil 2022 auf der SPD-Klausur in
7 Hustedt zu diesem Thema sollten wir Nachdruck verleihen. Jedes Kind soll ab Klasse 3 ein von
8 der Schule zur Verfügung gestelltes Tablet haben. Der Praxis, jahrgangweise Tablets
9 einzuführen, die durch Eltern finanziert werden, sollten wir Einhalt gebieten: Gebührenfreie
10 Bildung ist ein Kernanliegen der SPD! Angesichts der schnell fortschreitenden Digitalisierung
11 in der Gesellschaft ist eine stufenweise Einführung ab Klasse 8 -wie im Koalitionsvertrag
12 vereinbart- unzureichend. Heutzutage ist es nicht unüblich, wenn Kinder bereits ab 3 Jahren
13 mit „Kinder-Tablets“, Apps und YouTube aufwachsen. Insofern wäre es realitätsfern, nicht
14 bereits in der Grundschule hier anzuknüpfen und durch behutsames Einführen der
15 Schüler/innen in die digitale Welt auf der Grundlage von didaktischen Konzepten auch Eltern
16 zu begleiten und zu unterstützen. Die neueste PISA-Studie bescheinigt uns einen
17 dramatischen Rückgang bei den Bildungskompetenzen. Einer der Gründe war, dass
18 Distanzunterricht während Corona weniger mit digitalen Medien als im OECD-Durchschnitt
19 durchgeführt werden konnte. Tablets und darauf installierte Bildungs-Apps können z. B. auch
20 bei Sprachfördermaßnahmen eine wichtige Ergänzung sein – und diese müssen frühzeitig
21 und effektiv erfolgen. Zur digitalen Lernmittelfreiheit gehört auch, dass digitale Endgeräte
22 funktionstüchtig gehalten, gewartet und gegebenenfalls ersetzt werden.

BI 6 – Erhöhung des Zusatzbedarfs für Ganztagsgrundschulen

Antragsteller:in Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB)

Weiterleitung Landesparteirat

Empfehlung der AK: Annahme

- 1 Der Zusatzbedarf für Ganztagsgrundschulen wird auch für Schulen die nach 2004 als
- 2 Ganztagschulen genehmigt wurden auf mindestens 100 Prozent angehoben.

3 Begründung:

4 Nach 2004 genehmigte Ganztagschulen erhalten zur Zeit einen anteiligen
5 ganztagspezifischen Zusatzbedarf in Höhe von lediglich 75 Prozent. Um die Qualität der
6 Ganztagschulen aufrecht zu erhalten, den Kindern insbesondere eine qualitativ
7 hochwertige, ganzheitliche Bildung zukommen zu lassen, wenn sie den größten Teil des
8 Tages in der Schule verbringen, ist mindestens eine Finanzierung von 100% nach
9 Klassenbildungserlass notwendig. Man könnte sogar über einen noch höheren Bedarf für
10 Ganztagschulen nachdenken, da die Kinder und Jugendlichen bei solch einem langen Tag
11 einen höheren Personalschlüssel als den von bspw. einer Person auf 26 Kinder, wie er in
12 Grundschulen gilt, benötigen, um die für ihre soziale und persönliche Entwicklung
13 notwendige, individuelle Unterstützung zu erhalten. Eine Person mit 26 Kindern im
14 Grundschulalter kann beispielsweise im freien Spiel aus pädagogischer Sicht nahezu nur
15 beaufsichtigen und sich nicht einzelnen Kindern individuell widmen, was insbesondere an
16 langen Schultagen für die Entwicklung vieler Kinder notwendig wäre.

17 Link zu einem Berechnungsbeispiel des Zusatzbedarfs für Ganztagschulen:

18 [https://www.mk.niedersachsen.de/startseite/schule/unsere_schulen/ganztagschule/ganztagszusatzbedarf_und_mittelbudget/ganztagszusatzbedarf-und-mittelbudget-](https://www.mk.niedersachsen.de/startseite/schule/unsere_schulen/ganztagschule/ganztagszusatzbedarf_und_mittelbudget/ganztagszusatzbedarf-und-mittelbudget-197665.html)
19 [197665.html](https://www.mk.niedersachsen.de/startseite/schule/unsere_schulen/ganztagschule/ganztagszusatzbedarf_und_mittelbudget/ganztagszusatzbedarf-und-mittelbudget-197665.html)
20

BI 7 – Familienzentren: Orte der Bildung, der Prävention, der Begegnung und Beratung von Familien in unterschiedlichen Lebenslagen.

Antragsteller:in Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB)

Weiterleitung Landesparteirat

Empfehlung der AK: Annahme in der Fassung der Antragskommission

- 1 Familienzentren an Tageseinrichtungen für Kinder und an Grundschulen tragen mit ihren
2 differenzierten niedrigschwelligen Angeboten im erheblichen Maße zur Verwirklichung einer
3 inklusiven Gesellschaft bei. Daher fordern wir die Landesebene auf,
- 4 1. dafür Sorge zu tragen, dass die erlebten bürokratischen Hürden zur Einrichtung dieses
5 Angebots abgebaut werden,
- 6 2. angesichts der steigenden zunehmenden finanziellen Kosten die finanziellen Zuwendungen
7 zu erhöhen,
- 8 3. eine landesweite Förderung unter Einbeziehung einer gesetzlichen Grundlage im
9 Niedersächsische Gesetz über Kindertagesstätten und Kindertagespflege zu schaffen,
- 10 4. für den Betrieb der Familienzentren in Niedersachsen eine Definition zu finden, die Standards
11 wie einheitliche Förderungen, Finanzierung, Personalschlüssel, sowie Fortbildungen für das
12 Personal festlegt,
- 13 5. Familienzentren aus der bisherigen Zuordnung im Sozialministerium herauszulösen und
14 dem Kultusministerium zu übertragen,
- 15 6. die Raumnutzung für externe Angebote unter Wahrung und Sicherung des Kinderschutzes
16 zu gewährleisten.

17 Begründung:

18 Familienzentren sind Einrichtungen, in denen Eltern bei pädagogischen Fachkräfte Rat
19 suchen können. Sie sind an einer Kita oder eine Grundschule angedockt und stellen so ein
20 niedrigschwelliges Angebot dar: Eltern können an dem Bildungsort ihrer Kinder noch
21 verweilen und so miteinander und mit dem Personal ins Gespräch kommen. Mit diesem
22 niedrigschwelligen Angebot gelingt es in Zusammenarbeit mit den sozialpädagogischen
23 Fachkräften der Tageseinrichtungen, die in diesem Rahmen eine Vermittlerposition beider
24 Angebotsformen für Familien wahrnehmen, Institution- und bildungsferne Familien
25 bedarfsgerecht und situationsnah zu begleiten und sie für die Angebote der Familienzentren

26 zu gewinnen. Über diesen Weg ist es möglich die Potenziale von Familien zu erkennen und
27 zu stärken und Hilfen zur Selbsthilfe anzuleiten.

BI 7 – Familienzentren: Orte der Bildung, der Prävention, der Begegnung und Beratung von Familien in unterschiedlichen Lebenslagen.

(Ursprungsfassung)

Antragsteller:in Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB)

Weiterleitung SPD-Landtagsfraktion

- 1 Familienzentren an Tageseinrichtungen für Kinder und an Grundschulen tragen mit ihren
- 2 differenzierten niedrigschwelligen Angeboten im erheblichen Maße zur Verwirklichung einer
- 3 inklusiven Gesellschaft bei. Daher fordern wir die Landesregierung auf,
- 4 1. dafür Sorge zu tragen, dass die erlebten bürokratischen Hürden zur Einrichtung dieses
- 5 Angebots abgebaut werden.
- 6 2. angesichts der steigenden zunehmenden finanziellen Kosten die finanziellen Zuwendungen
- 7 zu erhöhen.
- 8 3. eine landesweite Förderung unter Einbeziehung einer gesetzlichen Grundlage im
- 9 Niedersächsische Gesetz über Kindertagesstätten und Kindertagespflege zu schaffen.
- 10 4. für den Betrieb der Familienzentren in Niedersachsen eine Definition zu finden, die Standards
- 11 wie einheitliche Förderungen, Finanzierung, Personalschlüssel, sowie Fortbildungen für das
- 12 Personal festlegt.
- 13 5. Familienzentren aus der bisherigen Zuordnung im Sozialministerium herauszulösen und
- 14 dem Kultusministerium zu übertragen.
- 15 6. die Raumnutzung für externe Angebote unter Wahrung und Sicherung des Kinderschutzes
- 16 zu gewährleisten.

BI 8 – Koordinierungsstelle Übergang

Antragsteller:in Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB)

Weiterleitung SPD-Regionsfraktion

Empfehlung der AK: Annahme in der Fassung der Antragskommission

1 Die Regionsfraktion wird aufgefordert, sich für eine koordinierende Stelle als Verbindung
2 zwischen Allgemeinbildenden (ABS) und Berufsbildenden Schulen (BBS) einzusetzen, wobei die
3 vordringlichste Aufgabe die Aufnahmeberatung und die Aufnahme junger Menschen, die
4 besondere Unterstützung in der beruflichen Orientierung benötigen, sein muss. Diese kann in
5 Form einer Koordinierungsstelle oder als Teilnahme am Konzept der Bildungsregionen erfolgen.
6 Dafür sollten das fachlich versierte pädagogische Personal der BBSn mit einigen Stunden
7 abgeordnet und durch Verwaltungskräfte unterstützt werden.

8 Begründung:

9 Durch das BBS-Konzept 2020 der Region Hannover entstehen gut ausgestattete
10 Kompetenzzentren in der Stadt. Die Schulen im Stadtgebiet sind auf bestimmte Berufsfelder
11 spezialisiert: z. B. Berufe am Bau – BBS3, Multi-MediaBBS – IT- und Medienberufe. Junge
12 Menschen mit einer festen Vorstellung ihres Berufes finden sehr gute Bedingungen vor, um
13 sich auf ihre Zukunft vorzubereiten.

14 Problematisch ist das in der Benachteiligtenförderung, die überwiegend in der
15 Berufseinstiegsschule stattfindet. Da die Berufsorientierung an den ABSn noch nicht optimal
16 läuft, wissen viele der Jugendlichen in schwierigen Situationen oder mit Beeinträchtigungen
17 nicht, in welche Richtung es einmal gehen soll. Anders als bei den Bündelschulen Springe,
18 Burgdorf und Neustadt müssen sie sich im Stadtgebiet Hannover vor der Anmeldung, vor der
19 Beratung durch geschultes päd. Personal entscheiden. Für viele, der auch kognitiv
20 eingeschränkten und oder schulumüden Jugendlichen, ist dies mit teils unüberwindbaren
21 Hürden verbunden. Die optimale Beratung und Förderung dieser Schüler:innen bleibt so auf
22 der Strecke.

23 Haben sie sich an einer BBS angemeldet und stellen fest, dass die berufliche Fachrichtung
24 doch nicht ihren Vorstellungen entspricht, haben sie keine Möglichkeit in eine Klasse mit
25 anderer beruflicher Fachrichtung zu wechseln und dadurch andere Berufe kennenzulernen.
26 Damit haben diese jungen Menschen einen Standortnachteil, den wir uns nicht leisten
27 können. Denn etwas lernen zu müssen, was man nicht lernen möchte, führt gerade in der
28 Adoleszenz zu Vermeidungsverhalten, zu Absentismus, zum Verlassen des Schulsystems.

29 Das können wir uns beim immer deutlicher werdenden Fachkräftemangel nicht leisten und
30 als Sozialdemokrat:innen nicht zulassen.

31 Daher muss diese Stelle die Aufnahmeberatung der von ABSn abgehenden Schüler:innen
32 ohne Ausbildungsvertrag, deren Verteilung entsprechend Eignung und Wunsch auf die
33 passende BBS und bei Nichteignung die Anordnung eines Schulwechsels vollziehen können.

BI 8 – Koordinierungsstelle Übergang (Ursprungsfassung)

Antragsteller:in Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB)

Weiterleitung SPD-Regionsfraktion

- 1 Die Regionsfraktion wird aufgefordert, eine koordinierende Stelle als Verbindung zwischen
- 2 Allgemeinbildenden (ABS) und Berufsbildenden Schulen (BBS) zu schaffen so wie es im
- 3 Parteiprogramm steht. Wobei die vordringlichste Aufgabe die Aufnahmeberatung und die
- 4 Aufnahme junger Menschen, die besondere Unterstützung in der beruflichen Orientierung
- 5 benötigen, sein muss. Diese kann in Form einer Koordinierungsstelle oder als Teilnahme am
- 6 Konzept der Bildungsregionen erfolgen. Dafür sollten das fachlich versierte päd. Personal der
- 7 BBSn mit einigen Stunden abgeordnet und durch Verwaltungskräfte unterstützt werden.

BI 9 – Angebot für neuzugewanderte schulpflichtige Jugendliche ohne Schulplatz

Antragsteller:in Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB)

Weiterleitung Landesparteirat

Empfehlung der AK: Annahme

1 Die Landesebene wird aufgefordert, ein vorschulisches Lernangebot für schulpflichtige
2 Neuzugewanderte zu schaffen, um den Kindern und Jugendlichen die deutsche Schule
3 nahezubringen, erste Kenntnisse in der deutschen Sprache zu vermitteln und Lernmethoden
4 probieren zu lassen, bevor sie entsprechend ihres Rechts auf Bildung einen Schulplatz erhalten.

5 Begründung:

6 In Deutschland und so auch in Niedersachsen kommen immer noch oder auch schon wieder
7 viele junge Migrant:innen an, die untergebracht und beschult werden müssen. Beides steht
8 ihnen rechtlich zu. Jedoch gelingt die Zuweisung nicht so schnell, wie es gewünscht und
9 notwendig ist: Mitte Februar 2024 befinden sich rund 130 Schüler:innen auf Wartelisten für
10 Schulplätze an BBSn, denen sie aufgrund ihres Alters (nicht aufgrund ihrer Wünsche und
11 Neigungen) zugewiesen werden müssten. Die Kapazitäten sind jedoch beinahe erschöpft: Es
12 fehlt an Lehrpersonal und Schulräumen. Das führt dazu, dass diese jungen Menschen in
13 Einrichtungen der Jugendhilfe oder bei Verwandten ihre Zeit verbringen, statt in das
14 Schulsystem eingebunden zu sein. Werden sie 18, fallen sie aus der Schulpflicht und damit
15 aus einem wichtigen Integrationskatalysator. Das können wir als Sozialdemokrat:innen nicht
16 gutheißen!

17 Das Land Niedersachsen braucht daher ein Angebot, bei dem die Jugendlichen gefordert sind,
18 das Haus zu verlassen und sich unter Anleitung auf andere Menschen in einer anderen
19 Umgebung einzulassen. Sie erlernen erste Grundlagen der deutschen Sprache, der
20 Allgemeinbildung. Sie lernen das deutsche Bildungssystem kennen und erhalten
21 sozialpädagogische Angebote, die sie in ihrer aktuellen besonderen Situation unterstützen
22 können. Die Lehrkräfte erstellen darauf Prognosen zum zu erwartenden Lernzuwachs und
23 möglicher beruflicher Interessen. Dieses Angebot ersetzt nicht die Schule, holt die
24 Jugendlichen jedoch schon mal ab. Um möglichst viele junge Menschen erreichen zu können,
25 sollen sie in Klassengrößen entsprechend „Sprache und Integration“ mit 14 Schüler:innen für
26 mindestens zwei Unterrichtsstunden beschult werden. Als Unterrichtende können
27 entsprechend des SPRINT-Projektes geeignete Personen auch ohne Lehrbefähigung

- 28 eingestellt werden, dass von Daz/DaF-erfahrenen Lehrkräften unterstützt werden muss.
- 29 Als Ort eignen sich die möglichen zukünftigen Schulen im Nachmittagsbereich. Zu der Zeit
- 30 stehen viele Klassenräume leer und somit zur Verfügung.

BI 10 – Stärkung der Sprachförderung im vorschulischen Bereich auf Landes- und Bundesebene – gegen die Streichung von Finanzmitteln

Antragsteller:in Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB)

Weiterleitung Bundesparteitag, Landesparteirat, SPD-Bundestagsfraktion,
SPD-Landtagsfraktion

Empfehlung der AK: Annahme

1 Die Landtags- und Bundestagsfraktion werden aufgerufen, mehr finanzielle Mittel für die
2 Sprachförderung im vorschulischen Bereich zur Verfügung zu stellen. Die Bundestagsfraktion
3 wird explizit aufgefordert, die gestrichene Bundesförderung für Sprachkitas für den Haushalt
4 2025 wieder einzubringen.

5 **Begründung:**

6 Die Effekte pädagogischer Investitionen sind nachweisbar am größten, wenn man sie im
7 frühkindlichen Alter tätigt. Die Schuleingangsuntersuchungen in den letzten Jahren zeigen
8 eine beunruhigende Entwicklung: Jedes sechste Kind hat inzwischen einen dezidierten
9 Sprachförderbedarf. Im Rahmen der kitaeigenen alltagsintegrierten Sprachförderung kann
10 dieser nicht aufgefangen werden.

11 „Immer mehr Vorschulkinder haben Sprachprobleme“ – so berichtete die Hannoversche
12 Allgemeine Zeitung (HAZ) am 9.1.2024 und berichtete über die Ergebnisse und
13 alarmierenden Befunde aus den letzten Schuleingangsuntersuchungen: „Mehr als jedes
14 sechste Kind im Vorschulalter hat demzufolge einen hohen oder sogar sehr hohen
15 Sprachförderbedarf.“ Die Förder- oder Therapiebedürftigkeit der Kinder hat in den letzten
16 Jahren stark zugenommen. In dieser Situation bricht durch das Auslaufen des
17 Bundesprogramms zur Förderung von SprachKitas Mitte 2023 ein wichtiger Teil der
18 Sprachförderung auf Bundesebene weg.

19 Die Zusicherung des Landes Niedersachsen einer dauerhaften Sicherung scheint mit großen
20 Komplikationen verbunden zu sein. So heißt es:“ Ein verzögerter Start der Landesförderung
21 ohne Überbrückungshilfen, hohe Hürden bei der Qualifikation der benötigten Fachkraft und
22 eine zugesicherte Finanzierung zunächst nur bis 2025 führten [...] aber dazu, dass aktuell nur
23 zehn Sprach-Kitas im Rahmen der Ersatzrichtlinie des Landes weiterarbeiten. Gerade
24 angesichts der kontinuierlich steigenden Zahlen von Kindern mit Sprachproblemen sei es

25 eine katastrophale Entscheidung der Bundesregierung gewesen, die Finanzierung für die
26 Sprach-Kitas einzustellen, sagte Regionspräsident Steffen Krach (SPD)“

27 Die Region versucht nun im Rahmen einer erneuten Sprachförderinitiative hier
28 gegenzusteuern. Rund 3,2 Millionen Euro sollen dafür im Regionshaushalt bis 2027 zur
29 Verfügung gestellt werden. Das ist sicherlich zu begrüßen. Es kann aber nicht sein, dass die
30 Region punktuell für die 16 Kommunen, für die sie im Kinder- und Jugendhilfebereich
31 zuständig ist, solche Streichungen auf Bundes- bzw. Landesebene zu kompensieren versucht,
32 während alle anderen damit „leben müssen“.

BI 11 – Digitale Lernmittelfreiheit für Schüler:innen in Niedersachsens Schulen

Antragsteller:in SPD-Ortsverein Burgdorf

Weiterleitung SPD-Landtagsfraktion

Empfehlung der AK: Erledigt durch Beschlusslage auf Landesebene

1 Für die im Koalitionsvertrag vereinbarte „digitale Lernmittelfreiheit“ sollen zeitnah die
2 notwendigen Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt werden, damit die an vielen Schulen bereits
3 eingeführten bzw. beabsichtigten Belastungen von bis zu 920 € je Kind durch von Eltern
4 finanzierte Tablets ein Ende hat.

5 Begründung:

6 Wir teilen die Auffassung unseres ehem. Kultusministers und jetzigen Fraktionsvorsitzenden
7 der SPD, Hendrik Tonne, dass Tablets für alle Schüler:innen ein wichtiger Schritt zur Teilhabe
8 sind. Im letzten Wahlkampf hat die SPD die „digitale Lernmittelfreiheit“ vehement gefordert
9 und diese auch im Koalitionsvertrag wie folgt vereinbart: „Alle Schülerinnen und Schüler
10 müssen unabhängig von finanziellen Voraussetzungen an der Bildung in der digitalen Welt
11 teilhaben können. Deshalb werden wir schrittweise digitale Endgeräte zur Verfügung stellen,
12 die Abläufe werden wir eng mit Schulen und Schulen abstimmen. In einem ersten Schritt
13 betrifft das die Schülerinnen und Schüler ab Jahrgang 8, in weiteren Schritten dann auch
14 jüngere Schülerinnen und Schüler.“ Vor dem Hintergrund, dass es in Niedersachsen
15 zunehmend Schulen gibt, die Eltern mit Kosten bis zu 920 € für ein Kind belasten (wollen), ist
16 hier Eile geboten. Wir sollten hier anderen Bundesländern, die dieses bereits getan haben,
17 folgen, damit Niedersachsen weiterhin ein Beispiel für gute zukunftsweisende
18 Bildungspolitik sein kann.

BI 12 – Schule ist mehr als Unterricht – Schulsozialarbeit stärken!

Antragsteller:in Jusos Region Hannover

Weiterleitung Landesparteirat, SPD-Regionsfraktion

Empfehlung der AK: Annahme in der Fassung der Antragskommission

1 Um den wachsenden Herausforderungen und dem Fachkräftemangel in den niedersächsischen
2 Schulen gerecht werden zu können, fordern wir die Landesebene und die Region Hannover auf
3 sich hinsichtlich der Schuleinrichtungen in ihrer Trägerschaft einzusetzen für folgenden
4 Forderungskatalog:

- 5 • die Stellen für schulische Sozialarbeiter:innen in der Region Hannover und ganz
6 Niedersachsen aufzustocken.
- 7 • die Sozialarbeit und andere schulische Unterstützungsmaßnahmen nach Sozialindex zu
8 verteilen.
- 9 • jede Schule mit mindestens einer unbefristeten Stelle für Schulsozialarbeit auszustatten.
- 10 • sich aktiv gegen den Fachkräftemangel im Bereich der Sozialarbeit und Sozialpädagogik
11 einzusetzen und durch geeignete Maßnahmen das Berufsfeld für Schulsozialarbeiter:innen
12 in Niedersachsen attraktiv zu machen. Dazu kann einerseits die Erhöhung von
13 Ausbildungskapazitäten in der sozialen Arbeit zählen. Andererseits gilt es aber auch zu
14 erforschen, wie es gelingen kann, die Zufriedenheit der Fachkräfte zu erhöhen.
- 15 • in diesem Kontext auch die Maßnahmen für Demokratiebildung in Schulen massiv zu
16 verstärken.

17 **Begründung:**

18 Beleidigungen, Handgreiflichkeiten, Mobbing, Bedrohungen, sexualisierte Gewalt,
19 Schmierereien, Vandalismus und Respektlosigkeiten gegenüber Mitarbeiter:innen gehören an der
20 IGS Stöcken, aber auch an vielen anderen Schulen in Niedersachsen zum Alltag. Nach der IGS
21 Büssingweg hat sich jetzt auch die IGS Stöcken mit einem Brandbrief an die Landeshauptstadt
22 Hannover und das Land Niedersachsen gewandt. Zur akuten Deeskalation der Situation fordern
23 die Schulen einen Sicherheitsdienst für den Schulweg und die Pausen. Um langfristig eine
24 Verbesserung der Situation erreichen zu können, wünschen sich die Lehrkräfte u.a. Schulungen
25 im Umgang mit herausfordernden Schüler:innenverhalten. Völlig klar ist, dass Maßnahmen wie
26 zusätzliche Sicherheitsdienste lediglich der Symptombekämpfung dienen, zumal diese Dienste
27 ausreichend für den Umgang mit Schüler:innen geschult sein müssten, und die Ursachen der

28 Probleme nicht angehen. Wichtig sind deshalb vor allem präventive Maßnahmen. Eine dieser
29 Maßnahmen muss die bessere Versorgung aller niedersächsischen Schulen mit
30 Schulsozialarbeiter:innen sein. Schwerpunkt der Schulsozialarbeit sind Maßnahmen, wie die
31 Beratung von Schüler:innen, Lehrkräften, pädagogischen Mitarbeiter:innen und
32 Erziehungsberechtigten sowie die Netzwerkarbeit mit außerschulischen Partner:innen.
33 Gleichzeitig fehlen aber genau diese Fachkräfte in der sozialen Arbeit deutschlandweit. Der
34 Fachkräftemangel ist einer Studie von 2021 zufolge im Bereich der Sozialpädagogik am größten.
35 Laut Daten des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) betrug die sogenannte Fachkräftelücke
36 2021 bei Sozialpädagog:innen 18.300 Stellen.

BI 12 – Schule ist mehr als Unterricht – Schulsozialarbeit stärken!

(Ursprungsfassung)

Antragsteller:in Jusos Region Hannover

1 Beleidigungen, Handgreiflichkeiten, Mobbing, Bedrohungen, sexualisierte Gewalt,
2 Schmierereien, Vandalismus und Respektlosigkeiten gegenüber Mitarbeiter:innen gehören an der
3 IGS Stöcken, aber auch an vielen anderen Schulen in Niedersachsen zum Alltag. Nach der IGS
4 Büssingweg hat sich jetzt auch die IGS Stöcken mit einem Brandbrief an die Stadt Hannover und
5 das Land Niedersachsen gewandt. Zur akuten Deeskalation der Situation fordern die Schulen
6 einen Sicherheitsdienst für den Schulweg und die Pausen. Um langfristig eine Verbesserung der
7 Situation erreichen zu können, wünschen sich die Lehrkräfte u.a. Schulungen im Umgang mit
8 herausforderndem Schüler:innen verhalten. Völlig klar ist, dass Maßnahmen wie zusätzliche
9 Sicherheitsdienste lediglich der Symptombekämpfung dienen, zumal diese Dienste ausreichend
10 für den Umgang mit Schüler:innen geschult sein müssten, und die Ursachen der Probleme nicht
11 angehen. Wichtig sind deshalb vor allem präventive Maßnahmen. Eine dieser Maßnahmen muss
12 die bessere Versorgung aller niedersächsischen Schulen mit Schulsozialarbeiter:innen sein.
13 Schwerpunkt der Schulsozialarbeit sind Maßnahmen, wie die Beratung von Schüler:innen,
14 Lehrkräften, pädagogischen Mitarbeiter:innen und Erziehungsberechtigten sowie die
15 Netzwerkarbeit mit außerschulischen Partner:innen. Gleichzeitig fehlen aber genau diese
16 Fachkräfte in der sozialen Arbeit deutschlandweit. Der Fachkräftemangel ist einer Studie von
17 2021 zufolge im Bereich der Sozialpädagogik am größten. Laut Daten des Instituts der deutschen
18 Wirtschaft (IW) betrug die sogenannte Fachkräftelücke 2021 bei Sozialpädagog:innen 18.300. Um
19 den wachsenden Herausforderungen und dem Fachkräftemangel in den niedersächsischen
20 Schulen gerecht werden zu können, fordern wir die Region Hannover und die niedersächsische
21 Landesregierung auf:

- 22 • die Stellen für schulische Sozialarbeiter:innen in der Region Hannover und ganz
23 Niedersachsen aufzustocken.
- 24 • die Sozialarbeit und andere schulische Unterstützungsmaßnahmen nach Sozialindex zu
25 verteilen
- 26 • jede Schule mit mindestens einer unbefristeten Stelle für Schulsozialarbeit auszustatten.
- 27 • sich aktiv gegen den Fachkräftemangel im Bereich der Sozialarbeit und Sozialpädagogik
28 einzusetzen und durch geeignete Maßnahmen das Berufsfeld für Schulsozialarbeiter:innen
29 in Niedersachsen attraktiv zu machen. Dazu kann einerseits die Erhöhung von
30 Ausbildungskapazitäten in der sozialen Arbeit zählen. Andererseits gilt es aber auch zu

- 31 erforschen, wie es gelingen kann, die Zufriedenheit der Fachkräfte zu erhöhen.
- 32 • in diesem Kontext auch die Maßnahmen für Demokratiebildung in Schulen massiv zu
- 33 verstärken.

DEMOKRATIE (D)

D 1 – Worte finden, rechten Demagog:innen entgegen

Antragsteller:in SPD-Ortsverein Hannover-Mitte (in Kooperation mit dem Arbeitskreis
Demokratie stärken!)

Weiterleitung Unterbezirksvorstand

Empfehlung der AK: Annahme

1 Der SPD-Unterbezirk Region Hannover beteiligt sich an der Unterstützung seiner Mitglieder
2 im Kampf gegen Rechts. Der Unterbezirksvorstand ergreift dafür folgende Maßnahmen:

3 • Es wird eine Plattform für Mitglieder und Interessierte zur Diskussion und Mobilisierung
4 geschaffen.

5 • Material bzw. eine Kampagne gegen Rechts wird konzipiert. Hierfür sollen u.a.
6 Argumentationskarten zur Entkräftung rechter Parolen und Falschinformationen
7 entstehen.

8 • Argumentationstrainings gegen Rechte/Stammtischparolen sollen angeboten werden.

9 Durch Trainings oder Schulungen können Techniken und Strategien erarbeitet werden, um
10 in der Praxis schlagfertige Parolen dagegenzuhalten. Diese sollen helfen, das Gefühl der
11 Hilflosigkeit in solchen Situationen zu überwinden und dazu ermutigen, für Vielfalt, Toleranz
12 und eine demokratische Kultur im Umgang miteinander einzutreten.

13 Begründung:

14 Beginnend mit der Europawahl im Juni 2024, erwarten uns in den nächsten Jahren zahlreiche
15 Wahlen. Insbesondere Menschen mit Flucht -und Einwanderungsgeschichte sowie die
16 queere Community werden von einer starken Rechten bedroht. Schon jetzt ist der gewaltige
17 Druck in der Gesellschaft zu spüren, etwa durch massive Diskriminierung. In den kommenden
18 Jahren gilt es, unsere Demokratie zu verteidigen und der Politik der Spaltung, des Populismus
19 und des Extremismus entschlossen entgegenzutreten. Insbesondere rechtspopulistische und
20 rechtsextreme Parteien und Bewegungen bieten einen Nährboden und einen Resonanzraum
21 für Stammtischparolen. Oft weiß man nicht, wie man mit diskriminierenden und
22 menschenverachtenden Sprüchen umgehen soll. Man fühlt sich hilflos.

D 2 – Keine Ausreden – Parität jetzt!

Antragsteller:in SPD Frauen (ASF)

Weiterleitung Landesparteirat

Empfehlung der AK: Annahme

1 Wir wollen ein Paritätsgesetz in Niedersachsen. Der SPD-Unterbezirk Region Hannover
2 fordert unsere SPD-Landtagsfraktion sowie den Minister für Gleichstellung auf, zeitnah einen
3 Entwurf für ein niedersächsisches Paritätsgesetz vorzulegen.

4 **Begründung:**

5 Bereits seit 2020 ist dies eine Forderung und ebenso steht es im nunmehr beschlossenen rot-
6 grünen Koalitionsvertrag. Dass wir ein Paritätsgesetz brauchen, sehen wir nicht zuletzt
7 daran, dass unsere Fraktion erneut nur etwa ein Drittel Frauen umfasst. Aber Wollen und
8 fromme Wünsche allein reichen nicht!

9 Parität fängt bei uns selbst an. Dazu gehört für uns auch, dass wir Parität in unseren eigenen
10 Reihen konsequent umsetzen – sei es bei Wahlaufstellungen oder in Gremien. Wir erwarten
11 daher insbesondere von der Landespartei, dass sie mit gutem Beispiel vorangeht und sich
12 nicht auf Formalausreden zurückzieht. Das heißt für uns, dass auch ein geschäftsführender
13 Fraktionsvorstand quotiert gehört! An qualifizierten Frauen mangelt es uns nicht!

14 Wir wollen nicht mehr warten! Mehr Frauen in die Parlamente!

D 3 – Briefwahl 2.0: Die Zukunft des Wählens liegt im Umschlag

Antragsteller:in Jusos Region Hannover

Weiterleitung Bundesparteitag, Landesparteirat

Empfehlung der AK: Zurückgezogen

D 4 – Nachhaltige Förderung der Medienkompetenz

Antragsteller:in SPD-Ortsverein Oststadt/Zoo

Weiterleitung Bundesparteitag, Landesparteirat

Empfehlung der AK: Annahme

- 1 Die Medienkompetenz der Bevölkerung wird durch entsprechende geeignete Maßnahmen
- 2 gestärkt, insbesondere
- 3 • soll im Schulbereich Medienkompetenz ggf. im neu eingeführten Fach Demokratie
- 4 nachhaltig gelehrt werden,
- 5 • sollen öffentliche Kampagnen zur Förderung des sicheren und kritischen Umgangs mit
- 6 Medien erfolgen und
- 7 • soll öffentlich aufgeklärt werden, wie auf medienkompetente Weise der
- 8 Wahrheitsgehalt von Nachrichten überprüft werden kann.

- 9 Begründung:
- 10 Erfolgt mündlich.

EUROPA (EU)

EU 1 – Einführung des Europatags als europäischer Feiertag

Antragsteller:in SPD-Ortsverein Oststadt/Zoo

Weiterleitung Landesparteirat

Empfehlung der AK: Ablehnung

1 Der Europatag, der jedes Jahr am 9. Mai begangen wird, wird europaweit zum gesetzlichen
2 Feiertag im Sinne des Feiertagsrechts erklärt, zunächst in Niedersachsen und anderen
3 Bundesländern.

4 Begründung:

5 Der Europatag wird alljährlich am 9. Mai für Frieden und Einheit in Europa begangen. Er
6 markiert den Jahrestag der Schuman-Erklärung, in der Robert Schuman seine Idee für eine
7 neue Form der politischen Zusammenarbeit in Europa vorstellte, die einen Krieg zwischen
8 den Nationen Europas undenkbar machen sollte. Robert Schumans Vorschlag gilt als
9 Geburtsstunde dessen, was wir heute die Europäische Union nennen“ (Quelle: Webseite der
10 Europäischen Union).

11 Selten zuvor seit dem Ende des 2. Weltkrieges war es national und international so
12 notwendig, vor dem Horror des Krieges und des Faschismus‘ zu warnen und die Bedeutung
13 Europas als Grundlage des friedlichen Zusammenlebens zwischen den Völkern, zwischen
14 internationalen Organisationen und auch zwischen Religionen und innerhalb von
15 Gesellschaften so sehr hervorzuheben wie heutzutage.

16 Vor dem Hintergrund der sich ändernden politischen Rahmenbedingungen weltweit und der
17 sinkenden Anzahl an Zeitzeugen, die den 2. Weltkrieg noch persönlich miterlebt haben, ist es
18 daher umso wichtiger, das Bewusstsein in die Bedeutung eines möglichst geeinten Europas
19 als politisches Projekt auf Dauer regelmäßig hervorzuheben.

20 Im Jahre 1945 wurde der Zweite Weltkrieg, die Gewaltherrschaft der Nationalsozialisten und
21 der Holocaust mit der bedingungslosen Kapitulation beendet, Deutschland durch die
22 Alliierten befreit, der Frieden kehrte zurück. Der von Deutschland entfesselte Krieg und der
23 Holocaust kosteten über 60 Millionen Menschen das Leben.

24 Die Aufwertung des seit Jahrzehnten begangenen jährlichen Europatages am 09. Mai zum
25 gesetzlichen Feiertag ist daher nur sachgerecht und sinnvoll. In Luxemburg hat die
26 Einführung als gesetzlicher Feiertag bereits stattgefunden.

FINANZEN (F)

F 1 – Änderung des Sparerpauschbetrages

Antragsteller:in SPD-Ortsverein Kleefeld-Heideviertel

Weiterleitung Bundesparteitag, Bezirksparteitag

Empfehlung der AK: Annahme in der Fassung der Antragskommission

1 Die SPD in der Region Hannover setzt sich dafür ein, auf Bundesebene eine gesetzliche
2 Regelung zu erreichen, wonach der Sparerpauschbetrag bei Kapitalerträgen künftig
3 dahingehend geändert wird, dass der Freibetrag von eigenen Kindern unter 18 Jahren
4 zusammen mit den Eltern veranlagt werden kann, wie dies bei Eheleuten bereits möglich ist.
5 Bei getrenntlebenden Eltern kann der Betrag im Einvernehmen aufgeteilt werden. Sollte
6 keine Einigung möglich sein, so wird der Betrag dem Elternteil zur Verfügung gestellt, dem
7 der Kinderfreibetrag zusteht.

8 Begründung:

9 Kinder haben ebenso wie Erwachsene einen eigenen Sparerpauschbetrag. Allerdings müssen
10 Kinder hierfür ein eigenes Konto haben, um den Freibetrag nutzen zu können. Gleichzeitig ist
11 es normal, dass Ehepaare ihren Freibetrag gemeinsam nutzen. Warum dies für die eigenen
12 Kinder nicht möglich ist, erschließt sich nicht und stellt letztlich eine Benachteiligung für
13 Familien mit Kindern dar. Zudem werden gerade Familien der Mittelschicht durch die
14 vorgeschlagene Änderung profitieren, weil es einfacher wird, den Pauschbetrag der Kinder
15 mit zu nutzen. Somit kommt der am Ende auch den Kindern zugute.

F 1 – Änderung des Sparerpauschbetrages (Ursprungsfassung)

Antragsteller:in SPD-Ortsverein Kleefeld-Heideviertel

Weiterleitung Bundesparteitag, Bezirksparteitag

- 1 Der Bund soll eine gesetzliche Regelung erlassen, wonach der Sparerpauschbetrag bei
- 2 Kapitalerträgen künftig dahingehend geändert wird, dass der Freibetrag von eigenen Kindern
- 3 unter 18 Jahren zusammen mit den Eltern veranlagt werden kann, wie dies bei Eheleuten
- 4 bereits möglich ist. Bei getrennt lebenden Eltern kann der Betrag im Einvernehmen aufgeteilt
- 5 werden. Sollte keine Einigung möglich sein, so wird der Betrag dem Elternteil zur Verfügung
- 6 gestellt, dem der Kinderfreibetrag zusteht.

F 2 – Kommunen und kommunale Aufgaben dauerhaft auskömmlich finanzieren

Antragsteller:in Unterbezirksvorstand

Weiterleitung Bundesparteitag, Landesparteirat

Empfehlung der AK: Annahme in der Fassung der Antragskommission

- 1 Die SPD in der Region Hannover setzt sich dafür ein, die derzeitige Unterfinanzierung der
2 Kommunen schrittweise zu beseitigen.
- 3 1. Kommunale Aufgaben sind dauerhaft in ihrer Finanzierung zu sichern. Dazu gehört,
4 dass bei zusätzlichen gesamtgesellschaftlichen Aufgaben wie aktuell zum Beispiel
5 Flüchtlingshilfe eine Finanzierung durch Bund und Land in vollem Umfang
6 sicherzustellen ist.
- 7 2. Nach wie vor werden den Kommunen Aufgaben per Gesetz übertragen oder die
8 Qualität vorhandener Aufgaben durch entsprechende Landes- oder Bundesvorgaben
9 erhöht, ohne dass dies mit der notwendigen Finanzierung hinterlegt ist. Dies muss
10 geändert werden. Wer ein Gesetz beschließt, muss auch die Finanzierung übernehmen.
- 11 3. Jedwede Beschlüsse der Bundes- und / oder Landesregierungen müssen darauf hin
12 überprüft werden, ob sie unmittelbar oder mittelbar zu Mindereinnahmen oder
13 Mehraufwendungen in den Kommunen führen. Ein entsprechender ausreichender
14 Finanzierungsausgleich von Bundes- oder Landesebene an die Kommunen muss damit
15 zwingend einhergehen.
- 16 4. Eine konkrete Lösung für die Altschuldenproblematik der Kommunen muss endlich her.
17 Bundesregierung und Landesregierungen stehen hier im Wort. Die SPD wird auf allen
18 Ebenen in Gespräche mit den Regierungen eintreten, um hier endlich eine Lösung und
19 deren Umsetzung einzufordern.
- 20 5. Eine von Bundesfinanzminister Lindner proklamierte damit einhergehende
21 Grundgesetzänderung und „Auferlegung“ einer Schuldenbremse für die Kommunen ist
22 strikt zurückzuweisen.
- 23 6. Altschulden müssen umgehend getilgt werden. Dazu werden Vermögens- und
24 Erbschaftssteuer neugestaltet.
- 25 7. Da die Finanzierung der öffentlichen Daseinsfür- und vorsorge überwiegend aus
26 Steuern und Abgaben erfolgt, bedarf es ebenso einer Debatte um Umverteilung.

27 Die Länder benötigen dringend Änderungen im Steuerrecht, um ihre eigene Finanzkraft zu
28 stärken. Die Vermögenssteuer muss wieder erhoben werden, bei der Erbschafts- /
29 Schenkungssteuer und Grunderwerbssteuer müssen die Schlupflöcher geschlossen werden.
30 Kapitaleinnahmen müssen zukünftig wieder mit dem persönlichen Steuersatz versteuert
31 werden.

32 Begründung:

33 Erfolgt mündlich.

F 2 – Kommunen und kommunale Aufgaben dauerhaft auskömmlich finanzieren

(Ursprungsfassung)

Antragsteller:in Unterbezirksvorstand

Weiterleitung SPD-Bundestagsfraktion, Bundesparteitag

1 Die Kommunen stellen die Lebensgrundlage für Bürger:innen sicher, sie organisieren und
2 finanzieren in kommunaler Selbstverwaltung die Infrastruktur in den Städten zum Beispiel
3 für soziale Sicherung, Jugend, Schulen, Verkehr und ÖPNV, Wohnen, Wasser, Strom und
4 vieles andere mehr. Sie haben häufig eine Gewährleistungspflicht und sollen den
5 Grundgesetz-Anspruch der „gleichen Lebensverhältnisse“ umsetzen. Zusätzlich müssen
6 zukünftige Investitionen in Maßnahmen zur Bewältigung des Klimawandels und für eine
7 Verkehrswende personell und finanziell gestemmt werden. Dies geht nur mit einer dauerhaft
8 gesicherten und auskömmlichen Finanzierung der Aufgaben der Kommunen.

9 Die SPD forciert deshalb ihre Bemühungen, die derzeitige Unterfinanzierung der Kommunen
10 zu beseitigen.

11 1. Kommunale Aufgaben sind dauerhaft in ihrer Finanzierung zu sichern. Dazu
12 gehört, dass zusätzliche gesamtgesellschaftliche Aufgaben wie aktuell zum
13 Beispiel Flüchtlingshilfe nicht durch Sondervermögen – sprich: langfristige
14 Schulden – der Kommunen finanziert werden. Eine Finanzierung durch Bund und
15 Land ist in vollem Umfang sicherzustellen.

16 2. Nach wie vor werden den Kommunen Aufgaben per Gesetz übertragen oder die
17 Qualität vorhandener Aufgaben durch entsprechende Landes- oder Bundesvorgaben
18 erhöht, ohne dass dies mit der notwendigen Finanzierung hinterlegt ist. Dies muss
19 geändert werden. Wer ein Gesetz beschließt, muss auch die Finanzierung übernehmen.

20 3. Jedwede Beschlüsse der Bundes- und / oder Landesregierungen müssen darauf hin
21 überprüft werden, ob sie unmittelbar oder mittelbar zu Mindereinnahmen oder
22 Mehraufwendungen in den Kommunen führen. Ein entsprechender ausreichender
23 Finanzierungsausgleich von Bundes- oder Landesebene an die Kommunen muss damit
24 zwingend einhergehen.

25 4. Eine konkrete Lösung für die Altschuldenproblematik der Kommunen muss endlich her.
26 Bundesregierung und Landesregierungen stehen hier im Wort. Die SPD wird auf allen
27 Ebenen in Gespräche mit den Regierungen eintreten, um hier endlich eine Lösung und

28 deren Umsetzung einzufordern.

29 5. Eine von Bundesfinanzminister Lindner proklamierte damit einhergehende
30 Grundgesetzänderung und „Auferlegung“ einer Schuldenbremse für die Kommunen ist
31 strikt zurückzuweisen.

32 6. Altschulden müssen umgehend getilgt werden. Dazu werden Vermögens- und
33 Erbschaftssteuer neugestaltet.

34 7. Da die Finanzierung der öffentlichen Daseinsfür- und vorsorge überwiegend aus
35 Steuern und Abgaben erfolgt, bedarf es ebenso einer Debatte um Umverteilung.

36 8. Die Länder benötigen dringend Änderungen im Steuerrecht, um ihre eigene Finanzkraft
37 zu stärken. Die Vermögenssteuer muss wieder erhoben werden, bei der Erbschafts- /
38 Schenkungssteuer und Grunderwerbssteuer müssen die Schlupflöcher geschlossen
39 werden. Kapitaleinnahmen müssen zukünftig wieder mit dem persönlichen Steuersatz
40 versteuert werden.

F 3 – Angemessene Anpassung der Erbschafts- und Schenkungssteuer

Antragsteller:in SPD-Ortsverein Oststadt-Zoo

Weiterleitung Bundesparteitag

Empfehlung der AK: Erledigt durch Beschlusslage auf Bundesebene

1 Steuersatz der Erbschafts- und Schenkungssteuer wird für hohe Erbschaften und
2 Schenkungen oberhalb von 26.000.000 Euro auch für Angehörige der Steuerklassen I und II
3 auf 50 Prozent anzuheben.

4 **Begründung:**

5 Zur Finanzierung der immensen Investitionsbedarfe ist eine dauerhafte Verbesserung der
6 staatlichen Einnahmeseite erforderlich. Angehörige der Steuerklasse III, die nicht zu den
7 nächsten Angehörigen der erblassenden bzw. schenkenden Person gehören, sind ab einem
8 Betrag von 26.000.000,- € bereits jetzt von einem Steuersatz von 50 % betroffen. Bei näheren
9 Angehörigen der Steuerklassen I und II ist jedoch selbst bei einem steuerpflichtigen Erwerb
10 in Milliardenhöhe nur ein Steuersatz von 30% bzw. 43% fällig. Eine Anpassung auf einheitlich
11 50 % ist daher zumindest ab einem Betrag von 26.000.000,- € dringend geboten.

F 4 – Abschaffung der Schuldenbremse

Antragsteller:in SPD-Ortsverein Oststadt-Zoo

Weiterleitung Bundesparteitag

Empfehlung der AK: Erledigt

1 Die im Grundgesetz und in der Niedersächsischen Verfassung vorgesehene Schuldenbremse
2 wird abgeschafft, die bis zum Inkrafttreten des Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes
3 vom 29.07.2009 (BGBl. I 2009, 2248, sogenannte Schuldenbremse) geltende
4 verfassungsrechtliche Rechtslage hinsichtlich der Art. 109, 109a, 115 und 143d Grundgesetz
5 wird wiederhergestellt.

6 Begründung:

7 Der verantwortungsvolle Staat soll sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene seinen
8 Aufgaben in sinnvoller und sachgerechter Weise nachkommen können. Die
9 Staatsschuldenquote ist in Deutschland im internationalen Vergleich mit deutlich unter 70
10 % des Bruttoinlandsprodukts sehr niedrig, dennoch hat das krampfhaftes Festhalten an der
11 im Jahre 2009 eingeführten Schuldenbremse dazu geführt, dass selbst die notwendigsten
12 Sanierungsarbeiten und Infrastrukturmaßnahmen am Dogma der schwarzen Null
13 gescheitert sind und der öffentliche Investitionsbedarf auf allen Ebenen so hoch ist wie seit
14 Jahrzehnten nicht mehr.

F 5 – Einführung eines Kindersoli für Milliardäre

Antragsteller:in SPD-Ortsverein Oststadt-Zoo

Weiterleitung Bundesparteitag

Empfehlung der AK: Erledigt durch Beschlusslage auf Bundesebene

1 Die SPD bringt eine Gesetzesinitiative auf den Weg, mit welchem eine als Kindersoli
2 bezeichnete einmalige verfassungsrechtlich zulässige Vermögensabgabe für
3 Vermögensmilliardäre in Höhe von 10 Prozent des Verkehrswertes eingeführt wird.

4 Die Einnahmen werden vollständig für die Belange von Kindern vorgesehen, insbesondere
5 zur Vermeidung von Kinderarmut, auch zur entsprechenden zweckgerichteten
6 flächendeckenden Unterstützung der Kommunen zur Erfüllung der Rechtsansprüche von
7 Kindern auf Krippenplätze, Kindergartenplätze, Ansprüche nach dem SGB VIII, Kinderschutz,
8 Errichtung und Sanierung von (Indoor-)Spielplätzen, ebenso zur deutlichen Verbesserung der
9 medizinischen Versorgung von Kindern im kinderärztlichen Bereich und im Bereich der
10 Kinderkrankenhäuser.

11 **Begründung:**

12 Während nach neuen Zahlen eine Rekordzahl an Kindern und Jugendlichen unterhalb der
13 Armutsgrenze leben oder armutsgefährdet sind, zahlen alle 237 Milliardäre in Deutschland
14 zusammen weniger Steuern auf ihr Vermögen als jeder einzelne Beschäftigte an Lohn- und
15 Einkommensteuer.

16 Um gesellschaftliche Schieflagen zu vermeiden, ist ein kraftvolles Einstehen für die sozialen
17 Belange unserer minderjährigen Mitbürger zwingend notwendig. Die Anwendung einer
18 einmaligen Vermögensabgabe als ein verfassungsrechtlich zulässiges Instrument zur
19 Finanzierung gesellschaftlicher Verantwortung aus Zeiten der Adenauer-Ära
20 („Lastenausgleich“) ist gerechtfertigt. Die Diffamierung des Vorhabens durch rechte und
21 marktradikale Kreise als Sozialneid oder Klassenkampf ist im Sinne unserer Kleinen
22 auszuhalten und durchzustehen.

F 6 – Einführung eines Kommunalsoli für Milliardäre

Antragsteller:in SPD-Ortsverein Oststadt-Zoo

Weiterleitung Bundesparteitag

Empfehlung der AK: Erledigt

1 Die SPD bringt eine Gesetzesinitiative auf den Weg, mit welchem eine als Kommunalsoli
2 bezeichnete einmalige verfassungsrechtlich zulässige Vermögensabgabe für
3 Vermögensmilliardäre in Höhe von 10 Prozent des Verkehrswertes eingeführt wird. Die
4 Einnahmen hieraus kommen vollständig den Kommunen zu Gute, die damit wieder in die
5 Lage versetzt werden, die ihnen übertragenen Aufgaben vollständig zu erfüllen und sich
6 zugleich qualitativ auch freiwilligen Aufgaben zu widmen.

7 Begründung:

8 Kommunale Haushaltssicherungskonzepte sind bundesweit nur deswegen erforderlich und
9 führen flächendeckend zu tiefen Enttäuschungen bei unseren Mitmenschen, weil die in
10 Deutschland wohnhaften Milliardäre weder Vermögensteuern noch -abgaben zahlen,
11 während kommunale Leistungen immer mehr eingeschränkt werden und sozialer
12 Wohnungsbau kaum noch stattfinden kann.

13 Viele Kommunen sind hoffnungslos überschuldet und bekommen aufgrund der Vorgaben
14 der Landeskommunalverfassungsgesetze von den jeweiligen Kommunalaufsichtsbehörden
15 strenge Auflagen.

16 Die Schließung kommunaler Badeanstalten, Bibliotheken, die Einschränkungen im Bereich
17 des Sozialen und der Jugend, am Bürgerservice und im Bereich Kultur, Kunst und Sport führen
18 bei vielen ebenso zu einer inneren Abwendung wie die häufig nur notdürftige Ausstattung
19 der Schulen und der öffentlichen Infrastruktur und die Erhöhung von Gebühren.

20 Eine auch unter Adenauer praktizierte einmalige Vermögensabgabe, die wirtschaftlich den
21 Kommunen zu Gute käme, wäre für diese ein finanzieller Befreiungsschlag und würde den
22 Kommunen deutliche Handlungsspielräume zugunsten der Einwohner:innen zurückgeben.

INNERES UND SICHERHEIT (IS)

IS 1 – Auf der Straße für die Demokratie – Polizei resilient weiterentwickeln und weiterhin wehrhaft für die Demokratie aufstellen!

Antragsteller:in Arbeitsgemeinschaft für Arbeit (AfA)

Weiterleitung Landesparteirat

Empfehlung der AK: Annahme

- 1 Die Polizei kommt, mit anderen Organisationen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, dem
- 2 wesentlichen Auftrag zum Schutz der demokratischen Gesellschaft nach. Um diesen Auftrag in
- 3 Zeiten steigender Gefahren und Aggressionen so gut wie möglich wahrnehmen zu können, muss
- 4 sie resilienter weiterentwickelt und aufgestellt werden.
- 5 Folgende, nicht abschließende Punkte bedürfen einer intensiven Betrachtung:
- 6 **Ausstattung**
- 7 • zeitgerechte und moderne persönliche Ausstattung der Beamtinnen und Beamten
- 8 • Abbau des Investitionsstaus der Liegenschaften der Polizei mit einem
- 9 Investitionsförderprogramm mit Blick auf einen energetischen Mindeststandard
- 10 • Modernisierung der Fahrzeugflotten unter klimaberücksichtigenden Gesichtspunkten
- 11 • Durch Straftaten erlangte Vermögenswerte werden abgeschöpft und dem Sachmittelletat
- 12 der Polizei zugeführt
- 13 **Personalgewinnung, Ausbildung**
- 14 • Erhöhung der Attraktivität des Berufes durch u.a. finanzielle Anreize wie die
- 15 Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage und die Anhebung der Zulage für Dienst zu
- 16 ungünstigen Zeiten auf fünf Euro die Stunde
- 17 • Verstärkte Ausbildung/Einstellung von Verwaltungsbeamtinnen und Verwaltungsbeamten
- 18 und die Einsetzung von Polizeibeamtinnen und Beamten auf Vollzugsaufgaben
- 19 • Verstärkte Überführung von Tarifangestellten in die Verwaltungslaufbahn und Erhöhung
- 20 der Attraktivität der Verwaltungsberufe in der Polizei.

21 Kriminalitätsbekämpfung

- 22 • Der Kriminalität im Internet muss Einhalt geboten werden, die personelle und
23 Sachmittelausstattung in diesem Bereich erhöht werden. Zur Bearbeitung braucht die Polizei
24 die klügsten Köpfe, die im Bereich IT ausgebildet sind.

25 Politische Bildung

- 26 • Fortsetzung und Verstärkung bestehender Konzepte für die politische Bildung angehender
27 Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten
- 28 • Förderung bestehender Konzepte, wie z.B. „Polizeischutz für die Demokratie“
- 29 • Unterstützung zivilgesellschaftlicher Konzepte; beispielsweise zu nennen sind Kampagnen
30 der JUNGEN GRUPPE (GdP) wie „Der Eid ist meine DNA“ oder „Grundgesetz. Unsere
31 Verantwortung!“

32 Zusammenarbeit

- 33 • Weiterentwicklung der Zusammenarbeit insbesondere an Brennpunkten der öffentlichen
34 Sicherheit und Ordnung mit allen involvierten Akteuren, u.a. in der Sozialarbeit, in den
35 kommunalen Ordnungsämtern, mit den kommunalen Verkehrsbetrieben, der kommunalen
36 Suchtberatung, den Rettungsdiensten und den Feuerwehren.
- 37 • Weiterhin kooperative Einbeziehung der Fachexpertise der Gewerkschaften der Polizei
38 insbesondere auch ihrer Haltung zum Schutz der Demokratie.

39 Begründung:

40 Seit Jahren erstarkt der Rechtsextremismus, sägen Akteure der „AfD“ an den Pfeilern der
41 Demokratie und des Grundgesetzes. Ihnen konsequent alle Mittel der wehrhaften Demokratie
42 entgegenzusetzen ist die Pflicht und das Selbstverständnis der niedersächsischen Polizei.

43 Mit ihrer Aufgabe, rund um die Uhr die Sicherheit und Freiheit von Bürgerinnen und Bürger
44 dieses Landes zu gewährleisten, gehört die Polizei mit zur ersten Brandmauer gegen den sich
45 immer mehr ausbreitenden Rechtsextremismus. Sie muss hierfür gestärkt werden. Mängel in
46 der Personalausstattung, bei der Qualität der Arbeitsmittel und schlechten Karriereaussichten
47 führen zu Unzufriedenheit, zu erhöhtem Krankenstand und treiben die Kolleginnen und
48 Kollegen in die Arme derer, die mit einfachen Antworten komplexe Frage beantworten.
49 Gute Arbeitsbedingungen und die Förderung innerbetrieblicher Beteiligungs- und
50 Wertschätzungsstrukturen bei der Polizei sind ein unverzichtbarer Beitrag zum Schutz der
51 wehrhaften Demokratie in der Gesellschaft.

IS 2 – Erstattung der Kosten für Personenschutz im öffentlichen Bereich exponierter jüdischer Mitbürgerinnen und Mitbürger

Antragsteller:in Arbeitsgemeinschaft 60plus

Weiterleitung SPD-Landtagsfraktion

Empfehlung der AK: Weiterleitung als Material an die SPD-Landtagsfraktion

1 Die SPD in der Region Hannover setzt sich gegenüber der Landesebene dafür ein, dass die
2 Aufwendungen, die den jüdischen Gemeinden, Vereinen und Institutionen in Niedersachsen
3 durch Inanspruchnahme privater Sicherheitsdienste entstehen, vom Land Niedersachsen
4 übernommen werden.

5 Begründung:

6 Nach Aussagen der liberalen jüdischen Gemeinde in Hannover ist Niedersachsen das einzige
7 Bundesland, das sich nicht an den Kosten für personenrelevante Sicherheitsaufwendungen
8 beteiligt. So ist zum Beispiel der Besuch von bestimmten Veranstaltungen ohne
9 Personenschutz nicht möglich. Allein aufgrund der Personallage ist die Polizei nicht in der
10 Lage, für alle Situationen Sicherheit zu gewähren. So belaufen sich nach Aussagen der
11 Geschäftsführerin Rebecca Seidler, die finanziellen Aufwendungen zum Beispiel für die
12 liberale jüdische Gemeinde in Hannover auf monatlich ca. 5.000, -- Euro.

13 Am 8. November 2023 sagte in einer Erklärung Bundespräsident Steinmeier den Schutz der
14 Juden in Deutschland zu. Beim Benefizkonzert am Sonntag in der jüdischen Gemeinde in
15 Hannover dazu unser Ministerpräsident Stephan Weil: „Das Jüdinnen und Juden in
16 Deutschland wieder Angst haben müssen, ist beschämend, und wir dürfen uns damit nicht
17 abfinden. Wir stehen an der Seite Israels, und das ist ein Hauptsatz ohne Wenn und Aber.“
18 Wenn dies nicht leere Floskeln bleiben sollen, müssen dem auch Taten folgen. Vor diesem
19 Hintergrund ist es nicht akzeptabel, dass die Kosten für den erforderlichen Schutz die
20 Mitglieder von jüdischen Gemeinden und Organisationen selbst tragen müssen.

IS 3 – Erhalt und weiterer Ausbau der Frauenhauslandschaft

Antragsteller:in SPD Frauen (ASF)

Weiterleitung Bundesparteitag, Landesparteirat

Empfehlung der AK: Annahme in der Fassung der Antragskommission

1 Die Mandatsträger:innen auf der Ebene des Bundes, des Landes, Europas sowie auf kommunaler
2 Ebene setzen sich weiterhin für den Erhalt und Ausbau der Frauenhauslandschaft und der
3 mobilen Beratungen ein. Dazu gehört insbesondere die bedarfsgerechte Finanzierung der
4 bestehenden Einrichtungen durch das Land Niedersachsen, den Bund und die EU.

5 **Begründung:**

6 Das Übereinkommen des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen
7 Frauen und häusliche Gewalt, die sogenannte Istanbul-Konvention, die Deutschland mit
8 Gesetz vom 17.07.2017 ratifiziert hat, verpflichtet alle staatlichen Ebenen, die erforderlichen
9 Maßnahmen zu ergreifen, um alle gewaltbetroffenen Frauen vor weiteren Gewalttaten zu
10 schützen und die entsprechenden Hilfsdienste sowie Schutzunterkünfte leicht zugänglich
11 und in geeigneter Zahl zur Verfügung zu stellen.

12 Trotz der zwischenzeitlich unternommenen Bemühungen gibt es nach wie vor in
13 Niedersachsen aber noch nicht ausreichend Frauenhausplätze, um die Anforderungen der
14 Istanbul-Konvention zu erfüllen. Gerade Einrichtungen wie das im Jahr 2020 eröffnete
15 Frauenhaus24 in Hannover, das ad hoc rund um die Uhr gewaltbetroffene Frauen und ihre
16 Kinder aufnimmt und in andere Frauenhäuser vermittelt, hat Not, alle Frauen und ihre Kinder
17 in reguläre Frauenhausplätze zu vermitteln und Frauen müssten teilweise sehr weite
18 Entfernungen zu ihrem Wohnort hinnehmen, um (wenn überhaupt möglich) vermittelt
19 werden zu können. Diese entfernte Unterbringung im Frauenhaus ist aufgrund der
20 persönlichen Lebenssituation aber oft gar nicht möglich.

21 Das Aktionsprogramm der Bundesregierung zur Prävention und Unterstützung für von
22 Gewalt betroffene Frauen und ihre Kinder leistet einen Beitrag zur Schließung der Lücken im
23 Hilfesystem. Gerade aber durch gestiegene Mieten und Heizkosten sind die
24 Fraueneinrichtungen in ihren Angeboten massiv bedroht und bedürfen weitergehender
25 finanzieller Unterstützung. Dies kann nicht allein von den Kommunen getragen werden.

IS 3 – Erhalt und weiterer Ausbau der Frauenhauslandschaft

(Ursprungsfassung)

Antragsteller:in SPD Frauen (ASF)

Weiterleitung SPD-Landtagsfraktion

- 1 Die Mandatsträger:innen auf der Ebene des Bundes, des Landes, Europas und auf kommunaler
- 2 Ebene setzen sich weiterhin für den Erhalt und Ausbau der Frauenhauslandschaft und der
- 3 mobilen Beratungen ein. Dazu gehört insbesondere auch die bedarfsgerechte Finanzierung der
- 4 bestehenden Einrichtungen durch das Land, den Bund und die EU.

KLIMASCHUTZ (KI)

KI 1 – Energiewende für alle I: Klimaneutraler Strom im Mehrfamilienhaus! – Einführung der Gemeinschaftlichen Gebäudeversorgung

Antragsteller:in SPD-Ortsverein Lehrte

Weiterleitung Bezirksparteitag

Empfehlung der AK: Annahme

1 Wir fordern die Bundesregierung dazu auf, die gesetzlichen Rahmenbedingungen zu schaffen, um
2 eine Gemeinschaftliche Gebäudeversorgung hinter dem Netzverknüpfungspunkt zu
3 ermöglichen.

4 Begründung:

5 Bis dato ist die Energiewende zu großen Teilen eine Eigenheim-Wende. Insbesondere PV-
6 Strom im Wohnimmobilienbereich beschränkt sich größtenteils auf Eigenheime (EFH, DHH,
7 RH), während im Mehrfamilienhaus Photovoltaik-Anlagen Seltenheitsfaktor haben. Dies hat
8 weniger damit zu tun, dass die Dächer von Mehrfamilienhäusern nicht für Photovoltaik
9 geeignet wären, sondern vor allem mit der überbordenden Bürokratie, die auf einen
10 Vermieter zukommt, der überlegt, den Strom von einer PV-Anlage auf dem Dach an seine
11 Mieter zu verkaufen.

12 Beim Einfamilienhaus ist dies einfach: Es gibt einen Stromzähler, der meist für das ganze
13 Haus zählt. Man hat also nur einen Punkt an dem der Strom vereinfach gesprochen „rein-
14 oder rausgeht“.

15 Bei einem Mehrfamilienhaus mit 8 Einheiten ist es deutlich schwieriger. In der Regel ist das
16 Dach und somit die PV-Anlage nicht proportional zum höheren Stromverbrauch eines
17 Mehrfamilienhauses größer. Den Strom einer verhältnismäßig kleineren Anlage müssen sich
18 nun mehrere Mieter teilen.

19 Doch wie soll das überhaupt gehen? In der Bürokratienation Deutschland muss jede
20 geflossene Kilowattstunde natürlich genauestens gemessen werden. Entsprechend wären
21 bis zur Einführung des „Smart-Meter-Gesetzes“ acht neue Zähler, die allesamt

22 (wiederkehrende) Kosten verursachen und somit möglichen Gewinn deutlich reduziert
23 hätten, nötig gewesen. Das „Smart Meter-Gesetz“ schafft hier zwar eine Vereinfachung
24 durch die nun mögliche Messung mit digitalen Zählern (Smart-Metern), die allerdings noch
25 nicht ausreicht, um PV im Mehrfamilienhaus wirklich attraktiv zu machen. Denn dies ist zwar
26 eine technische Erleichterung, Als Anlagenbetreiber ist man aber trotzdem mit erheblicher
27 Bürokratie konfrontiert, denn per Gesetz ist man nun ein Energielieferant mit allen
28 zugehörigen Pflichten.

29 Stattdessen ist es nötig den Grundgedanken der Überregulierung aufzugeben, um praktische
30 Lösungen zu ermöglichen. Die Lösung „Gemeinschaftliche Gebäudeversorgung“ würde
31 ermöglichen, den Stromverbrauch hinter dem Netzanschlusspunkt anteilig den einzelnen
32 Wohnungen zuzuordnen. Der Anlagenbetreiber ist in diesem Fall von wesentlichen Vorgaben
33 für Energielieferverträge und Rechnungen nach den §§ 40-42 EnWG befreit. Dies ist sehr
34 entscheidend, da das Konstrukt so auch für energiewirtschaftlich nicht versierte kleine
35 Vermieter/WEGs umsetzbar ist.

36 Der Betreiber könnte den Eigenverbrauch verhältnismäßig einfach an einen
37 Mieter/Miteigentümer verkaufen während letzterer weiterhin für seinen Reststrombedarf
38 einen normalen Vertrag mit einem Energielieferanten hat. Ihm steht es frei den Strom vom
39 Dach abzunehmen, wird dies aber i.d.R. tun, weil der Strom vom Dach zu einem deutlich
40 günstigeren Preis angeboten werden kann. Der auf diesem Weg verbrauchte Strom wird vom
41 Smart-Meter gemessen und kann unbürokratisch abgerechnet werden. Weil sich das alles
42 hinter dem Netzverteilstpunkt abspielt, sind auf den so verbrauchten Strom auch keine
43 Netzentgelte fällig. In den meisten Fällen wird die Steuerfreiheit für PV-Anlagen greifen,
44 sodass das Modell Gemeinschaftliche Gebäudeversorgung erfolgreich dafür sorgen kann,
45 dass in Zukunft deutlich mehr PV-Anlagen ihren Weg auf Dächer von mehr Familienhäusern
46 finden, weil dieses nun rentabel und vor allem unbürokratisch funktioniert!

KI 2 – Energiewende für alle II: Klimaneutrales heizen im Mehrfamilienhaus! – PV-Strom für Wärmepumpen unbürokratisch abrechnen

Antragsteller:in SPD-Ortsverein Lehrte

Weiterleitung Bundesparteitag, Bezirksparteitag

Empfehlung der AK: Annahme in der Fassung der Antragskommission

1 Wir fordern die Bundesregierung dazu auf, die gesetzlichen Rahmenbedingungen zu schaffen, um
2 den Eigenverbrauch des von einer PV-Anlage auf dem Dach eines (Mehrfamilien-)Hauses
3 produzierten Stroms durch eine zentrale Wärmepumpe im Rahmen der Heizkostenabrechnung
4 mit anfangs 20ct/kWh abrechnen zu können. Im weiteren Verlauf soll die Vergütung so an den
5 aktuellen Strompreis gekoppelt sein, dass sie immer niedriger ist, als der aktuelle Endkundenpreis
6 auf dem Strommarkt.

7 Begründung:

8 Perspektivisch werden immer mehr Mehrfamilienhäuser mit einer zentralen Wärmepumpe
9 beheizt werden. Diese für die Wärmewende notwendige Entwicklung wirft jedoch folgende
10 Frage auf: Was ist, wenn ich eine PV-Anlage auf dem Dach habe und den von der PV
11 produzierten Strom zum Betrieb meiner Wärmepumpe in einem Mehrfamilienhaus nutze.

12 Zur Verdeutlichung zwei Beispiele:

13 Ohne PV-Anlage wäre es so: Die Wärmepumpe verbraucht 10 000 kWh in einem Jahr, um das
14 Haus zu beheizen. Bei einem Strompreis von 30ct pro kWh wären das jährliche Heizkosten
15 von 3000 Euro. Diese werden nun entsprechend eines Verteilerschlüssels, häufig 30%
16 Grundkosten und 70% Verbrauchskosten verteilt. So muss Mieter Herr Müller dann vielleicht
17 250 Euro Heizkosten zahlen und Frau Meier 350 Euro.

18 Nun kommt eine PV-Anlage ins Spiel: Vermieter Herr Friedrich möchte die Energiewende
19 voranbringen. Er installiert eine PV-Anlage auf dem Dach des Mehrfamilienhauses. Vom
20 produzierten Strom werden nun 4000 kWh von der Wärmepumpe verbraucht. Das ist super,
21 so müssen nur noch 6000 kWh aus dem öffentlichen Netz für 30ct pro kWh gekauft werden.
22 Die Heizkosten betragen also nur noch 1800 Euro. Herr Müller freut sich, er müsste auf
23 einmal nur noch 180 Euro Heizkosten zahlen und Frau Meier nur noch 200 Euro.

24 Der Einzige, der nicht begeistert ist, ist Herr Friedrich. Er hat 20 000 Euro für die Anlage

25 investiert und hat nun aber keine Vergütung für den von seinen Mietern verbrauchten Strom.
26 Um diese Situation zu lösen, soll aufbauend auf dem Modell der Gemeinschaftlichen
27 Gebäudeversorgung eine Regelung geschaffen werden, dass von einer zentralen
28 Wärmepumpe verbrauchter Strom von Herrn Friedrich pauschal mit 20 Cent auf die
29 Heizkosten umgelegt werden darf. Er würde nun also die 4000 von seinen Mietern
30 verbrauchten kWh zu 20 Cent umlegen können und würde so 800 Euro bekommen, mit
31 denen er zusätzlich zur Einspeisevergütung für den eingespeisten Strom die
32 Investitionskosten für die Anlage reinvestieren kann. Für Herrn Friedrich macht die
33 Investitionen nun also wieder Sinn.

34 Die Heizkosten lägen nun insgesamt bei 1800 Euro + 800 Euro = 2600 Euro. Das freut auch
35 Herrn Müller und Frau Meier, denn sie bezahlen jetzt nur noch 230 Euro und 310 Euro
36 Heizkosten, sparen also auch Kosten aufgrund der PV-Anlage.

37 Mit diesem Modell einer pauschalen Vergütung könnte unbürokratisch die Kombination vom
38 PV-Anlage und Wärmepumpe nicht nur im Eigenheim, sondern auch im Mehrfamilienhaus
39 attraktiv gemacht werden. Davon profitieren am Ende alle: Sowohl der Vermieter, der seine
40 Investitionskosten refinanziert bekommt, aber auch die Mieter, die bei den Stromkosten
41 sparen. Das Modell funktioniert natürlich auch bei Wohnungseigentümergeinschaften,
42 die sich gemeinsam die PV-Anlage anschaffen.

43 Mit diesem Model kann ein zentrales Problem für die Energiewende im Gebäudesektor in den
44 nächsten Jahren gelöst werden. Die Höhe der Verbrauchsvergütung könnte
45 selbstverständlich an den aktuellen Strompreis gekoppelt werden, sodass die Vergütung
46 immer günstiger ist als der aktuelle Endkundenpreis.

**KI 2 – Energiewende für alle II: Klimaneutrales heizen im
Mehrfamilienhaus! – PV-Strom für Wärmepumpen
unbürokratisch abrechnen
(Ursprungsfassung)**

Antragsteller:in SPD-Ortsverein Lehrte

Weiterleitung Bezirksparteitag

- 1 Wir fordern die Bundesregierung dazu auf, die gesetzlichen Rahmenbedingungen zu schaffen, um
- 2 den Eigenverbrauch des von einer PV-Anlage auf dem Dach eines (Mehrfamilien-)Hauses
- 3 produzierten Stroms durch eine zentrale Wärmepumpe im Rahmen der Heizkostenabrechnung
- 4 mit anfangs 20ct/kWh abrechnen zu können. Im weiteren Verlauf soll die Vergütung so an den
- 5 aktuellen Strompreis gekoppelt sein, dass sie immer niedriger ist, als der aktuelle Endkundenpreis
- 6 auf dem Strommarkt.

KI 3 – Klimaschutz und Klimawirtschaft

Antragsteller:in Unterbezirksvorstand (AK Nachhaltigkeit)

Weiterleitung SPD-Regionsfraktion

Empfehlung der AK: Annahme in der Fassung der Antragskommission

- 1 Die Regionsfraktion wird aufgerufen, die nachfolgenden Punkte als Leitantrag Klimaschutz und
2 Klimawirtschaft in die Regionsversammlung einzubringen:
- 3 1. Die Region Hannover bekennt sich zur Klimawende als einem prioritären Politikziel unter
4 moralischen, sozialen und ökonomischen Gesichtspunkten.
- 5 2. Die Regionsverwaltung berücksichtigt die in der ANLAGE aufgeführten Punkte unter
6 Einbeziehung der genannten Partner bei der Erstellung des in Arbeit befindlichen regionalen
7 Maßnahmenprogramms zur Klimawende; die Maßnahmen werden transparent und
8 nachvollziehbar priorisiert.
- 9 3. Die Regionsverwaltung prüft außerdem, welche zusätzlichen Maßnahmen erforderlich sind,
10 um das angestrebte Ziel, Klimaneutralität bis 2035, zu erreichen.
- 11 4. Für das Klimaschutzprogramm wird ein Finanzvolumen von 55 Millionen Euro pro Jahr
12 angelegt. Nach fünf Jahren wird nach einer Evaluierung geprüft, welche Mittel in den
13 Folgejahren zur Verfügung zu stellen sind.

14 Begründung:

15 Die Ursachen der steigenden Erderwärmung mit ihren zerstörerischen Folgen sind
16 hinlänglich bekannt. Es ist unbestritten, dass jetzt verstärkt die zwingend notwendigen
17 Maßnahmen getroffen werden müssen, um die negativen Auswirkungen der Erderwärmung
18 für die künftigen Generationen so gering wie möglich zu halten. Die für die Transformationen
19 erforderlichen finanziellen, organisatorischen und sozialen Belastungen sind
20 sozialverträglich zu gestalten. Allen muss klar sein, dass alternativ der Rechtsruck
21 voranschreiten wird, Fortschritte zurückgefahren und sich die Klimakrisen mit ihren
22 unumkehrbaren klimatischen, ökonomischen und sozialen Folgen und weiteren globalen
23 Migrationsbewegungen verstärken werden. Die Folgen für unser tägliches Leben, unseren
24 Wohlstand und unseren sozialen Standard sind immens.

25 Dabei ist der wichtige Aufbau einer Klimawirtschaft nicht nur die Voraussetzung für das
26 Gelingen der Klimawende, sondern auch der Garant für die Schaffung neuer qualifizierter
27 Arbeitsplätze und einen neuen Wirtschaftsaufschwung mit der Sicherung unseres

28 Wohlstands für alle.

29 Der ökonomische Erfolg der Klimawende – mit der notwendigen Refinanzierung der zu
30 tätigen Investitionen – wird nur dann eintreten, wenn diese zügig mit den erforderlichen
31 Investitionen und den sozialpolitisch notwendigen Flankierungen umgesetzt wird.

32 Wenn wir jetzt nicht entschlossen handeln, werden durch die dynamisch fortschreitenden
33 Klimaveränderungen nicht nur die finanziellen Auswirkungen um ein Vielfaches größer
34 werden, es wird auch stark negative soziale und politische Konsequenzen haben, die nur
35 schwer noch zu beherrschen sein werden.

36 Für die Entwicklung und Umsetzung müssen hier geeignete Organisationsformen gefunden
37 werden; ferner sind möglichst viele Akteure bei der Umsetzung durch eigenes Handeln zu
38 motivieren und zu befähigen.

39 Die anspruchsvolle selbstgesteckte Zielsetzung der Region Hannover und der
40 Landeshauptstadt Hannover, bis 2035 klimaneutral zu werden, kann nur in Kooperation mit
41 politischen und anderen institutionellen Partnern erfolgreich umgesetzt werden, und auch
42 nur mit der finanziellen Unterstützung von Bund und Land, sowie der regionalen Wirtschaft
43 – und mit einem Programm, das diesem lohnenswerten Zeitziel Rechnung trägt.

44

45 ANLAGE

46 Handlungsprogramm für eine sozialdemokratische Klimapolitik für die Region Hannover

47 Wärmewende

- 48 • Förderung des bereits in Gang gebrachten Ausbaus von Solartechnik und
49 Windenergienutzung sowie weiterer nutzbarer Möglichkeiten wie Geothermie,
50 Wärmequellen im Abwasser und auf der Deponie
- 51 • Weiterer Ausbau eines bedarfsgerechten Fernwärmenetzes mit einer treibhausgasfreien
52 Erzeugung von Fernwärme
- 53 • Förderung alternativer Technologien, soweit diese ökonomisch und ökologisch
54 sinnvoller sind und /oder zu niedrigeren Kosten, insbesondere für Mieterhaushalte,
55 führen
- 56 • Soweit erforderlich und gewünscht, unterstützt die Region Hannover die Städte und
57 Gemeinden in der Region bei der Erstellung ihrer kommunalen Wärmepläne
- 58 • Auf den vom Stadtverband Hannover beschlossenen Antrag zur Wärmewende wird

59 hingewiesen

60 Mobilität

- 61 • Forcierung der E-Mobilität
- 62 • Förderung des ÖPNV und der Radverkehre
- 63 • Sperrung von Stadtbereichen für stark CO₂-emittierende Fahrzeuge
- 64 • Genannte Maßnahmen nicht zu Lasten sicherer Fußwege

65 Industrie, produzierendes Gewerbe

- 66 • Unterstützung durch schlanke Genehmigungsverfahren, Ausbildung von Fachkräften
- 67 • Bereitstellung oder Ermöglichung von Infrastruktur, Beratung für KMUs

68 Flankierende Maßnahmen

- 69 • Reduzierung überflüssiger Energieverschwendung, z.B. durch die Wiederverwendung
70 von Gebäuden nach Modernisierung und Umnutzung,
- 71 • Erhaltung und Schaffung von CO₂-Senken (z.B. Moore, aber auch technischer
72 Maßnahmen),
- 73 • Erhalt und die Aufforstung von Wäldern und Bäumen und Wiedervernässung von
74 stillgelegten oder abgetorften Mooren,
- 75 • Reduktion des Ausstoßes von Methan und „Lachgas“ (insbesondere aus der
76 Landwirtschaft),
- 77 • Ausbau geeigneter Speicher unterschiedlicher Technologien für die Fälle, in denen aus
78 Sonne, Wind, Wasser, Erde und Abfall nicht genügend Energie zur Verfügung gestellt
79 werden kann,
- 80 • Anschluss von Hannover an eine noch zu bauende Wasserstoffpipeline von
81 Wilhelmshaven,
- 82 • Zielgerichtete soziale Abfederungen unterschiedlicher – auch indirekter – Art,
83 insbesondere für Mieterhaushalte (die bei Fördermaßnahmen des Bundes partiell
84 vernachlässigt werden), z.B. durch Unterstützung und Förderung von
85 Energiegenossenschaften,

86 Klimawirtschaft

87 Für die Region Hannover bedeutet dies, ihre eigenen Handlungsmöglichkeiten
88 auszuschöpfen. Diese sind in Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinden und

- 89 weiteren Kooperationspartnern, wie
90 den Verbänden, durchaus vielfältig, insbesondere:
- 91 • Fachkräfteentwicklung: Bildung, Ausbildung und Fortbildung: originäre Aufgabe der
92 Region, in Kooperation mit den einschlägigen Partnern (Wirtschaftsverbände,
93 Gewerkschaften, Hochschulen, Land Niedersachsen, sonstige Bildungsträger),
94 Qualifizierung von Zuwanderern, Anwerbung von Fachkräften aus dem Ausland, gerade
95 auch im IT-Bereich,
 - 96 • Förderung ansässiger Betriebe der Klimawirtschaft,
 - 97 • Förderung von Startups und Ausgründungen aus dem universitären Bereich, auch
98 Förderung von Startups aus dem nichtuniversitären Bereich,
 - 99 • deutliche Ausweitung des Beteiligungsfonds (HBF) der Region für Weiterentwicklung
100 von Startups,
 - 101 • Ansiedlung von Unternehmen der Klimawirtschaft, Zurverfügungstellung von
102 Grundstücken, innovative Lösungen, um mehr Anreize für Ansiedlungen (im
103 Wettbewerb mit anderen Regionen in Deutschland und der EU) finden, neue Wege
104 gehen, z.B. Incentives, insbesondere immaterielle, für Ansiedlungswillige,
 - 105 • Unterstützung bei bürokratischen Barrieren, Finanzierungsberatung (über Partner),
 - 106 • Technologieförderung durch Eigenprojekte der Region, der Städte und Gemeinden (z.B.
107 Großwärmepumpen), Vorbildfunktion im eigenen Verantwortungsbereich,
 - 108 • Unterstützung bei der Skalierung der nationalen Solarwirtschaft auf kommunaleigenen
109 Immobilien,
 - 110 • Ausbau der Infrastruktur für industrielle Gase, z. durch Einwerben beim Land zum Bau
111 einer Wasserstoffleitung vom Terminal in Wilhelmshafen in die Region Hannover für
112 energieintensive Industrien und die CO2 freie Fernwärmeerzeugung bei den regionalen
113 Versorgern und Versorgung der Enercity-Kaverne in Empelde,
 - 114 • Ausbau der verschiedenen Einrichtungen der Wirtschaftsförderung, weiterer Ausbau der
115 Kooperationen,
 - 116 • Beratung bei der Einwerbung von Fördermitteln in Kooperation mit NBank,
 - 117 • Massive Lobbyarbeit, auch in Kooperation mit anderen Regionen, Gründung von
118 Netzwerken,
 - 119 • Einwerbung von Pilotprojekten von Bund, Land und EU und von staatlichen

- 120 Fördermitteln,
121 Umsetzung, Projektmanagement, Finanzierung
122 Eine erfolgreiche Umsetzung des noch zu erstellenden regionalen Handlungsprogramms
123 erfordert ein professionelles, hochkompetentes und leistungsfähiges – gegebenenfalls
124 externalisiertes – Projektmanagement mit
- 125 • einem breit akzeptierten Maßnahmenprogramm (mit den Kooperationspartnern
126 abgestimmt), zugeschnitten auf die Handlungsmöglichkeiten und
127 Unterstützungsbedarfe der unterschiedlichen Akteure,
 - 128 • einer nachvollziehbaren Zeitschiene
 - 129 • einer Folgenabschätzung, insbesondere in Bezug auf soziale Verträglichkeit und
130 politische Akzeptanz, welches durchgerechnet und refinanzierbar, transparent, flexibel,
131 bzgl. technologischer und ökonomischer oder gesellschaftlicher Entwicklungen
132 nachjustierbar, evaluierbar und kontrollierbar ist.
 - 133 • einem adäquaten Kommunikations- und Beteiligungskonzept,
 - 134 • einem belastbaren und verlässlichen Finanzrahmen mit einem Volumen von 55 Mio. €
135 p.a. (investiv) über fünf Jahre, der sich aus einer Gemeinschaftsfinanzierung der Partner
136 zusammensetzt,
 - 137 • einer engagierten Lobbyarbeit zur Generierung von Drittmitteln und sonstigen
138 Unterstützungsleistungen,
- 139 Kommunikation
- 140 • Vorbereitende, begleitende und zielgruppengerechte Kommunikation zu den
141 durchgeführten Maßnahmen.
 - 142 • Kontinuierliche Vermittlung von grundlegenden und sachlichen Informationen zum
143 Klimawandel, sowie den ökologisch und gesellschaftlichen Auswirkungen auf unsere
144 Region, um Falschinformationen und damit Verunsicherungen in der Bevölkerung
145 entgegen zu wirken.

KI 3 – Klimaschutz und Klimawirtschaft

(Ursprungsfassung)

Antragsteller:in Unterbezirksvorstand (AK Nachhaltigkeit)

Weiterleitung SPD-Regionsfraktion Hannover

Empfehlung der AK: Text

- 1 Die Regionsfraktion wird gebeten, die nachfolgenden Punkte als Leitantrag Klimaschutz und
- 2 Klimawirtschaft in die Regionsversammlung einzubringen:
- 3 5. Die Region Hannover bekennt sich zur Klimawende als einem prioritären Politikziel unter
- 4 moralischen, sozialen und ökonomischen Gesichtspunkten.
- 5 6. Die Regionsverwaltung berücksichtigt die in der ANLAGE aufgeführten Punkte unter
- 6 Einbeziehung der genannten Partner bei der Erstellung des in Arbeit befindlichen
- 7 regionalen Maßnahmenprogramms zur Klimawende; die Maßnahmen werden
- 8 transparent und nachvollziehbar priorisiert.
- 9 7. Die Regionsverwaltung prüft außerdem, welche zusätzlichen Maßnahmen erforderlich
- 10 sind, um das angestrebte Ziel, Klimaneutralität bis 2035, zu erreichen.
- 11 8. Für das Klimaschutzprogramm wird ein Finanzvolumen von 55 Mio € p. a. angelegt. Nach
- 12 fünf Jahren wird nach einer Evaluierung geprüft, welche Mittel in den Folgejahren zur
- 13 Verfügung zu stellen sind.

KI 4 – Elektromobilität ausbauen – Ladesäuleninfrastrukturstrategie (LASIS) gestalten

Antragsteller:in SPD-Ortsverein Hemmingen

Weiterleitung Bezirksparteitag, SPD-Regionsfraktion

Empfehlung der AK: Nichtbefassung / Ablehnung

1 Die Entscheidung des europäischen Parlaments im Hinblick auf eine Verschärfung der Co2-
2 Emissionsnormen für neue Personenkraftwagen und für neue leichte Nutzfahrzeuge im Einklang
3 mit den ehrgeizigen Klimaziele der Europäischen Union hat auch für die Kommunen im Bezirk
4 Hannover sowohl politische, gesellschaftliche als auch ökologische Herausforderungen zur Folge.
5 Wir wollen diesen Transformationsprozess für alle Menschen im Bezirk vereinheitlichen und
6 weiterentwickeln, damit er gelingen kann.

7 Dabei nimmt die kommunale Ebene eine entscheiden Rolle ein. Daher fordern wir für die
8 Kommune:

- 9 • Darstellung wie die kommunalen Institutionen (z.B. am Hallenbad) die Möglichkeit haben,
10 Ladesäulen für die Einwohner:innen bereitzustellen und welche verkehrsrechtlichen
11 Maßnahmen dafür notwendig sind - Gestaltung einer Kommunalförderung für die
12 Anschaffung und Installation einer Wall-Box Besonders die Region Hannover wird in den
13 kommenden Jahren ein wichtiger Treiber und Impulsgeber für die E-Mobilität einnehmen.
14 Daher fordern wir für die Region Hannover: - ein Ladensäulenregister zur besseren
15 Koordination der Ladesäulen in der gesamten Region implementieren - ein
16 Umsetzungskonzept der Elektromobilität für die gesamte Region Hannover -
17 Weiterentwicklung der Klimaschutzregion Hannover mit Förderungsmöglichkeiten für
18 Ladesäulen besonders für Ballungszentren sowie Wohngebiete in der Region Hannover
- 19 • Konzept für die Darstellung von den gesamten kommunalen Institutionen (Hallenbad,
20 Kultur- und öffentlichen Büros) aufzeigen, die die Möglichkeit besitzen, öffentliche
21 Ladesäulen für die Einwohner:innen bereitzustellen und welche verkehrsrechtlichen
22 Maßnahmen dafür notwendig sind - Einheitliche Gestaltung für eine Kommunalförderung
23 für die Anschaffung und Installation einer Wall-Box ermöglichen und diese finanziell
24 untermauern - Prüfung in wie weit Partnerschaften eingegangen werden können, um die
25 kommunale Ladesäuleninfrastruktur schnellstmöglich voranzubringen und diese
26 Möglichkeiten den Kommunen / Gemeinden in der Region anzubieten - weiteren Ausbau der
27 Pilotprojekte (E-Ladesäulen aus Laternen in Langenhagen oder Ladesäulen-Sharing in
28 Hannover) für die gesamte Region. Dabei sollen vor allem die Gemeinde / Kommunen

29 profitieren, wo die Ladesäuleninfrastruktur noch nicht so weit ausgebaut worden - eine
30 Übersicht an welchen Förderungsprogrammen zur E-Mobilität die Region Hannover bereits
31 teilgenommen und welche Förderungsprogramme gerade aktuell laufen um die Erkenntnisse
32 an die Kommunen / Gemeinden zu spiegeln

33 Der Bezirk Hannover hat eine gewaltige Chance für die E-Mobilität. Nicht nur das Zusammenspiel
34 von Stadt und Land wird für den Transformationsprozess eine entscheidende Rolle spielen,
35 sondern der gesamte Bezirk kann eine starke Gestaltungsebene darstellen. Daher fordern wir für
36 den Bezirk Hannover: - Weitentwicklung neu/wagen der Transformationsstelle Automotive in
37 Hannover/Hildesheim mit dem „Zukunftsbild 2030+“ zu einem Innovationscluster und
38 Zweckverband E-Mobilität für den Bezirk Hannover ausbauen - gemeinsame
39 Konzessionsvergabeprozesse mit den (öffentlichen) Stadtwerken im Bezirk zur Vereinbarung der
40 E-Mobilität im Rahmen eines Zweckverbandes koordinieren - Auf- und Ausbau eines
41 bezirksweiten digitalen Bezahlssystem zur Nutzung der Ladesäulen im gesamten Bezirksområde -
42 Stärkere Möglichkeiten von Nutzung von Kooperationspartnerschaften und Einbindung des PPP-
43 Netzwerkes des Landes Niedersachsen zur Bereitstellung einer E-Mobilitätsstrategie in den
44 einzelnen Kommunen / Gemeinden des Bezirks - Darstellung von Ergebnisse die im Rahmen von
45 Öffentlich-Privaten Partnerschaften (ÖPP) bereits Ladesäulen in verschiedenen Kommunen
46 betreiben (z.B. E-Tankstelle in Laternen, Ladesäulen-Sharing) und wie die einzelnen Kommunen
47 davon profitieren können

48 Damit die unterschiedlichen Ebene die Ladesäuleninfrastruktur nachhaltig gestalten kann, wird
49 das Land Niedersachsen auch weiterhin eine elementare Rolle einnehmen. Daher fordern wir vom
50 Land Niedersachsen: - Metropolregion Hannover-Göttingen-Braunschweig-Wolfsburg finanziell
51 als Forschungs- und Entwicklungsinitiative zum „Schaufenster Elektromobilität“ weiter ausbauen
52 und die Fachforen zum Konzept zur Förderung der Elektromobilität in die Kommune tragen. Dabei
53 soll das Kommunikationskonzept für Handlungsvorschläge stärker verbreitet werden - eine
54 landesweite Kaufpreisprämie für kommunale E-Fahrzeuge im Rahmen der
55 Förderungsmöglichkeiten einsetzen - eine verbesserte und benutzerfreundliche Darstellung vom
56 Ladeatlas - die Unterstützung und Moderation für eine benutzerfreundliche Bezahlssysteme der
57 unterschiedlichen Anbietern bei der Nutzung der Ladesäulen in Niedersachsen –
58 Fördermöglichkeiten von Niedersachsen.Klar.Elektrisch stärker nach Absprache der
59 Kommunen/Gemeinde nach dem tatsächlichen Bedarf absprechen und weiter zielorientiert
60 darstellen – kommunale Beratungsnetzwerk des Landes weiter ausbauen

61 Begründung:

62 Die Entscheidung des europäischen Parlaments im Hinblick auf eine Verschärfung der Co2-
63 Emissionsnormen für neue Personenkraftwagen und für neue leichte Nutzfahrzeuge im
64 Einklang mit den ehrgeizigen Klimaziele der Europäischen Union hat auch für die Stadt
65 Hemmingen, politische, gesellschaftliche sowie ökonomische/ökologische
66 Herausforderungen.

67 Das Konzeptpapier zur Förderung der Elektromobilität der Stadt Hemmingen aus dem Jahr
68 2017 war eine gute Grundlage, um intensiver über die ersten Maßnahmen zu diskutieren und
69 eine Richtungstendenz vorzunehmen. Aufgrund der jetzt neuen Rahmenbedingungen
70 müssen wir die Planungszeit nutzen, um die Ladesäuleninfrastruktur in allen Ortsteilen in
71 Hemmingen zu diskutieren, aktuelle Pilotprojekte ggf. zu übernehmen sowie einen
72 aktualisierten, ganzheitlichen Überblick auf die Ladesäulenmöglichkeit im Rahmen der E-
73 Mobilität zu erhalten. Wir wollen mit dem Antrag nicht nur auf das Generationsthema E-
74 Mobilität und veränderte Mobilität hinweisen, sondern konkret schauen welche
75 Förderungen nutzen die Bürger:innen schon und welche Förderungsmöglichkeiten hat die
76 Stadt Hemmingen sowohl in der Vergangenheit in Anspruch genommen, wo stehen wir und
77 welche Förderungsmöglichkeit (sowohl finanziell als auch im Rahmen von Wissen) nutzen
78 wir im föderalistischen Ansatz um unser Elektromobilitätsmanagement voranzubringen.

79 Dabei wird in der Region Hannover z.B. Pilotprojekte wie E-Ladesäulen in Langenhagen aus
80 Laternen oder Ladesäulen-Sharing aus Hannover bereits umgesetzt. Wir wollen gemeinsam
81 mit der Verwaltung prüfen, ob diese in Hemmingen grundsätzlich umsetzbar seien und
82 welche Rahmenbedingungen wir dazu benötigen. Im Rahmen von Öffentlich-Privaten
83 Partnerschaften (ÖPP) werden bereits Ladesäulen in verschiedenen Kommunen betrieben.
84 Doch welche Möglichkeiten haben wir dazu? Wie kann das aussehen? Das wollen wir
85 gemeinsam mit der Verwaltung erörtern. In der Vergangenheit sind bereits einige
86 Förderungsmöglichkeiten von der Landes- und Bundesebene angeschoben worden wie z.B.
87 „Regierungsprogramm Elektromobilität“ oder „Gemeinsame Geschäftsstelle
88 Elektromobilität“ sowie „Nationale Plattform Elektromobilität“ sowie „Nationale Plattform
89 Elektromobilität“, um den Aufbau von einem flächendeckenden Netz an Schnelllade- sowie
90 Normalladeinfrastrukturen zu erreichen. Diese Punkte sind bereits im Konzept zur Förderung
91 der E-Mobilität der Stadt Hemmingen aufgegriffen. Doch welche Erfolge konnten daraus
92 gezogen werden? Welche Erkenntnisse hat die Stadt Hemmingen gesammelt, um den
93 weiteren Ausbau mit Förderungsmöglichkeiten zu nutzen.

94 Außerdem gibt es aktuell mehrere Förderungen auf Landes- und Bundesebene z.B. hat die
95 Landesebene im Rahmen der E-Mobilität die Möglichkeit der Elektromobilitäts-

96 manager:innen (EMMAs) geschaffen, um die Vernetzung von kommunalen Erfahrungen im
97 Ausbau zu verbessern, sowie Bundesförderungsprogramme bestmöglich zu nutzen. Wir
98 wollen hier schauen, ob bereits auf diese Expertise zurückgegriffen worden ist und ob das ein
99 weiterer Baustein für die Entwicklung der E-Mobilität in unserer Stadt sein kann.

KOMMUNALPOLITIK (K)

K 1 – Antrag auf kostenlose Fahrten für Schüler:innen auch unterhalb der 2 km-Grenze

Antragsteller:in SPD-Ortsverein Neustadt

Weiterleitung SPD-Regionsfraktion

Empfehlung der AK: Ablehnung

- 1 Die SPD in der Region Hannover setzt sich dafür ein, dass alle Schüler:innen ein kostenloses
- 2 Schülerticket erhalten.

3 Begründung:

- 4 Manche Schulwege, insbesondere durch die Kernstadt, sind mit dem Überqueren viel befahrener
- 5 Straßen verbunden. Entsprechend liegt diesen Wegen ein gewisses Gefahrenpotential zugrunde.
- 6 Leider ist auch feststellbar, dass es aufgrund vieler so genannter „Elterntaxis“ vor den
- 7 Grundschulen zu erheblichen Verkehrsbehinderungen kommt, was ebenfalls diverse
- 8 Gefährdungen mit sich bringt. Die Anzahl der Elterntaxis ließe sich durch ein Schülerticket für alle
- 9 Schülerinnen und Schüler sicher reduzieren. Schließlich bietet die Umsetzung dieses Antrages
- 10 auch die Chance, dass erheblich weniger CO2 in die Umwelt gelangt.
- 11 Zudem ist feststellbar, dass Schülerinnen und Schüler von manchen Freizeitaktivitäten
- 12 ausgeschlossen sind, weil sie nicht im Besitz eines Schülertickets sind. Das gilt sowohl für
- 13 Kernstädte, die in einen der über 30 Stadtteile möchten, als auch umgekehrt. Und leider können
- 14 sich auch nicht alle Familien den Kauf entsprechender Tickets leisten. Bildung und Teilhabe gilt
- 15 aber allen Menschen, auch denen, die weniger als 2 Kilometer vom Schulort entfernt wohnen.

K 2 – Mehr öffentliche Trinkwasserbrunnen in der Region Hannover

Antragsteller:in Jusos Region Hannover

Weiterleitung SPD-Regionsfraktion

Empfehlung der AK: Annahme

1 Wir fordern, dass im Gebiet der Region Hannover mehr öffentliche, frei zugängliche
2 Trinkwasserbrunnen aufgestellt werden. Insbesondere in den Gebieten, in denen es bisher noch
3 keine Trinkwasserbrunnen gibt, besteht ein großer Bedarf an öffentlichen Trinkwasserbrunnen.

4 **Begründung:**

5 So ziemlich jeder kennt es: Es ist Sommer, gefühlte 30 Grad und man hat sein Trinken zuhause
6 vergessen. Das kann ärgerlich sein, für besonders vulnerable Menschengruppen, z. B. ältere
7 Menschen sogar lebensbedrohlich. Gerade finanziell schlechter gestellte Menschen können auch
8 nicht einfach in das nächstgelegene Restaurant laufen und sich dort ein Glas Wasser bestellen.
9 Nicht zu vernachlässigen ist hierbei auch die Gruppe der obdachlosen Menschen in Hannover.
10 Gerade diese Menschengruppe hat im Sommer Probleme damit, hydriert zu bleiben. Zwar sehen
11 wir, dass es in der Region Hannover in den vergangenen Jahren Fortschritte bei der
12 Wasserversorgung obdachloser Menschen im Sommer gab. Jedoch reichen diese Fortschritte
13 nicht aus. So gibt es z. B. in der Stadt Hannover noch immer etliche Stadtteile, in denen es gar
14 keine öffentlichen Trinkwasserbrunnen gibt, so z. B. in Vinnhorst, Hainholz, Groß-Buchholz,
15 Kleefeld etc. Die Stadt Hannover verweist auf ihrer Webseite auf die Möglichkeit, Wasser aus den
16 Wasserhähnen der städtischen öffentlichen Toiletten zu entnehmen. Ganz davon ab, dass dieser
17 Hinweis vor Respektlosigkeit obdachlosen Menschen gegenüber strotzt, gibt es auch viele Orte,
18 an denen es gar keine öffentlichen Toiletten gibt.

19 Daher fordern wir, dass die Verfügbarkeit öffentlicher Trinkwasserbrunnen im Bereich der Region
20 Hannover stark ausgeweitet wird, sodass ein flächendeckendes Netz an öffentlichen, frei
21 zugänglichen Trinkwasserbrunnen im gesamten Regionsgebiet entsteht.

K 3 – Eine Investition in unsere Zukunft – Änderung von § 120 Abs. 2

Satz 3 NKomVG

Antragsteller:in SPD-Ortsverein Hainholz-Vinnhorst

Weiterleitung Landesparteirat

Empfehlung der AK: Annahme

1 Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, den § 120 Abs. 2 Satz 3 des Nds.
2 Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) so zu ändern, dass bei der Genehmigung der
3 vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen im
4 Rahmen kommunaler Haushaltssatzungen keine Regelversagung mehr an eine fehlende
5 dauernde Leistungsfähigkeit geknüpft wird.

6 Begründung:

7 Wenn Kommunen Kredite aufnehmen wollen, müssen sie die geplanten Kreditaufnahmen in ihre
8 Haushaltssatzung aufnehmen. Die in der Haushaltssatzung vorgesehenen Kreditaufnahmen
9 müssen gemäß § 120 Abs. 2 Satz 1 NKomVG im Vorfeld durch die Kommunalaufsichtsbehörde
10 genehmigt werden. Die Genehmigungskriterien sind in § 120 Abs. 2 NKomVG geregelt. In der
11 aktuellen Fassung des § 120 Abs. 2 Satz 3 NKomVG heißt es, die Kreditermächtigung „ist in der
12 Regel zu versagen, wenn die Kreditverpflichtungen nicht mit der dauernden Leistungsfähigkeit
13 der Kommune im Einklang stehen.“ Diese Voraussetzung passt so nicht mehr in unsere heutige
14 Zeit!

15 Voraussetzung für die Feststellung der dauernden Leistungsfähigkeit ist gemäß § 23
16 Kommunalhaushalts- & Kassenverordnung u. a., dass die Kommune ihren Haushalt planmäßig in
17 dem betroffenen Jahr sowie den folgenden drei Jahren wird ausgleichen können. Diese
18 Voraussetzung erfüllen heute nur noch die wenigsten niedersächsischen Kommunen. Demnach
19 ist ein Großteil der niedersächsischen Kommunen heute nicht mehr dauernd leistungsfähig im
20 rechtlichen Sinne. Dies hängt in der Vielzahl der Fälle nicht von einer schlechten
21 Haushaltsplanung ab. Vielmehr liegt das Problem in exogenen, nicht von den Kommunen
22 beeinflussbaren Faktoren. Insbesondere sind hierbei die wirtschaftlichen Auswirkungen des
23 Angriffskrieges auf die Ukraine zu nennen. Trotz dessen greift in diesen Fällen die Regelversagung
24 des § 120 Abs. 2 Satz 3 NKomVG. Die Kreditermächtigung wäre grundsätzlich zu versagen.

25 Schaut man sich an, wofür die Kommunen Kredite in ihren Haushalten veranschlagen, fällt schnell
26 auf, dass sie zu großen Teilen bereits nur noch in pflichtige Aufgaben investieren. Zu nennen sind

27 hierbei u. a. Bereiche wie Feuerwehren, ÖPNV oder Schulgebäude. Eine Versagung der
28 Kreditermächtigung ist vor diesem Hintergrund nicht vertretbar!

29 Langfristig wird überlegt werden müssen, wie eine stabile Finanzierung der Kommunen
30 sichergestellt werden kann. Um aber auch in der aktuellen Lage garantieren zu können, dass die
31 Kommunen weiter in essenzielle Bereiche investieren können, ist der § 120 Abs. 2 Satz 3 NKomVG
32 anzupassen. Natürlich ist die dauernde Leistungsfähigkeit ein wichtiger Indikator, der bei der
33 Erteilung der Kreditermächtigung auch berücksichtigt werden muss. Eine Regelversagung hieran
34 zu knüpfen ist jedoch falsch.

K 4 – Mehr Freiheit für kommunale Vorkaufsrechte

Antragsteller:in SPD-Ortsverein Oststadt/Zoo

Weiterleitung SPD-Bundesparteitag, Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion

Empfehlung der AK: Annahme

- 1 Die Regelung des § 26 Nr. 4 BauGB, nach welcher kommunale Vorkaufsrechte, die an sich
- 2 vorgesehen sind, weitgehend ausgeschlossen werden, wird aufgehoben.

3 Begründung:

4 Das zu Zeiten Willy Brandts sozialdemokratisch geprägte Baugesetzbuch, das bundesweit das
5 Bauplanungsrecht auch für die Kommunen regelt, sieht in den §§ 24 ff BauGB zahlreiche
6 Möglichkeiten zur Schaffung und Wahrnehmung kommunaler Vorkaufsrechte vor, u.a. um den
7 Kommunen die Möglichkeit zu eröffnen, kommunale Vorkaufsrechte zum Schutz der
8 Zusammensetzung der Bevölkerung vorzusehen. Es ist damit ein wirksames Werkzeug der
9 Kommunen, Gentrifizierungstendenzen entgegenzuwirken und somit auf das Mietniveau
10 mäßigend einzuwirken.

11 Die Ausnahmevorschrift des § 26 Nr. 4 BauGB hebt jedoch -offensichtlich infolge eines vom
12 Gesetzgeber so nicht beabsichtigten Versehens- die in den vorhergehenden Vorschriften
13 geschaffenen kommunalen Handlungsmöglichkeiten wieder weitgehend aus, wie das
14 Bundesverwaltungsgericht in seinem Urteil vom 09.11.2021 festgestellt hat (Aktenzeichen 4 C
15 1.20).

16 Der auch vom Bundesrat geteilte und festgestellte Änderungsbedarf (Drucksache 133/22 vom
17 08.04.2022) stößt offensichtlich bei einem kleinen Koalitionspartner in der Bundesregierung nicht
18 auf Gegenliebe, der exorbitante Handlungsdruck auf dem Wohnungsmarkt lässt jedoch keine
19 falsche Rücksichtnahme zu.

K 5 – Grundsätzliches Rauchverbot im Erlebnis-Zoo Hannover

Antragsteller:in SPD-Ortsverein Oststadt/Zoo

Weiterleitung SPD-Regionsfraktion

Empfehlung der AK: Annahme in der Fassung der Antragskommission

1 Die Region Hannover wird aufgefordert werden, das Gebiet des Erlebnis-Zoo Hannover in seiner
2 Gänze zu einer Nichtraucherzone umzuwandeln; ggf. mit der Ausnahme von wenigen
3 designierten Raucherzonen.

4 **Begründung:**

5 Im Erlebnis-Zoo Hannover sind vorwiegend Familien, auch und gerade mit kleinen Kindern zu
6 Besuch, die vor den Auswirkungen von brennenden Zigaretten und Zigarettenrauch besonders
7 geschützt werden sollten. Brennende Zigaretten in Menschengruppen stellen für kleinere und
8 spielende Kinder eine Verletzungsgefahr dar. Zigarettenrauch kann die Gesundheit von
9 Menschen nachweislich schädigen und Kinder können sich kaum davor schützen.

10 Der Konsum von Zigaretten in direkter Nähe von Kindern und in einem entspannt-fröhlichen
11 Umfeld (wie es der Erlebnis-Zoo im Normalfall ist) kann den Kindern zusätzlich zu den
12 gesundheitsschädlichen Einflüssen einen Zusammenhang zwischen solchen Erlebnissen und
13 Zigarettenkonsum vermitteln. Wir möchten verhindern, dass Zigaretten in den Köpfen von
14 Kindern bereits selbstverständlicher und zusätzlich sogar besondere Familienerlebnisse
15 begleitender Bestandteil werden.

16 Eine Eingrenzung des Zigarettenkonsums auf einige wenige Raucherzonen sollte zudem die Zahl
17 der teilweise achtlos auf den Boden oder in die Tiergehege geworfenen Zigarettenreste
18 einschränken. Diese gefährden die besuchenden und dort lebenden Tiere.

K 5 – Grundsätzliches Rauchverbot im Erlebnis-Zoo Hannover

(Ursprungsfassung)

Antragsteller:in SPD-Ortsverein Oststadt/Zoo

Weiterleitung SPD-Regionsfraktion

- 1 Die Zoo gGmbH und die Region Hannover werden aufgefordert, das Gebiet des Erlebnis-Zoo
- 2 Hannover in seiner Gänze zu einer Nichtraucherzone umzuwandeln; ggf. mit der Ausnahme von
- 3 wenigen designierten Raucherzonen.

ORGANISATION (O)

O 1 – Gründung: Arbeitsgruppe gegen eine Etablierung der AfD im Umland

Antragsteller:in SPD-Ortsverein Hemmingen

Weiterleitung Unterbezirksvorstand

Empfehlung der AK: Weiterleitung als Material an den Unterbezirksvorstand

- 1 Bereits in der letzten Regionswahl hat die AfD im Umland ein deutlich besseres Ergebnis als in der
2 Landeshauptstadt erreicht. Gleichzeitig ist dieser Trend deutlich gewachsen, so konnte die Partei
3 bereits in der Landtagswahl sich auf ein zweistelliges Ergebnis vergrößern. Diese Entwicklung hat
4 zur Folge, dass die AfD noch viel präsenter in den Kommunen unterwegs geworden ist. Diese
5 Entwicklung müssen wir auch stärker mitbegleiten. Nicht nur aus der Historie hinaus muss die
6 Sozialdemokratie sich aktiv immer und überall gegen Rechts positionieren, sondern auch um die
7 politische kommunikative und organisatorische Struktur der AfD im Umland etwas
8 entgegenzusetzen. Daher fordern wir:
- 9 • eine Gründung einer Arbeitsgruppe im Unterbezirk für die Umlandortsvereine, um sich
10 stärker gegen eine Mobilisierung und Strukturbildung der AfD auseinanderzusetzen.

11 Begründung:

12 Die SPD ist im Umland die stärkste Kraft bei der letzten Regionswahl gewesen. Durch eine
13 starke CDU sowie eine deutlich stärkere AfD wird auch in den regionsangehörigen
14 Kommunen in der Region Hannover ein deutlich anderes Stimmverhältnis möglich sein.
15 Besonders die AfD bemüht sich verstärkt um das Umland um gute Wahlergebnisse zu
16 erzielen sowie neue Stammwähler:innenschaften anzusprechen. Mit der Arbeitsgruppe soll
17 ein Handlungspapier auf dem Weg gebracht werden, wie sich die örtliche AfD strukturiert,
18 mobilisiert und politische Inhalte kommuniziert. Mit der Plattform des Unterbezirks wollen
19 wir die Chance ermöglichen, allen Ortsvereine im Umland einzuladen, sich daran teilnehmen.

O 2 – Eigene Videoplattform ermöglichen – SPD gestaltet die Hybridformate

Antragsteller:in SPD-Ortsverein Hemmingen

Weiterleitung Bezirksparteitag

Empfehlung der AK: Ablehnung

1 Die Digitalisierung wird in den kommenden Jahrzehnten eine immer wichtige Rolle spielen. Viele
2 Generationen wachsen in einem digitalen Umfeld auf. Ob Homeschooling, digitale
3 Veranstaltungen in den Universitäten/Fachhochschulen oder Home-Office in der Arbeitswelt.
4 Digitale Beteiligungsprozesse und digitale Teilhabe ist bereits für viele Generation mehr als
5 selbstverständlich geworden. Auch in der repräsentativen Demokratie finden
6 Hybridveranstaltungen statt, indem Fraktionssitzungen auch die Möglichkeit einer
7 Videoplattform nutzen. Gleichzeitig nutzen die Parteien und Fraktionen unterschiedliche
8 Anbieter. Viele von diesen Unternehmen sind wirtschaftliche Unternehmen, die gewinnorientiert
9 (z.B. Zoom) arbeiten und/oder Dividenden auszahlen (z.B. Microsoft Teams). Gleichzeitig
10 brauchen wir als Sozialdemokratie eine Videoplattform um auch mehr Möglichkeiten um Beruf-
11 Familie-Freizeit im Einklang zu bringen. Daher fordern wir:

- 12 • die Bundes-SPD soll prüfen, wie eine eigene Videoplattform für die Untergliederungen
13 ermöglicht werden kann. Dabei soll geschaut werden, wie eine schnelle, einfache und
14 praxisorientierte Lösung aufgebaut werden kann,
- 15 • um die Akzeptanz zu erhöhen, soll im Rahmen der/die Landes- und Bezirksvorsitzend:en-
16 Austauschformate die Videoplattform vorgestellt werden. Die Unterbezirke/Kreisverbände
17 sollen durch Pilotgliederungen eingebaut werden,
- 18 • für die Ausgestaltungen sollen nahestehende Vereine, Verbände oder Institutionen
19 mitgedacht werden, wie z.B. D64 – Zentrum für digitalen Fortschritt. Auch die Ausgliederung
20 in einer Genossenschaft oder einen Zukauf eines Unternehmens soll mitgedacht werden.

21 Begründung:

22 Viele Untergliederungen nutzen Anbieter mit monatlichen oder jährlichen Abonnements,
23 um die Videoplattform zu nutzen. Oder es wird indirekt durch die digitalen Daten der
24 Personen bezahlt. Wir als Sozialdemokratie bezahlen dies durch unsere Untergliederungen,
25 gerade auch weil wir kein eigenes, selbstständiges Angebot haben. Mit der Möglichkeit der
26 eigenen Videoplattform haben wir die Möglichkeit nicht nur die Vereinbarkeit von Beruf-
27 Familie-SPD stärker zu optimieren, sondern auch unsere Werte einer gemeinsamen,
28 solidarischen digitalen Plattform zu nutzen. Dies könnte u.a. in einer Genossenschaft oder
29 durch die SPD vertrieben und gestaltet werden. Das Potenzial ist gewaltig und wichtig.

O 3 – Frauenförderung und breitere Teilhabemöglichkeiten für Engagierte und Funktionsträger:innen

Antragsteller:in SPD Frauen (ASF)

Weiterleitung: Bundesparteitag, Landesparteirat, Bezirksparteitag

Empfehlung der AK: Annahme in der Fassung der Antragskommission

- 1 Der SPD-Unterbezirk Region Hannover setzt sich für eine gleichberechtigte politische Teilhabe
2 von Männern und Frauen ein und fordert mit Hilfe der folgenden Maßnahmen die aktive
3 Mitarbeit von Genoss:innen strukturell zu unterstützen:
- 4 1. Bei der Aufstellung zu Wahlen auf kommunaler Ebene sowie auf Ebene des Landes, des
5 Bundes und auf Europaebene werden die Spitzenkandidaturen, also die Listenplätze 1,
6 mindestens zur Hälfte mit Frauen besetzt.
 - 7 2. Parteiinterne Förderprogramme für Frauen als Kandidierende für vordere Positionen in
8 Gremien der Partei und für Wahlämter auf kommunaler Ebene werden ausgebaut. Dazu
9 gehören auch Maßnahmen wie regelmäßige Interessenabfragen in der Mitgliedschaft zur
10 Übernahme von Funktionen und Mandaten, Veranstaltungen zur Findung von Co-
11 Vorsitzendenteams, Mentoringprogramm, Förderung der Bildung von Netzwerken.
 - 12 3. Um die Erfolge der parteiinternen Gleichstellungspolitik besser messbar zu machen, wird alle
13 drei Jahre ein parteiinterner Gleichstellungsbericht auf Bezirks- und Landesebene erstellt.
 - 14 4. Sitzungen von parteiinternen Gremien auf Unterbezirks-, Bezirks und Landes- und
15 Bundesebene werden – sofern eine technische Umsetzung möglich ist – als hybride Sitzungen
16 durchgeführt.
 - 17 5. Es wird ein Konzept entwickelt, das gewährleistet, dass insbesondere Frauen beim Vorgehen
18 gegen Drohungen, Herabsetzungen oder verbalisierte Gewalt („catcalling“) unterstützt
19 werden.
 - 20 6. Das Sharing von Funktionen innerhalb der Partei wird als Möglichkeit begriffen,
21 Teilhabechancen auch in besonderen familiären oder Notsituationen zu sichern. Daher wird
22 die Landtagsfraktion gebeten, die rechtlichen Möglichkeiten von Mandatssharing
23 auszuloten. Auch bei parteiinternen Funktionen werden Konzepte entwickelt, um die Teilung
24 von Funktionen zu ermöglichen.

25 Begründung:

26 Unsere Demokratie lebt davon, dass alle Menschen die Möglichkeit haben, an
27 Entscheidungsprozessen mitzugestalten. Seit jeher hat sich die SPD dafür eingesetzt, dass
28 Frauen gleichberechtigt aktives und passives Wahlrecht ausüben können. Gleichwohl ist es
29 in der vergangenen Kommunalwahl und der Landtagswahl nicht gelungen, den Frauenanteil
30 bei den Mandatsträgerinnen so zu steigern, dass SPD-Plätze nahezu paritätisch besetzt sind.

31 Im Schnitt sind nur unter 30 Prozent Frauen in Kommunalparlamenten Mandatsträgerinnen.
32 Im neuen Landtag hat es die SPD nur geschafft, 31,6 Prozent ihrer Plätze mit Frauen zu
33 besetzen. Dies muss sich ändern und dem Verfassungsbruch in Permanenz ein Ende gesetzt
34 werden!

35 Die Rahmenbedingungen dafür, ein Mandat oder eine parteiinterne Funktion zu besetzen,
36 müssen angepasst werden, um allen eine gleichberechtigte Teilhabe zu ermöglichen. Für
37 Mandatsträgerinnen, die Sorgearbeit gegenüber ihren Kindern oder Angehörigen leisten und
38 ggf. zusätzlich einen Beruf ausüben, sind die zeitlichen und organisatorischen
39 Hemmschwellen teilweise sehr hoch, den Anforderungen an eine Mandatsträgerin gerecht
40 zu werden. Erst recht, wenn sie alleinerziehend sind. Gerade Frauen trifft dies besonders, weil
41 diese in Deutschland etwa 52,4 % mehr Sorgearbeit leisten als Männer (Zahlen des BMFSJ
42 aus 2019 zum „Gender Care Gap“).

43 Zu den Rahmenbedingungen gehören Sitzungszeiten, die Beruf, Familie und Mandat im Blick
44 behalten, die Möglichkeit der Online-Teilnahme an Sitzungen, Frauennetzwerke,
45 Kinderbetreuung während der Sitzungen, eine Atmosphäre der Akzeptanz und eine Kultur
46 des Verständnisses sowie Möglichkeiten der Unterstützung und Fortbildung. Diese
47 Grundpfeiler sollten verbindlich werden. Gerade die Online-Teilnahme an Sitzungen ist für
48 eine bessere Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Mandat oder Funktion ohne große
49 organisatorische Hürden zuträglich. Das hat die Pandemiesituation bereits gezeigt. Der Rat
50 der Landeshauptstadt Hannover hat eine Änderung seiner Hauptsatzung nach § 64 NKomVG
51 bereits umgesetzt. Dies sollte auch in anderen kommunalen Gebietskörperschaften
52 ermöglicht werden.

53 Ein Mandatssharing, was Überlastungsspitzen vermeidet, ist im NKomVG bisher nicht
54 vorgesehen. Möglichkeiten einer entsprechenden Gesetzesänderung sollten seitens der
55 Landtagsfraktion geprüft werden. Darüber hinaus sollte es auch ermöglicht werden, dass sich
56 Mandats- oder Funktionsträger:innen bei eigenen Redebeiträgen in Gremiensitzungen der
57 Partei in familiär oder persönlich bedingten Notsituationen auch vertreten können lassen.

58 Gerade bei Alleinerziehenden kann dies ein wichtiger Punkt sein, aktiv an der
59 Politikgestaltung teilzuhaben. Selbstverständlich ist die Vertraulichkeit von
60 Einzelangelegenheiten hierbei zu berücksichtigen.

61 Beleidigungen, Bedrohungen und Herabsetzungen betreffen viele Politiker:innen und
62 parteipolitische Engagierte. Von zunehmend feststellbaren sexualisierten Beleidigungen
63 („catcalling“) und Antifeminismus sind aber vor allem Frauen betroffen, die daher von einer
64 Kandidatur um Ämter Abstand nehmen. Daher wird dieser Aspekt im Kontext des
65 Beschlusstext besonders betont. Wünschenswert ist gleichwohl ein umfassendes
66 Schutzkonzept, das intersektional ansetzend alle Personengruppen, die aufgrund von
67 Diversitätsmerkmalen oder des Umstands, dass sie Stereotypen nicht entsprechen,
68 Anfeindungen ausgesetzt sind, im Schutzkonzept der Partei berücksichtigt werden.

O 3 – Frauenförderung und breitere Teilhabemöglichkeiten für Engagierte und Mandatsträgerinnen (Ursprungsfassung)

Antragsteller:in SPD Frauen (ASF)

Weiterleitung SPD-Landtagsfraktion, Bezirksparteitag

69 Der SPD-Unterbezirk Region Hannover setzt sich für eine gleichberechtigte politische Teilhabe
70 von Männern und Frauen ein und fordert mit Hilfe der folgenden Maßnahmen die aktive
71 Mitarbeit von Genoss:innen strukturell zu unterstützen:

- 72 1. Bei der Aufstellung zu Wahlen auf kommunaler Ebene sowie auf Ebene des Landes,
73 des Bundes und auf Europaebene werden die Spitzenkandidaturen, also die
74 Listenplätze 1, mindestens zur Hälfte mit Frauen besetzt.
- 75 2. Parteiinterne Förderprogramme für Frauen als Kandidierende für vordere Positionen in
76 Gremien der Partei und für Wahlämter auf kommunaler Ebene werden ausgebaut. Dazu
77 gehören auch Maßnahmen wie regelmäßige Interessenabfragen in der Mitgliedschaft zur
78 Übernahme von Funktionen und Mandaten, Veranstaltungen zur Findung von Co-
79 Vorsitzendenteams, Mentoringprogramm, Förderung der Bildung von Netzwerken.
- 80 3. Um die Erfolge der parteiinternen Gleichstellungspolitik besser messbar zu machen, wird alle
81 drei Jahre ein parteiinterner Gleichstellungsbericht auf Bezirks- und Landesebene erstellt.
- 82 4. Mindestens die Hälfte der Sitzungen von parteiinternen Gremien auf kommunaler und auf
83 Landesebene wird – sofern eine technische Umsetzung möglich ist – auch bei fallenden
84 Inzidenzzahlen von Corona-Erkrankungen und auch nach dem Wegfall der
85 pandemiebedingten Einschränkungen weiterhin als Onlinesitzung stattfinden.
- 86 5. Alle Mandatsträger:innen der kommunalen Gebietskörperschaften werden dazu aufgerufen,
87 eine Änderung der kommunalen Hauptsatzung nach § 64 NKomVG vorzunehmen und
88 dadurch die Sitzungsteilnahme auch durch Zuschaltung mittels Videokonferenztechnik zu
89 eröffnen, um für eine höhere aktive politische Teilhabe von Sorgearbeitleistenden, zumeist
90 Frauen, zu sorgen.
- 91 6. Es wird ein Konzept entwickelt, das gewährleistet, dass insbesondere Frauen beim Vorgehen
92 gegen Drohungen, Herabsetzungen oder verbalisierte Gewalt („catcalling“) unterstützt
93 werden.
- 94 7. Das Sharing von Funktionen innerhalb der Partei wird als Möglichkeit begriffen,
95 Teilhabechancen auch in besonderen familiären oder Notsituationen zu sichern. Daher wird
96 die Landtagsfraktion gebeten, die rechtlichen Möglichkeiten von Mandatssharing
97 auszuloten. Auch bei parteiinternen Funktionen werden Konzepte entwickelt, um die Teilung
98 von Funktionen zu ermöglichen.

O 4 – Mitgliederwerbung und Stärkung des Ehrenamts

Antragsteller:in SPD-Ortsverein Lehrte

Weiterleitung Unterbezirksvorstand

Empfehlung der AK: Erledigt bei Annahme des Arbeitsprogramms

- 1 Der Unterbezirksparteitag beauftragt den Unterbezirk Region Hannover,
2 1. durch seine Mandatsträger:innen und Hauptamtlichen, kurzfristig Maßnahmen zur
3 unterbezirksweiten Mitgliederwerbung zu ergreifen;
4 2. durch seine Mandatsträger:innen und Hauptamtlichen, kurzfristig Maßnahmen zur
5 unterbezirksweiten Werbung für „Engagement im Ehrenamt zur Stärkung der Demokratie“
6 zu ergreifen;
7 3. durch seine Mandatsträger und Hauptamtlichen, Absprachen mit dem Bezirk und dem
8 Landesverband Niedersachsen, ggf. auch mit der Bundes-SPD zu treffen, die die Aktivitäten
9 der SPD vor Ort darstellen und so deutlich machen, dass politisches Engagement an der Basis
10 die Grundlage der Demokratie ist.

11 Begründung:

12 zu 1.

13 Der demografische Wandel ist allgegenwärtig und so auch in der Parteiarbeit zu bemerken.
14 So wird es zunehmend schwieriger, Personal für alle Aufgaben in der Parteiarbeit zu finden.
15 Dabei geht es einerseits um Ehrenämter in kommunalen Vertretungen, aber auch um das
16 Aufhängen von Plakaten oder das Verteilen von Flyern. Es fehlt an Mitgliedern im „jüngeren“
17 und „mittleren“ Alterssegment, um zukunftsfähig aufgestellt die „Standardaktivitäten“ der
18 örtlichen Parteiarbeit abbilden zu können.

19 Wesentlich ist dabei, dass die bisher üblichen Aktivitäten, wie die Schulung von Mitgliedern
20 dazu, wie man Menschen anspricht mit weitergehenden Kampagnen verbindet. Es sollte
21 mithilfe von Agenturen, Plakatwerbung, Radiowerbung o.ä. agiert werden, um über diese
22 neuen Wege auch andere Personengruppen anzusprechen, die sich auf den herkömmlichen
23 Wegen nicht angesprochen gefühlt haben.

24 zu 2 .

25 Die Demokratie in Deutschland ist in Gefahr, wie vielfach attestiert wird. Dem muss
26 entgegengewirkt werden, mit Hilfe von Kampagnen, die aufzeigen, wie Demokratie
27 funktioniert und welche Erfolge und welche Sicherheit dieses politische Prinzip für die
28 Menschen bringt, wenn sie sich engagieren. Damit weiterhin Verlass auf die langerprobte
29 und nach allen Erkenntnissen beste Staatsform für die Herausforderungen der Gesellschaft
30 ist, müssen sich auch weiterhin Menschen entsprechend einbringen und nicht darauf
31 vertrauen und warten, „dass es schon andere richten werden“.

32 Es bedarf der deutlichen und öffentlichen Darstellung der Errungenschaften der Demokratie
33 und der Notwendigkeit des entsprechenden Engagements.

34 zu 3.

35 Im Sinne der beiden vorgenannten Antragsbestandteile sollte möglichst weit agiert werden.
36 Der Bedarf der Stärkung der demokratischen Kräfte auch auf kommunaler Ebene ist ganz
37 sicher nicht nur ein Thema im Bereich des SPD-Unterbezirks Region Hannover, wie sich
38 deutlich an den Umfragewerten zu den anstehenden Landtagswahlen in anderen
39 Bundesländern zeigt.

O 5 – Jährliche Delegiertenwahlen für mehr innerparteiliche Demokratie

Antragsteller:in Jusos Region Hannover

Weiterleitung Bundesparteitag, Landesparteirat, Bezirksparteitag, Unterbezirksvorstand

Empfehlung der AK: Weiterleitung als Material an den Unterbezirksvorstand

- 1 1. In einigen SPD-Ortsvereinen ist es gelebte Praxis, dass dieselben Mitglieder über Jahre
2 hinweg als Delegierte zu Parteitag, Konferenzen o. ä. fahren. Bislang geben die Satzungen
3 der verschiedenen SPD-Ebenen dies her. Die Folge ist, dass neue aktive Mitglieder,
4 insbesondere junge Menschen, keine Chance haben, über die Ortsvereine in eine Delegation
5 für ebendiese Parteitage gewählt zu werden. In einigen Fällen wird diese satzungsrechtliche
6 Lücke bewusst dafür genutzt, die erwünschten Personen über Jahre zu Parteitag fahren zu
7 lassen, sobald diese einmal in der „richtigen“, vom Vorstand erwünschten Konstellation
8 gewählt worden sind. Trotz monatlich stattfindender Ortsvereinsitzungen und
9 regelmäßiger Mitgliederversammlungen werden Tagesordnungspunkte zur Wahl von
10 Delegierten bewusst nicht aufgerufen. Es handelt sich hierbei also nicht um ein Zurückgreifen
11 auf ein altes Wahlergebnis aus zeitlichen oder organisatorischen Gründen, sondern als
12 taktisches Mittel, um innerparteilichen Diskrepanzen zu begegnen.
- 13 2. Wir fordern daher, die Statuten der einzelnen SPD-Ebenen dahingehend zu ändern, dass die
14 Delegierten der Ortsvereine zum Unterbezirks- und Bezirksparteitag mindestens alle zwei
15 Jahre neu gewählt werden müssen. Eine Ausnahme davon soll es nur bei außerordentlichen
16 Parteitagen geben, da hier die Vorlaufzeit erheblich geringer ausfällt.
- 17 3. Zwischen den Zeilen 18 und 19 soll als Absatz eingefügt werden: „§ 6 Nr. 1a) S. 1 des Statuts
18 des SPD-Stadtverbandes Hannover („aus 150 in den Ortsvereinen gewählten Delegierten.“):
19 ergänze „alle zwei Jahre neu“ zwischen „in den Ortsvereinen“ und „gewählten Delegierten“.
- 20 4. Konkret sollen folgende Ergänzungen in den Statuten vorgenommen werden: § 6 Nr. 1a) S. 1
21 des Statuts des SPD-Stadtverbandes Hannover („aus 150 in den Ortsvereinen gewählten
22 Delegierten.“): ergänze „alle zwei Jahre neu“ zwischen „in den Ortsvereinen“ und „gewählten
23 Delegierten
- 24 5. § 4 Nr. 1a S. 1 des Statuts des SPD-Unterbezirks Region Hannover („Er [der
25 Unterbezirksparteitag] setzt sich zusammen aus 200 in den Ortsvereinen gewählten
26 Delegierten.“): ergänze „jährlich neu“ zwischen „aus 200“ und „in den Ortsvereinen“
- 27 6. § 6 Abs. 1 Nr. 1 S. 4 des Organisationsstatuts des SPD-Bezirks Hannover („Die Unterbezirke
28 können in ihren Satzungen bestimmen, dass bis zu drei Viertel der nach Satz 1 zu wählenden
29 Delegierten [zum Bezirksparteitag] unmittelbar in den Ortsvereinen gewählt werden.“):
30 ergänze „und jährlich neu“ zwischen „unmittelbar“ und „in den Ortsvereinen“
- 31 7. Die Delegierten zum Landesparteitag werden zwar von den Bezirken und nicht von den
32 Ortsvereinen gewählt und findet nur alle zwei Jahre statt, dennoch sollte auch hier eine
33 Konkretisierung vorgenommen werden, um die regelmäßige Neuwahl der Delegation

34 sicherzustellen:

- 35 8. § 4 Abs. 2 S. 1 der Satzung und Wahlordnung des Landesverbandes Niedersachsen der
36 Sozialdemokratischen Partei Deutschlands („Er [der Landesparteitag] setzt sich zusammen
37 aus den in den Bezirken gewählten 200 Delegierten und den Landesvorstandsmitgliedern.“):
38 ergänze „vor jedem Landesparteitag neu“ zwischen „in den Bezirken“ und „gewählten 200
39 Delegierten“
- 40 9. Bei den Jusos wird die jährliche Neuwahl der Delegation bereits jetzt so gehandhabt, ein
41 Beispiel ist in der Richtlinie für die Jusos im Bezirk Hannover zu finden: „Die Delegierten sind
42 in den Unterbezirken jedes Jahr neu und quotiert zu wählen.“ [Abs. 6 Nr. af) Grundsätze und
43 Richtlinie für die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten und Jungsozialisten
44 (Jusos) im SPD-Bezirk Hannover].

45 Begründung:

46 zu 1.

47 Der demografische Wandel ist allgegenwärtig und so auch in der Parteiarbeit zu bemerken.
48 So wird es zunehmend schwieriger, Personal für alle Aufgaben in der Parteiarbeit zu finden.
49 Dabei geht es einerseits um Ehrenämter in kommunalen Vertretungen, aber auch um das
50 Aufhängen von Plakaten oder das Verteilen von Flyern. Es fehlt an Mitgliedern im „jüngeren“
51 und „mittleren“ Alterssegment, um zukunftsfähig aufgestellt die „Standardaktivitäten“ der
52 örtlichen Parteiarbeit abbilden zu können.

53 Wesentlich ist dabei, dass die bisher üblichen Aktivitäten, wie die Schulung von Mitgliedern
54 dazu, wie man Menschen anspricht mit weitergehenden Kampagnen verbindet. Es sollte
55 mithilfe von Agenturen, Plakatwerbung, Radiowerbung o.ä. agiert werden, um über diese
56 neuen Wege auch andere Personengruppen anzusprechen, die sich auf den herkömmlichen
57 Wegen nicht angesprochen gefühlt haben.

58 zu 2 .

59 Die Demokratie in Deutschland ist in Gefahr, wie vielfach attestiert wird. Dem muss
60 entgegengewirkt werden, mit Hilfe von Kampagnen, die aufzeigen, wie Demokratie
61 funktioniert und welche Erfolge und welche Sicherheit dieses politische Prinzip für die
62 Menschen bringt, wenn sie sich engagieren. Damit weiterhin Verlass auf die langerprobte
63 und nach allen Erkenntnissen beste Staatsform für die Herausforderungen der Gesellschaft
64 ist, müssen sich auch weiterhin Menschen entsprechend einbringen und nicht darauf
65 vertrauen und warten, „dass es schon andere richten werden“.

66 Es bedarf der deutlichen und öffentlichen Darstellung der Errungenschaften der Demokratie
67 und der Notwendigkeit des entsprechenden Engagements.

68 zu 3.

69 Im Sinne der beiden vorgenannten Antragsbestandteile sollte möglichst weit agiert werden.

70 Der Bedarf der Stärkung der demokratischen Kräfte auch auf kommunaler Ebene ist ganz
71 sicher nicht nur ein Thema im Bereich des SPD-Unterbezirks Region Hannover, wie sich
72 deutlich an den Umfragewerten zu den anstehenden Landtagswahlen in anderen
73 Bundesländern zeigt.

RESOLUTION (R)

R 1 – Bezahlbarer Wohnraum in der Region Hannover:

Wir verbinden politische Ebenen und Initiativen für Lösungen vor Ort

Antragsteller:in Unterbezirksvorstand

Weiterleitung Bundesparteitag, Landesparteirat, SPD-Regionsfraktion

Empfehlung der AK: Überweisung als Material an die SPD-Regionsfraktion

1 Der SPD-Unterbezirk Region Hannover begrüßt den Beschluss der Niedersächsischen
2 Landesregierung, eine eigene Wohnungsgesellschaft zu gründen und mit einem Startkapital von
3 100 Millionen Euro auszustatten. Damit setzt die SPD-geführte Landesregierung ein deutliches
4 Zeichen, dass das Land Niedersachsen in den kommenden Jahren einen eigenständigen Beitrag
5 gegen die anhaltende Wohnungsnot sowie für bezahlbaren Wohnraum leisten will. Gleichzeitig
6 ist die Entscheidung ein wichtiger Impuls für die Unternehmen und Beschäftigten in der
7 Bauwirtschaft.

8 Die SPD in der Region Hannover erkennt dabei an, dass die noch zu gründende Landesgesellschaft
9 weder kurz- noch mittelfristig allein den anhaltenden Bedarf an bezahlbaren Wohnraum wird
10 decken können. Deshalb macht es sich der Unterbezirksvorstand zur Aufgabe, mit den relevanten
11 Akteuren – wie den in der Region Hannover vertretenen SPD-Bundestagsabgeordneten, SPD-
12 Landtagsabgeordneten, den 21 kommunalen Vertretungen sowie die SPD-Regionsfraktion und
13 auf Parteebene den SPD-Stadtverband Hannover und die Ortsvereine in der Region Hannover als
14 Mittler – gemeinsam ein abgestimmtes Vorgehen aller beteiligten politischen Ebenen und
15 Akteure zu erreichen, mit dem Ziel, neuen, bezahlbaren Wohnraum, einzusetzen. Dies beinhaltet,
16 dass

- 17 ▪ die Sanierung, Um- und Ausbauten im Bestand intensiviert und unterstützt werden,
18 ▪ die Bereitstellung von Wohnraum für Geflüchtete nicht weiter in unwirtschaftlichen
19 Unterkünften erfolgen sollte,
20 ▪ die Niedersächsische Bauordnung nach Möglichkeit vereinfacht und unnötige oder
21 schädliche bürokratische Hürden abgebaut werden müssen,
22 ▪ serielles Bauen gefördert werden sollte, ohne Räume für soziale Infrastruktur, Naherholung
23 und Freiräume zu vernachlässigen.

24 Innerhalb der Region Hannover fordert die SPD die SPD-Fraktionen in Stadt- und Gemeinderäten
25 sowie die SPD-Regionsfraktion auf,

- 26 ▪ einen revolvierenden Fonds für Sanierungs-, Aus- und Umbaumaßnahmen zur Entwicklung
27 bedarfsgerechten Wohnraums im Bestand zu errichten bzw. bestehende öffentliche
28 Institutionen zur Wohnraumförderung zu stärken,

- 29 ▪ auf diese Weise die Ausweisung von neuen Flächen für den Mietwohnungs- bzw.
30 Eigenheimbau mit Bedacht und Augenmaß zu fördern,
- 31 ▪ bestehende Bundes- und Landesmittel für die Unterbringung von Geflüchteten in
32 intelligente, dauerhafte Wohnungsangebote, statt teurer Übergangslösungen zu
33 ermöglichen,
- 34 ▪ die besonderen Schnittstellen zwischen Landeshauptstadt Hannover und (angrenzenden)
35 Umland-Kommunen genauer zu betrachten und so einer wachsenden Region Rechnung zu
36 tragen,
- 37 ▪ die Klimaschutzagentur der Region Hannover mit ihrer Expertise einzusetzen,
38 Bürger:innen und Stakeholdern der Wohnungswirtschaft über das klimarelevante
39 Thema Suffizienz bei der Nutzung und Bereitstellung von Wohnraum weiter zu
40 informieren und dahingehende gesellschaftliche Initiativen zu fördern,
- 41 ▪ endlich entschiedener gegen die Zweckentfremdung von Wohnraum auf Basis des
42 am 5. April 2019 in Kraft getretenen „Niedersächsisches Gesetz über das Verbot der
43 Zweckentfremdung von Wohnraum“ vorzugehen,
- 44 ▪ gemäß des Kommunalwahlprogramms, öffentliche Flächen vorrangig eigenen
45 Wohnungsbaugesellschaften zur Verfügung zu stellen oder diese per Erbpacht zu
46 vergeben. Dies senkt einerseits die Baukosten für Investor:innen und bewahrt
47 andererseits die Gestaltungsmöglichkeiten des demokratischen Gemeinwesens,
- 48 ▪ zu prüfen, inwieweit gemeinnützige Vereine und Genossenschaften dahingehend
49 unterstützt werden können, Menschen, die sich wohntechnisch verkleinern
50 möchten, aber in ihrem Umfeld bleiben wollen, beim Umsetzen ihres Vorhaben zu
51 helfen.

52 Trotz der angespannten Lage am Wohnungsmarkt hält der SPD-Unterbezirksvorstand an den
53 klimapolitischen Grundüberlegungen für den Wohnungsbau sowie dem Klimaschutzplan der
54 Region Hannover auf dem Weg zur klimaneutralen Region bis 2035 fest.

55 Um diese Anstrengungen zu unterstützen, setzt sich die SPD-Regionsfraktion dafür ein, für die
56 Region ein interkommunales Wohnraumförderprogramm aufzulegen bzw. bestehende
57 Angebote auszubauen. Der Schwerpunkt liegt auf der Schaffung von Wohnraum für
58 Gering- und Durchschnittsverdiener:innen. Wohnungsgenossenschaften und gemein-
59 nützige Unternehmen sind nach Möglichkeit besonders zu fördern.

60 Des Weiteren ist das Vorkaufsrecht für Kommunen auszuweiten und die Enteignung und
61 Vergesellschaftung brachliegender und vor sich hin gammelnder Schrottimmobilien zu
62 vereinfachen.

63 Begründung:

64 Erfolgt mündlich.

R 2 – Leitlinien des SPD-Unterbezirks Region Hannover zu Umwelt und Klimaschutz

Antragsteller:in Unterbezirksvorstand* (AK Nachhaltigkeit), SPD-Ortsverein Misburg-Anderten

Weiterleitung SPD-Regionsfraktion

Empfehlung der AK: Annahme in der Fassung der Antragskommission

1 Umwelt und Klimaschutz gehören zu den Themenbereichen, die ausnahmslos alle Bürger:innen
2 betreffen, weil es dabei in erheblichem Ausmaß um ihre Lebensbedingungen geht. Die SPD ist
3 keine Klientel-, sondern eine Volkspartei. Deswegen muss sie sich um Umwelt und Klimaschutz
4 kümmern, und wenn sie das tut, muss das gut sein. Sonst macht sich die Sozialdemokratie
5 unglaublich. Es ist jedoch nicht nur geboten, dies als eine Notwendigkeit zu erkennen, sondern
6 diese Aufgabe positiv anzunehmen und eine aktive, gestaltende Politik im Sinne von Umwelt und
7 Klimaschutz zu verfolgen.

8 Der Klimawandel entsteht durch die menschliche Lebens- und Wirtschaftsweise, insbesondere
9 durch den Ausstoß von Treibhausgasen wie Kohlendioxid, und wird sich weiter fortsetzen.
10 Anstieg der Durchschnittstemperatur, Extremwetterereignisse, im Winter Überschwemmung
11 großer Teile Niedersachsens, im Sommer Wassermangel und Dürre sind keine
12 Momentaufnahmen oder Zufallsereignisse. Auch Fauna und Flora werden dabei erheblich in
13 Mitleidenschaft gezogen. Der bisher noch moderate Anstieg des Meeresspiegels durch die
14 Schmelze des Polareises wird sich um ein Vielfaches steigern.

15 Die Anzahl der hitzebedingten Sterbefälle wird weiter zunehmen. Die Ernteaufträge werden
16 steigen. Ein wichtiges Ziel der Region Hannover ist daher das Erreichen der Klimaneutralität bis
17 zum Jahr 2035. Diese ist bilanziell zu verstehen, d.h. voraussichtlich wird es nicht möglich sein,
18 alle Treibhausgasemissionen in der Region exakt auf null zu stellen. Anzustreben ist eine
19 möglichst weitgehende Reduktion dieser Emissionen. Darüber hinaus sind zum Erreichen des
20 Klimaziels Treibhausgasspeicher zu ertüchtigen, die den verbleibenden Ausstoß kompensieren. In
21 Frage kommen dabei Klimasenken wie Wald, Moor und Boden sowie technische
22 Kohlendioxidabscheidung.

23 Klimaschutz

24 Um die Klimaziele zu erreichen und so die Auswirkungen des Klimawandels zu begrenzen, sind
25 schnelle Maßnahmen in allen Sektoren dringend geboten. Die Energiewende beginnt beim
26 Energiesparen und der Effizienzsteigerung bei der Energienutzung. Die Kapazitäten
27 fortschrittlicher Energieträger können gar nicht schnell und stark genug hochgefahren werden,
28 wenn der Energieverbrauch am Ende höher ist, als er es vorher bei der Nutzung fossiler, also

29 konventioneller, kohlenstoffbasierter Energieträger war. Dies wäre auch eine
30 Energieverschwendung, der Einhalt zu gebieten ist.

31 Deswegen ist auch die Verkehrswende keine reine Antriebswende. Dass es heute elektrifizierte,
32 extrem schwere Stadtgeländewagen gibt, die insgesamt mehr Energie verbrauchen als ihre
33 Vorgängermodelle mit Verbrennungsmotoren, erschwert und verzögert die Zielerreichung der
34 Klimaneutralität. Zur effizienteren Energienutzung muss der Umweltverbund in der Region
35 Hannover erheblich gestärkt werden, also Fuß- und Radverkehr sowie vor allem der öffentliche
36 Personennahverkehr. Dieser ist in der Region Hannover auf mehr Strecken und auf höhere
37 Taktung auszubauen, die bereits existierende, sinnvolle und in wichtigen Teilen bereits
38 umgesetzte Forderung nach dem 365-Euro-Ticket ist weiter zu verfolgen.

39 Die erneuerbaren Energien, in erster Linie Photovoltaik und Windenergie, sind die Energiequellen
40 der Zukunft. Dazu gibt es in der Region Hannover bereits Ansätze, die kurz und langfristig mit
41 größtmöglicher Anstrengung hochgefahren werden müssen. Der Einsatz eines
42 Energiezwischenspeichers wie insbesondere grüner Wasserstoff muss von der Region etabliert
43 bzw. auch revitalisiert werden, nachdem die Anschubwirkung verschiedener Maßnahmen der
44 Region in der Wirtschaft noch nicht angekommen ist.

45 Ein sehr großer Verursacher von Treibhausgasen ist der Gebäudesektor. Dort muss die
46 Wärmewende ansetzen, also die Umstellung der Wärmeerzeugung auf erneuerbare Energien,
47 was insbesondere auch Heizungen in Wohnhäusern angeht. Hier muss neues Vertrauen in der
48 Bevölkerung gewonnen werden. Gleichzeitig muss die Wärmewende vorangetrieben werden.
49 Hierzu können informierend die Klimaschutzagentur der Region und ansonsten die gezielte
50 Förderung von Maßnahmen durch die Region eingesetzt werden.

51 Treibhausgasemissionen im Gebäudesektor betreffen auch die sogenannte graue Energie, die bei
52 der Erstellung von Neubauten verbraucht wird, beispielsweise bei der Herstellung von Beton. Mit
53 der Sanierung statt Neuerrichtung von Gebäuden kann viel graue Energie eingespart werden. Es
54 gibt bereits kombinierte Fördermaßnahmen der Region Hannover für Gebäudesanierung und
55 Nutzung erneuerbarer Energiequellen. Dies muss ebenfalls ausgebaut werden. Beim Bau müssen
56 verstärkt „alternative“ Materialien verwendet werden, die einen kleineren Treibhausgas-
57 Fußabdruck haben.

58 Die Region muss auch den Einfluss, den sie auf Landwirtschaft und Abfallwirtschaft hat,
59 einsetzen, um Treibhausgasemissionen zu senken.

60 Klimafolgenanpassung

61 Auch im Fall der Einhaltung des Klimaziels 2035 der Region Hannover wird sich der Klimawandel
62 gegenüber der heutigen Situation weiter verschärfen, daher sind Maßnahmen zur

63 Klimafolgenanpassung unabdingbar. Insbesondere müssen Infrastrukturen wie Straßen und
64 Bahngleise, Anlagen der erneuerbaren Energien sowie Gebäude und Sportstätten
65 widerstandsfähig gegen extreme Hitze, Stürme und Nässe gemacht werden. Hierzu verfolgt die
66 Region bereits Ansätze, die auch im Sinne von Katastrophenschutz (etwa höhere Deiche,
67 Warnsysteme, Ausstattung von Feuerwehr und Hilfsdiensten) und Katastrophenhilfe für
68 Betroffene, ausgebaut werden müssen.

69 Politische Positionierung

70 Umwelt und Klimaschutz dürfen auf keinen Fall allein den Grünen überlassen werden! Wenn wir
71 als Sozialdemokratie dies als ein Politikfeld anerkennen, das wir selbst gestalten wollen, ist dies
72 aus einem weiteren Grund auch bitter nötig: Wir sind diejenigen, die dazu berufen sind, auf die
73 Sozialverträglichkeit zu achten, mit der Energie-, Verkehrs- und Wärmewende durchgeführt
74 werden! Die ökologische Wende kann nur erfolgreich sein, wenn sie auch den sozialen Fortschritt
75 beinhaltet und alle Menschen mitnimmt. Alle Veränderungen müssen sozial verträglich und
76 leistbar sein. Dabei ist auch auf die Kommunikation dieser Vorhaben zu achten!

77

78 Der SPD-Unterbezirk ruft die SPD-Regionsfraktion auf, sich für die folgenden Schritte politisch
79 einzusetzen:

80 1. Die Regionsverwaltung erarbeitet ein Maßnahmenprogramm zur Klimawende zunächst für
81 fünf Jahre, in denen die Mittel für Umwelt und Klimaschutz so aufskaliert werden, dass das
82 Klimaziel zu schaffen ist. An der Finanzierung sollen sich Region Hannover, Land
83 Niedersachsen, Landeshauptstadt Hannover, die 20 Städte und Gemeinden sowie die
84 Wirtschaft in der Region beteiligen (inkl. der regionalen Kreditwirtschaft).

85 2. Die Regionsverwaltung stellt ihre wirtschaftliche Fördertätigkeit explizit in den Dienst der
86 wirtschaftlichen Transformation, also des Aufbaus einer Klimawirtschaft in der Region. Dabei
87 sind folgende Aspekte zu beachten:

88 • Fachkräfteentwicklung: Bildung, Ausbildung und Fortbildung, Qualifizierung und
89 Anwerbung von Zuwanderer:innen und potenziellen Fachkräften, auch im Bereich IT

90 • Förderung ansässiger Betriebe der Klimawirtschaft Förderung von Start-Ups und
91 Ausgründungen aus dem universitären Bereich und auch aus dem nichtuniversitären
92 Bereich

93 • deutliche Ausweitung des Hannover Beteiligungsfonds (HBF)

94 • Ansiedlung von Unternehmen der Klimawirtschaft, Zurverfügungstellung von
95 Grundstücken, innovative Lösungen um mehr Anreize für Ansiedlungen, für die Region

- 96 neue Wege gehen, Schaffung von Anreizen (Incentives)
- 97 • Bürokratische Unterstützung, Finanzierungsberatung (über Partner:innen)
- 98 • Technologieförderung durch Eigenprojekte der Region, der Städte und Gemeinden (z.B.
- 99 Großwärmepumpen, Elektrolyseure, tiefe Geothermie, Plasmalyse bei aha), im eigenen
- 100 Verantwortungsbereich damit vorangehen
- 101 • Unterstützung bei der Skalierung der nationalen Solarwirtschaft auf kommunaleigenen
- 102 Immobilien
- 103 • Ausbau der Infrastruktur für industrielle Gase, z.B. durch Einwerben beim Land zum Bau
- 104 einer Wasserstoffleitung vom Terminal in Wilhelmshaven in die Region Hannover für
- 105 energieintensive Industrien und die CO2-freie Fernwärmeerzeugung bei den regionalen
- 106 Versorgern und Versorgung der Enercity-Kaverne in Empelde
- 107 • Ausbau der verschiedenen Einrichtungen der Wirtschaftsförderung, weiterer Ausbau der
- 108 Kooperationen
- 109 • Beratung bei der Einwerbung von Fördermitteln in Kooperation mit NBank
- 110 • Massive Lobbyarbeit, auch in Kooperation mit anderen Regionen, Netzwerk gründen
- 111 • Einwerbung von Pilotprojekten von Bund, Land und EU
- 112 • Förderung von Energiegenossenschaften
- 113 • Förderung von Energiesenken wie Erhalt und Wiedervernässung von Mooren und
- 114 Aufforstungsprojekten
- 115 3. Förderung von Information, Aufklärung und Beratung von Privatpersonen und Unternehmen
- 116 (insbesondere durch die Klimaschutzagentur Region Hannover)

R 2 – Leitlinien des SPD-Unterbezirks Region Hannover zu Umwelt und Klimaschutz

(Ursprungsfassung)

Antragsteller:in Unterbezirksvorstand* (AK Nachhaltigkeit), SPD-Ortsverein Misburg-Anderten

Weiterleitung SPD-Regionsfraktion Hannover

1 Umwelt und Klimaschutz gehören zu den Themenbereichen, die ausnahmslos alle Bürgerinnen
2 und Bürger betreffen, weil es dabei in erheblichem Ausmaß um ihre Lebensbedingungen geht. Die
3 SPD ist keine Klientel-, sondern eine Volkspartei. Deswegen muss sie sich um Umwelt und
4 Klimaschutz kümmern, und wenn sie das tut, muss das gut sein. Sonst macht sich die
5 Sozialdemokratie unglaubwürdig. Es ist jedoch nicht nur geboten, dies als eine Notwendigkeit zu
6 erkennen, sondern diese Aufgabe positiv anzunehmen und eine aktive, gestaltende Politik im
7 Sinne von Umwelt und Klimaschutz zu verfolgen.

8 Der Klimawandel entsteht durch die menschliche Lebens- und Wirtschaftsweise, insbesondere
9 durch den Ausstoß von Treibhausgasen wie Kohlendioxid, und wird sich weiter fortsetzen.
10 Anstieg der Durchschnittstemperatur, Extremwetterereignisse, im Winter Überschwemmung
11 großer Teile Niedersachsens, im Sommer Wassermangel und Dürre sind keine
12 Momentaufnahmen oder Zufallsereignisse. Auch Fauna und Flora werden dabei erheblich in
13 Mitleidenschaft gezogen. Der bisher noch moderate Anstieg des Meeresspiegels durch die
14 Schmelze des Polareises wird sich um ein Vielfaches steigern.

15 Die Anzahl der hitzebedingten Sterbefälle wird weiter zunehmen. Die Ernteaufträge werden
16 steigen. Ein wichtiges Ziel der Region Hannover ist daher das Erreichen der Klimaneutralität bis
17 zum Jahr 2035. Diese ist bilanziell zu verstehen, d.h. voraussichtlich wird es nicht möglich sein,
18 alle Treibhausgasemissionen in der Region exakt auf null zu stellen. Anzustreben ist eine
19 möglichst weitgehende Reduktion dieser Emissionen. Darüber hinaus sind zum Erreichen des
20 Klimaziels Treibhausgasspeicher zu ertüchtigen, die den verbleibenden Ausstoß kompensieren. In
21 Frage kommen dabei Klimasenken wie Wald, Moor und Boden sowie technische
22 Kohlendioxidabscheidung.

23 Klimaschutz

24 Um die Klimaziele zu erreichen und so die Auswirkungen des Klimawandels zu begrenzen, sind
25 schnelle Maßnahmen in allen Sektoren dringend geboten. Die Energiewende beginnt beim
26 Energiesparen und der Effizienzsteigerung bei der Energienutzung. Die Kapazitäten
27 fortschrittlicher Energieträger können gar nicht schnell und stark genug hochgefahren werden,

28 wenn der Energieverbrauch am Ende höher ist, als er es vorher bei der Nutzung fossiler, also
29 konventioneller, kohlenstoffbasierter Energieträger war. Dies wäre auch eine
30 Energieverschwendung, der Einhalt zu gebieten ist.

31 Deswegen ist auch die Verkehrswende keine reine Antriebswende. Dass es heute elektrifizierte,
32 extrem schwere Stadtgeländewagen gibt, die insgesamt mehr Energie verbrauchen als ihre
33 Vorgängermodelle mit Verbrennungsmotoren, erschwert und verzögert die Zielerreichung der
34 Klimaneutralität. Zur effizienteren Energienutzung muss der Umweltverbund in der Region
35 Hannover erheblich gestärkt werden, also Fuß- und Radverkehr sowie vor allem der öffentliche
36 Personennahverkehr. Dieser ist in der Region Hannover auf mehr Strecken und auf höhere
37 Taktung auszubauen, die bereits existierende, sinnvolle und in wichtigen Teilen bereits
38 umgesetzte Forderung nach dem 365-Euro-Ticket ist weiter zu verfolgen.

39 Die erneuerbaren Energien, in erster Linie Photovoltaik und Windenergie, sind die Energiequellen
40 der Zukunft. Dazu gibt es in der Region Hannover bereits Ansätze, die kurz und langfristig mit
41 größtmöglicher Anstrengung hochgefahren werden müssen. Der Einsatz eines
42 EnergiezwischenSpeichers wie insbesondere grüner Wasserstoff muss von der Region etabliert
43 bzw. auch revitalisiert werden, nachdem die Anschubwirkung verschiedener Maßnahmen der
44 Region in der Wirtschaft noch nicht angekommen ist.

45 Ein sehr großer Verursacher von Treibhausgasen ist der Gebäudesektor. Dort muss die
46 Wärmewende ansetzen, also die Umstellung der Wärmeerzeugung auf erneuerbare Energien,
47 was insbesondere auch Heizungen in Wohnhäusern angeht. Hier muss neues Vertrauen in der
48 Bevölkerung gewonnen werden. Gleichzeitig muss die Wärmewende vorangetrieben werden.
49 Hierzu können informierend die Klimaschutzagentur der Region und ansonsten die gezielte
50 Förderung von Maßnahmen durch die Region eingesetzt werden.

51 Treibhausgasemissionen im Gebäudesektor betreffen auch die sogenannte graue Energie, die bei
52 der Erstellung von Neubauten verbraucht wird, beispielsweise bei der Herstellung von Beton. Mit
53 der Sanierung statt Neuerrichtung von Gebäuden kann viel graue Energie eingespart werden. Es
54 gibt bereits kombinierte Fördermaßnahmen der Region Hannover für Gebäudesanierung und
55 Nutzung erneuerbarer Energiequellen. Dies muss ebenfalls ausgebaut werden. Beim Bau müssen
56 verstärkt „alternative“ Materialien verwendet werden, die einen kleineren Treibhausgas-
57 Fußabdruck haben.

58 Die Region muss auch den Einfluss, den sie auf Landwirtschaft und Abfallwirtschaft hat,
59 einsetzen, um Treibhausgasemissionen zu senken.

60 Klimafolgenanpassung

61 Auch im Fall der Einhaltung des Klimaziels 2035 der Region Hannover wird sich der Klimawandel

62 gegenüber der heutigen Situation weiter verschärfen, daher sind Maßnahmen zur
63 Klimafolgenanpassung unabdingbar. Insbesondere müssen Infrastrukturen wie Straßen und
64 Bahngleise, Anlagen der erneuerbaren Energien sowie Gebäude und Sportstätten
65 widerstandsfähig gegen extreme Hitze, Stürme und Nässe gemacht werden. Hierzu verfolgt die
66 Region bereits Ansätze, die auch im Sinne von Katastrophenschutz (etwa höhere Deiche,
67 Warnsysteme, Ausstattung von Feuerwehr und Hilfsdiensten) und Katastrophenhilfe für
68 Betroffene, ausgebaut werden müssen.

69 Politische Positionierung

70 Umwelt und Klimaschutz dürfen auf keinen Fall allein den Grünen überlassen werden! Wenn wir
71 als Sozialdemokratie dies als ein Politikfeld anerkennen, das wir selbst gestalten wollen, ist dies
72 aus einem weiteren Grund auch bitter nötig: Wir sind diejenigen, die dazu berufen sind, auf die
73 Sozialverträglichkeit zu achten, mit der Energie-, Verkehrs- und Wärmewende durchgeführt
74 werden! Die ökologische Wende kann nur erfolgreich sein, wenn sie auch den sozialen Fortschritt
75 beinhaltet und alle Menschen mitnimmt. Alle Veränderungen müssen sozial verträglich und
76 leistbar sein. Dabei ist auch auf die Kommunikation dieser Vorhaben zu achten!

77 Dies sind Grundsätze, an denen wir uns als SPD im Unterbezirk Region Hannover orientieren, um
78 weitere konkrete Vorhaben zu Umwelt und Klimaschutz zu entwickeln, insbesondere auch in
79 Zusammenarbeit mit der SPD-Regionsfraktion Hannover.

80 Der SPD-Unterbezirk ruft die Regionsverwaltung insbesondere zu folgenden Schritten auf:

81 4. Die Regionsverwaltung erarbeitet ein Maßnahmenprogramm zur Klimawende zunächst für
82 fünf Jahre, in denen die Mittel für Umwelt und Klimaschutz so aufskaliert werden, dass das
83 Klimaziel zu schaffen ist. An der Finanzierung sollen sich Region Hannover, Land
84 Niedersachsen, Landeshauptstadt Hannover, die 20 Städte und Gemeinden sowie die
85 Wirtschaft in der Region beteiligen (inkl. der regionalen Kreditwirtschaft).

86 5. Die Regionsverwaltung stellt ihre wirtschaftliche Fördertätigkeit explizit in den Dienst der
87 wirtschaftlichen Transformation, also des Aufbaus einer Klimawirtschaft in der Region. Dabei
88 sind folgende Aspekte zu beachten:

- 89 • Fachkräfteentwicklung: Bildung, Ausbildung und Fortbildung, Qualifizierung und
90 Anwerbung von Zuwanderer:innen und potenziellen Fachkräften, auch im Bereich IT
- 91 • Förderung ansässiger Betriebe der Klimawirtschaft Förderung von Start-Ups und
92 Ausgründungen aus dem universitären Bereich und auch aus dem nichtuniversitären
93 Bereich
- 94 • deutliche Ausweitung des Hannover Beteiligungsfonds (HBF)

- 95 • Ansiedlung von Unternehmen der Klimawirtschaft, Zurverfügungstellung von
- 96 Grundstücken, innovative Lösungen um mehr Anreize für Ansiedlungen, für die Region
- 97 neue Wege gehen, Schaffung von Anreizen (Incentives)
- 98 • Bürokratische Unterstützung, Finanzierungsberatung (über Partner:innen)
- 99 • Technologieförderung durch Eigenprojekte der Region, der Städte und Gemeinden (z.B.
- 100 Großwärmepumpen, Elektrolyseure, tiefe Geothermie, Plasmalyse bei aha), im eigenen
- 101 Verantwortungsbereich damit vorangehen
- 102 • Unterstützung bei der Skalierung der nationalen Solarwirtschaft auf kommunaleigenen
- 103 Immobilien
- 104 • Ausbau der Infrastruktur für industrielle Gase, z.B. durch Einwerben beim Land zum Bau
- 105 einer Wasserstoffleitung vom Terminal in Wilhelmshaven in die Region Hannover für
- 106 energieintensive Industrien und die CO2-freie Fernwärmeerzeugung bei den regionalen
- 107 Versorgern und Versorgung der Enercity-Kaverne in Empelde
- 108 • Ausbau der verschiedenen Einrichtungen der Wirtschaftsförderung, weiterer Ausbau der
- 109 Kooperationen
- 110 • Beratung bei der Einwerbung von Fördermitteln in Kooperation mit NBank
- 111 • Massive Lobbyarbeit, auch in Kooperation mit anderen Regionen, Netzwerk gründen
- 112 • Einwerbung von Pilotprojekten von Bund, Land und EU
- 113 • Förderung von Energiegenossenschaften
- 114 • Förderung von Energiesenken wie Erhalt und Wiedervernässung von Mooren und
- 115 Aufforstungsprojekten
- 116 6. Förderung von Information, Aufklärung und Beratung von Privatpersonen und Unternehmen
- 117 (insbesondere durch die Klimaschutzagentur Region Hannover)

R 3 – Neugründung von Arbeitsgemeinschaften

Antragsteller:in Arbeitsgemeinschaft 60 plus

Weiterleitung Unterbezirksvorstand

Empfehlung der AK: Nichtbefassung

- 1 Der Unterbezirksvorstand begrüßt die Neugründung von Arbeitsgemeinschaften, hier besonders
- 2 die Gründung von AG60plus, in seinem Bereich möglichst vielen Ortsvereinen, insbesondere auch
- 3 im OV Linden-Limmer.

4 Begründung:

- 5 SPD-Mitglieder über 60 Jahre stellen innerhalb der SPD und auch in der Gesellschaft den
- 6 höchsten Anteil. Damit Mitglieder sich angemessen vertreten fühlen, müssen in weiteren
- 7 Ortsvereinen AG'en gegründet werden. Damit können auch bisher inaktive ältere Mitglieder
- 8 für die Parteiarbeit gewonnen werden. So kann die Arbeit der Ortsvereine gestärkt und
- 9 unterstützt werden.

R 4 – Migrationspakt“ beschlossen. Jetzt muss die EU einen „Pakt zur Bekämpfung der Fluchtursachen“ umsetzen

Antragsteller:in Unterbezirksvorstand

Weiterleitung S+D-Fraktion

Empfehlung der AK: <noch einfügen>

- 1 Das europäische Parlament hat mit Zustimmung der deutschen MdEPs den „Migrationspakt“
2 beschlossen. Die Verschärfung der Asylpolitik und strengere Regeln für die Kontrollen an den
3 Außengrenzen sollen die ungeordnete Zuwanderung von Flüchtlingen und Migranten nach
4 Europa einschränken und eine gerechtere Verteilung in den Mitgliedsstaaten ermöglichen.
- 5 Die EU – und insbesondere die europäischen Sozialdemokrat:innen – müssen jetzt dafür sorgen,
6 dass die in zähen Verhandlungen erreichten Regelungen unter höchstmöglicher Einhaltung
7 humanitärer Prinzipien des Asylrechts in den 27 Mitgliedsstaaten umgesetzt werden. Der
8 „Migrationspakt“ kann nur ein Element der Zuwanderungs- und Migrationspolitik sein.
- 9 Angesichts von Kriegen, Krisen, Armut, Folgen des Klimawandels und allgemeiner
10 Perspektivlosigkeit für junge Menschen wird der Zuwanderungsdruck anhalten oder gar
11 zunehmen.
- 12 Der SPD-Unterbezirksparteitag fordert deshalb von dem neuen Europa-Parlament unverzüglich
13 und erfolgsorientiert die Voraussetzungen für einen „Pakt zur Bekämpfung der Fluchtursachen“
14 zu schaffen.
- 15 Die deutschen und europäischen Sozialdemokraten/-innen werben um Unterstützung:
- 16 • für eine aktive Friedensoffensive zur Beendigung und Vermeidung von Kriegen und
17 regionalen militärischen Konflikten,
- 18 • für eine nachhaltige Strategie zur Überwindung der akuten Notlagen in den
19 Herkunftsländern von Flüchtlingen mittels eines Maßnahmenkatalogs in Abstimmung mit
20 kooperationsbereiten Regierungen,
- 21 • für eine verlässliche Finanzierung – wie beim „Migrationspakt“ – eines Programms zur
22 Grundversorgung mit Wohnraum, Wasser, Energie und Gesundheitswesen,
- 23 • für den Ausbau regionaler Beschäftigung in Verbindung von Bildung/Qualifizierung und
24 Investitionen,
- 25 • in die regionale Infrastruktur als Voraussetzung wirtschaftlicher Entwicklung.
- 26 Europa muss beweisen, dass es bereit ist, mit konkretem Handeln und konkreten Projekten

27 Lösungen zur Bekämpfung von Fluchtursachen wirksam zu realisieren. Jetzt gilt es die Tendenzen
28 zu militärischen Lösungen zu überwinden um die Migrationsursachen zu überwinden. Dazu
29 bedarf es einer abgestimmten europäischen Außenpolitik und erfolgreicher „Best-Practice-
30 Beispiele“. Nur wenn überzeugende Zukunftsperspektiven schnell realisiert werden können,
31 werden sich viele potentielle Flüchtlinge und Migranten zum Bleiben in den Heimatländern
32 entscheiden.

33 Begründung:

34 Erfolgt mündlich.

SATZUNGSÄNDERNDE ANTRÄGE (SÄ)

SÄ 1 – Verantwortung teilen: Doppelvorsitz für den Unterbezirksbeirat

Antragsteller:in Unterbezirksvorstand

Empfehlung der AK: Annahme

1 Der Parteitag des SPD-Unterbezirks Region Hannover ändert das Statut des Unterbezirks in der
2 Fassung vom 30. April 2022 mit Blick auf Paragraf 12 „Der Unterbezirksbeirat“ und schafft in
3 Absatz 2 neben einem Einzelvorsitz die Möglichkeit, dass sich der Beirat auch eine Doppelspitze
4 geben kann. Dazu wird Paragraf 12, Absatz 2 geändert in:

5 *„Für die Leitung der Sitzung wählt der Beirat eine bzw. einen Vorsitzenden oder zwei*
6 *gleichberechtigte Vorsitzende, davon eine Frau. Dazu beschließt der Beirat im Rahmen seiner*
7 *Konstituierung mit einfacher Mehrheit, ob eine Vorsitzende oder ein Vorsitzender, oder aber zwei*
8 *gleichberechtigte Vorsitzende gewählt werden sollen. Die Wahl der Vorsitzenden erfolgt in*
9 *Einzelwahl.“*

10 Begründung:

11 Bereits auf dem Parteitag des SPD-Unterbezirks Region Hannover im April 2022 hatten die
12 Delegierten mit großer Mehrheit das Statut angepasst und neben der Möglichkeit eines
13 Einzelvorsitzes eine so genannte Doppelspitze für den Unterbezirksvorstand ermöglicht. Die
14 oben vorgeschlagene Statutenänderung weitet diese Regelung konsequent auf den Beirat als
15 Zusammenschluss aller Ortsvereine aus. Auf diese Weise kann Verantwortung
16 gleichberechtigt auf mehrere Schultern verteilt werden.

SOZIALES (S)

S 1 – Beantragung der Förderanträge nach BuT effizienter machen

Antragsteller:in Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB)

Weiterleitung SPD-Regionsfraktion

Empfehlung der AK: Annahme

1 Die Regionsfraktion wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, die Beantragung von
2 Unterstützung nach BuT zu vereinfachen und effizienter zu gestalten. Lernförderanträge können
3 digital ausgefüllt werden und sollten dann auch so verschickt und bearbeitet werden können.

4 Begründung:

5 Mit dem Bildungs- und Teilhabekonzept wurde ein gutes Instrument geschaffen, um
6 bedürftigen Personen die gesellschaftliche und schulische Teilhabe zu erleichtern. Die
7 Beantragung liegt im schulischen Bereich oft in den Händen und der Verantwortung der
8 Lehrkräfte: Sie füllen die Bögen aus und erfragen, ob sie abgeschickt wurden oder
9 übernehmen das gleich selber. Im Verlauf erfahren sie nicht immer, ob der Antrag erfolgreich
10 war, oft dauert es lange bis zu einer Antwort von Region oder JobCenter, die dann auch
11 manchmal ablehnt. Das erfordert Nachhaken und eine neue Antragsstellung.

12 • Ein großer Teil der Lehrkräfte fühlt sich durch Verwaltungstätigkeiten überlastet –
13 Antragsstellungen und deren Nachverfolgung gehören dazu und kann bis zu vier Monate
14 dauern. Hier sollte man entlasten.

15 • Wenn Lehrkräfte eine Nachhilfe für notwendig erachten, kann es nicht im Ermessen der
16 Sachbearbeiter:innen liegen, dass zu gestatten.

17 • Langwierige Bearbeitungszeiten verkürzen effektiv die Zeit der Lernförderung, die
18 üblicherweise bis zum Schuljahresende gewährt wird bzw. belasten das Konto der
19 Lehrkraft (Klassenfahrt)

20 Der Prozess kann und muss vereinfacht werden:

21 • Das von den Eltern unterschriebene und von der Lehrkraft ausgefüllte und gestempelte
22 Formular sollte als E-Mail-Anhang an die Region oder das JobCenter verschickt werden.
23 Damit bekommt die sendende Person eine Empfangsbestätigung.

- 24 • Sollte der Prozess bei der Lehrkraft liegen, kann sie mit dem Antrag eine Vollmacht
25 versenden, und so auch die Antwort erhalten oder erfragen.
- 26 • Innerhalb von zwei Wochen sollte der Antrag beschieden und der Gutschein verschickt
27 bzw. eine Nachfrage erfolgt sein. So kann die Lernförderung zügig beginnen bzw. die
28 Finanzierung der Klassenfahrt abgeschlossen werden.

S 2 – Absicherung und Stärkung von spezialisierten Beratungsangeboten FASD (Fetal Alcohol Spectrum Disorders)

Antragsteller:in Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB)

Weiterleitung SPD-Landtagsfraktion, SPD-Regionsfraktion

Empfehlung der AK: Annahme in der Fassung der Antragskommission

1 Wir fordern die Region Hannover und Land Niedersachsen auf, dafür Sorge zu tragen, dass
2 Beratungsstellen, die sich in ihrem Beratungsangebot auf die Auswirkungen von Fetal Alcohol
3 Spectrum Disorders (FASD) für Kinder, Eltern, Lehrer:innen und Fachkräfte der Kinder- und
4 Jugendhilfe spezialisiert haben, durch eine institutionelle Förderung abgesichert werden.

5 Begründung:

6 Das Fetale Alkoholsyndrom (FASD) beinhaltet alle kindlichen Schädigungen, die durch den
7 Alkohol-Konsum in der Schwangerschaft entstanden sind. Es zeichnet sich durch eine
8 komplexe besondere Form der Behinderung aus, die unterschiedliche geistige, körperliche
9 und seelische Beeinträchtigungen sowie Störungen auf der Verhaltensebene beinhaltet. Mit
10 diesen multiplen körperlichen, geistigen und sozialen Folgen stellt es Eltern, Pflegeeltern und
11 Fachkräfte vor besonders schwierige Aufgaben, die diese ohne adäquate Begleitung und
12 Beratung kaum bewältigen können.

13 Fachkräfte in Schulen und Jugendhilfeeinrichtungen, können mit ihren bestehenden
14 Angeboten diese Zielgruppe nicht ausreichend unterstützen. Sie benötigen spezialisierte
15 Hilfe- und Beratungsmöglichkeiten. Bestehende Beratungsangebote haben sehr lange
16 Wartezeiten und sind oft mit dieser besonderen Fragestellung nicht vertraut. In
17 Niedersachsen gibt es derzeit nur zwei Beratungsstellen und zwei Selbsthilfegruppen, die auf
18 FASD spezialisiert sind.

19 Damit Kinder und Jugendlichen in ihren unterschiedlichen Bildungsorten nicht verloren
20 gehen, ist nicht nur die Sicherstellung einer inklusiven Bildung, Ausbildung und
21 Eingliederung, sondern auch ein passgenaues, Beratungssetting dringend geboten.

S 2 – Absicherung und Stärkung von spezialisierten Beratungsangeboten FASD (Fetal Alcohol Spectrum Disorders)

(Ursprungsfassung)

Antragsteller:in Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB)

Weiterleitung SPD-Landtagsfraktion, SPD-Regionsfraktion

- 1 Wir fordern die Kommunen und das Land Niedersachsen auf, dafür Sorge zu tragen, dass
- 2 Beratungsstellen, die sich in ihrem Beratungsangebot auf die Auswirkungen von Fetal Alcohol
- 3 Spectrum Disorders (FASD) für Kinder, Eltern, Lehrer:innen und Fachkräfte der Kinder- und
- 4 Jugendhilfe spezialisiert haben, durch eine institutionelle Förderung abgesichert werden.

S 3 – Abschaffung 2-Klassen-Medizin bei Terminvergaben

Antragsteller:in SPD-Ortsverein Laatzen

Weiterleitung Bundesparteitag, Bezirksparteitag

Empfehlung der AK: Überweisung als Material an den Unterbezirksvorstand

1 Wir fordern die Einführung eines einheitlichen Systems zur Terminvergabe bei Fachärzten.

2 Begründung:

3 Besonders bei Fachärzten müssen Kassenpatienten bis zu einem Jahr auf Arzttermine warten.

4 Auffällig ist, dass Privatpatienten solche Termine viel schneller erhalten. Das ist eine eklatante

5 Ungleichbehandlung und hat mit allgemeiner Gesundheitsprävention nichts mehr zu tun. Durch

6 die Einführung eines einheitlichen Systems mit dem Termine ohne Beachtung, ob Kassen- oder

7 Privatpatient vergeben werden, könnte wieder eine Gleichbehandlung eingeführt werden. Bei der

8 Vergabe sollte auch der Grund eines gewünschten Termins bewertet werden.

S 4 – Freiwilliges Soziales Jahr in Politik in den Parteien ermöglichen

Antragsteller:in SPD-Ortsverein Hemmingen

Weiterleitung Bundesparteitag, Bezirksparteitag

Empfehlung der AK: Annahme

- 1 Junge Menschen haben die Möglichkeit nach der Schule ein Freiwilliges Soziales Jahr („FSJ“)
2 durchzuführen. Ein Freiwilligendienst ermöglicht den jungen Menschen, sich praktisch zu
3 engagieren, neue Seiten und Talente zu entdecken. In Niedersachsen besteht sogar die
4 Möglichkeit ein Freiwilliges Soziales Jahr im Bereich Politik durchzuführen. Jedoch können die
5 jungen Menschen ihr FSJ aktuell nur bei einer größeren Fraktion (z.B. Landtagsfraktion oder
6 Regionsfraktion) oder bei einem Bundestagsabgeordneten durchführen. In der Zukunft ist zudem
7 geplant, ein FSJ-Politik bei einem Landtagsabgeordneten zu führen. Gerade in kleineren,
8 eigenständigen Kommunen spielen die Parteien eine wichtige Rolle, daher fordern wir:
- 9 • ein freiwilliges soziales Jahr in Politik soll auch in den Parteien ermöglicht werden,
 - 10 • das Parteiengesetz soll so angepasst werden, dass diese Option genutzt werden kann,
 - 11 • ein freiwilliges soziales Jahr darf nicht unter einer möglichen, illegalen Parteienfinanzierung
12 ausgespielt werden. Ziel muss es sein, junge Menschen die Parteien kennenlernen zu lassen.

13 Begründung:

14 Parteien haben in der Gesellschaft nicht das beste Image. Immer weniger Menschen
15 interessieren sich für die Parteipolitik. Gleichzeitig sind Parteien für die repräsentative
16 Demokratie eine wesentliche Stütze. Mit der Möglichkeit ein freiwilliges soziales Jahr in
17 Parteien durchzuführen, wollen wir junge Menschen die Optionen eröffnen, mehr über die
18 gesellschaftliche Funktion der Parteien zu erfahren. Für die Parteien ist es die Möglichkeit
19 sich stärker zu öffnen und für mehr Demokratie zu werben.

S 5 – Energiekostenausgleich für Rentner:innen

Antragsteller:in Arbeitsgemeinschaft 60 plus

Weiterleitung Bundesparteitag

Empfehlung der AK: Ablehnung

1 Der SPD-Unterbezirk Region Hannover schließt sich der Forderung der Arbeitsgemeinschaft 60
2 plus an und fordert die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich nach der einmaligen
3 Energiepreispauschale in Höhe von 300 Euro brutto in 2022 (25 Euro pro Monat) eine
4 Energiekosten- und Inflationsausgleichspauschale für alle Rentenbezieher:innen in Höhe von 30
5 bis 80 Euro pro Monat (360 Euro bis 960 Euro pro Jahr) einzusetzen.

6 Die Energiekosten- und Inflationsausgleichspauschale soll sich dabei gestaffelt an der Höhe der
7 Renten orientieren – bei Renten auf dem Niveau des soziokulturellen Existenzminimums 80 Euro
8 pro Monat, bei Renten oberhalb der Eckrente (Standardrente) 30 Euro pro Monat. Beim Bezug von
9 Bürgergeld darf die Energiekosten- und Inflationsausgleichspauschale nicht auf das Bürgergeld
10 angerechnet werden.

11 Die Finanzierung dieses Vorschlags erfolgt aus der Besteuerung der Windfall-Profits
12 (Zufallsgewinn) der Rüstungs- und Energiekonzerne, die maßgeblich für die steigende Inflation
13 verantwortlich sind.

14 Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf, einen entsprechenden Gesetzentwurf innerhalb der
15 Koalition einzubringen und alle SPD-Abgeordneten des Deutschen Bundestags, sich für diese
16 Forderung einzusetzen.

17 **Begründung:**

18 Zu Recht fordern die Arbeitnehmer:innen seit Monaten einen Energie und -
19 Inflationsausgleich zu ihren monatlichen Bezügen. In einigen Tarifabschlüssen sind dabei die
20 gewerkschaftlichen Forderungen übernommen worden.

21 Auch Rentner:innen bekommen kommen mit den steigenden Energiekosten und der
22 Inflation in finanzielle Not, während bestimmte Konzerne enorme unerwartete Gewinne
23 realisieren. Dabei sind Rentner:innen eine wichtige Komponente für die volkswirtschaftlich
24 betrachtet – Nachfrage. Sozial- und kulturpolitisch auch grundgesetzlich geboten, ist es die
25 Pflicht des Bundestages auch der Altersarmut zu begegnen.

S 6 – Automatische Auszahlung von BuT-Leistungen

Antragsteller:in Jusos Region Hannover

Weiterleitung SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Regionsfraktion

Empfehlung der AK: Annahme

1 Leistungen des Bildungs- und Teilhabepaketes sollen automatisch ausgezahlt werden und der
2 Zugang insgesamt niedrigschwelliger gestaltet werden. Dafür müssen die Formulare in leicht
3 verständlicher Sprache formuliert sein und es muss begleitende Erklärungsmaterialien in
4 verschiedenen Sprachen geben. Auch die Unterstützung beim Ausfüllen durch
5 Sozialarbeiter:innen halten wir für sehr sinnvoll.

6 Begründung:

7 Um ein Beispiel einer Leistung des Bildungs- und Teilhabepaketes zu nennen: Laut einer Studie
8 des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes bekommen 16,3 % der Berechtigten in
9 ganz Niedersachsen und nur 11,9 % der Berechtigten in der Region Hannover die in § 28 Abs.
10 7 Satz 1 SGB II geregelten Leistungen nach dem sog. Bildungs- und Teilhabepaket bewilligt.
11 Diese Leistung sieht eine Pauschale in Höhe von 15€ für Freizeitaktivitäten jeglicher Art vor.
12 Die Formulierung in § 28 Abs. 7 Satz 1 SGB II ist so offengehalten, dass wenige Nachweise
13 erbracht werden müssen. Trotzdem wird diese Leistung nur knapp 12 % der Berechtigten in
14 der Region Hannover bewilligt und möglicherweise noch weniger erhalten sie aufgrund von
15 Komplikationen tatsächlich.

S 7 – Finanzielle Sicherung für soziale Projekte in der Kinder- und Jugendarbeit

Antragsteller:in Jusos Region Hannover

Weiterleitung SPD-Fraktionen in der Region Hannover

Empfehlung der AK: Nichtbefassung

1 Wir fordern die SPD-Fraktionen in allen Stadträten in der Region Hannover dazu auf, sich für den
2 Schutz und die finanzielle Sicherung von sozialen Projekten, insbesondere für Kinder- und
3 Jugendliche, einzusetzen. So darf für keinen Haushaltsentwurf gestimmt werden, der für solche
4 Projekte Einsparungen vorsieht.

5 Selbes gilt für Nachtragshaushalte und Haushaltssicherungskonzepte. Wir fordern einen
6 Bestandschutz für soziale Projekte. So müssen jegliche finanziellen Leistungen bzw. Bezüge an
7 soziale Einrichtungen und soziale Projekte, sowohl städtischer als auch freier Träger, in den
8 Haushalten mindestens auf dem Niveau des Vorjahres fortbestehen.

9 Die Beträge dürfen den Wert aus dem Vorjahr nicht unterschreiten, wobei ein jährlicher
10 Inflationsausgleich anzuwenden ist. Diese Bestandschutz darf nur ausgenommen werden, wenn
11 eine Einrichtung bzw. ein Träger dies wünscht, rechtliche Verfehlungen in der Einrichtung bzw.
12 beim Träger vorliegen oder in der Einrichtung bzw. beim Träger gegen freiheitliche demokratische
13 Grundwerte gehandelt wird.

14 **Begründung:**

15 Die immer größer werdenden finanziellen Belastungen für Städte und Kommunen stellt auch
16 die Landeshauptstadt Hannover zunehmend vor Herausforderungen. Mit dem
17 Haushaltssicherungskonzept, kurz HSK, mussten Rat und Verwaltung einen Kompromiss
18 finden, um den Doppelhaushalt der Landeshauptstadt Hannover für die Jahre 2023 und 2024
19 durchbringen zu können, ohne eine Überschuldung zu verursachen. Klar ist, dass auch hier
20 die massive Geißelung durch die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse einen Teil zur
21 aktuellen Situation in den Kommunalhaushalten beiträgt, jedoch kann auf kommunaler
22 Ebene nichts an dieser Situation verändert werden. Die im Herbst 2023 angekündigte
23 Einsparmaßnahme der Landeshauptstadt Hannover, die Kürzung von städtischen
24 Zuschüssen an Vereine und Verbände in Höhe von sechs Millionen Euro pro Jahr, sei Ende
25 Januar 2024 vom Tisch, weil die Region Hannover ausgeholfen habe. Für das Jahr 2027 liege
26 aber noch keine Sicherung vor (vgl. HAZ-Artikel vom 25.01.2024: Stadt will 120 Millionen

27 Euro einsparen: Jugendtreffs und Bibliotheken dicht –Herrenhäuser Gärten werden teurer),
28 sodass die Debatte um Kürzungen und Einsparmaßnahmen erneut losgehen wird. Allein
29 dieser Umstand sorgt für Unmut bei Vereinen und Verbänden, die auf die Zuschüsse der
30 Landeshauptstadt Hannover angewiesen sind, um Investitionen in ihre Infrastruktur zu
31 tätigen oder den Tagesbetrieb am Laufen zu halten. Auch aus dem Gespräch mit den Falken
32 in unserer Unterbezirks-Vollversammlung vom 22.11.2023 ging hervor, dass die Existenz
33 unter anderen der Projekte „Bauwagentreff“ in Wettbergen und „Canarisweg“ in
34 Mühlenberg von den Zuschüssen der Landeshauptstadt Hannover abhängt. Hier greift die
35 Forderung des Antrages ein und gibt Vereinen und Verbänden, die soziale Projekte
36 durchführen, eine bessere Planungssicherheit. Im Januar 2024 verkündete die
37 Landeshauptstadt Hannover ebenfalls, bei Jugendtreffs, die in städtischer Hand liegen,
38 zukünftig einzusparen. So sollen Jugendzentren zusammengelegt und kleinere Jugendtreffs
39 gar geschlossen werden. So gebe man das Jugendcafé Krokus sowie die Jugendtreffs in
40 Herrenhausen, in Marienwerder und in Vinnhorst auf. Dagegen sollen die Einrichtungen in
41 Stöcken und in Kronsberg-Süd ausgebaut werden (vgl.HAZ-Artikel vom 25.01.2024: Stadt will
42 120 Millionen Euro einsparen:

43 Jugendtreffs und Bibliotheken dicht – Herrenhäuser Gärten werden teurer). Auch hier würde
44 die Forderung einen Haken verschieben, denn auch in Einrichtungen, die in städtischer Hand
45 liegen, dürfte nicht finanziell gespart werden. Zusammenfassend ist der Antrag ein Appell an
46 alle SPD-Fraktionen in den Stadträten in der Region Hannover. Die Haushaltslage ist politisch
47 gemacht, Investitionen in umstrittene Innenstadtkonzepte dürfen nicht Vereinen und
48 Verbände, und insbesondere der Kinder- und Jugendarbeit, zur Last fallen. Sie tragen in
49 sozialen Brennpunkten zum Erhalt des sozialen Zusammenhalts bei und sind ein
50 unermesslicher Gewinn für die Kommunen in der Region Hannover. Die Einsparmaßnahmen
51 mögen einen Haushalt bereinigen, den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft werden
52 sie beschmutzen.

VERKEHR (V)

V 1 – Verzicht auf die Ausbauten der A2 und der A7 in der Region Hannover im Bundesverkehrswegeplan

Antragsteller:in SPD-Ortsverein Kleefeld-Heideviertel

Weiterleitung Bundesparteitag,

Empfehlung der AK: Ablehnung

1 Auf die im Bundesverkehrswegeplan für die Region Hannover vorgesehenen vierstreifigen
2 Ausbauten der Autobahnen A2 und A7 soll verzichtet werden. Stattdessen soll der Ausbau des
3 Schienenverkehrs stärker gefördert werden, der zu Abnahme des Kfz-Verkehrs führen
4 wird.^[SEP]Sollten die für den Ausbau von A2 und A7 in der Region Hannover vorgesehenen Mittel im
5 Bundesverkehrswegeplan nur für den Ausbau von Bundesautobahnen verwendet werden
6 können, so soll aus diesen Mitteln der dreistreifige Ausbau der A7 zwischen Bad Fallingbostel und
7 Soltau-Ost finanziert werden.

8 Begründung:

9 Neben dem notwendigen Ausbau der Verkehrsinfrastruktur soll der
10 Bundesverkehrswegeplan dazu dienen, die Klimaschutzziele Deutschlands auch im
11 Verkehrssektor zu erfüllen. Dem werden die vorgesehenen vierstreifigen Ausbauten der
12 Bundesautobahnen A2 und A7 in der Region Hannover nicht gerecht. Die Mittel aus dem
13 Bundesverkehrswegeplan zum beschleunigten Ausbau der Verkehrsinfrastruktur sollten
14 deshalb vorrangig dem Ausbau des schienengebundenen Verkehrs zugutekommen. Sollten
15 die Mittel für den Ausbau von Autobahnen gebunden sein, so soll stattdessen der
16 dreistreifige Ausbau der A7 zwischen Bad Fallingbostel und Soltau-Ost daraus finanziert
17 werden.

V 2 – Umgehendes Abschleppen nicht zugelassener Kraftfahrzeuge („Schrottautos“) und Krafträder

Antragsteller:in SPD-Ortsverein Kleefeld-Heideviertel

Weiterleitung Landesparteirat, SPD-Regionsfraktion

Empfehlung der AK: Annahme in der Fassung der Antragskommission

1 Die Region Hannover ersucht das Land Niedersachsen, eine Rechtsvorschrift zu erlassen, die das
2 umgehende Abschleppen nicht zugelassener Kraftfahrzeuge und Krafträder aus dem öffentlichen
3 Raum und deren Verwahrung ermöglicht.

4 Begründung:

5 Zunehmend werden nicht mehr zugelassene Kraftfahrzeuge (sogenannte „Schrottautos“)
6 und Krafträder im öffentlichen Raum abgestellt – häufig sehr wahrscheinlich durch Kfz-
7 Händler. Diese Schrottautos stellen eine ernsthafte Gefährdung der Umwelt wie auch der
8 Verkehrssicherheit dar und verstopfen den ohnehin in einigen Ortsteilen gering bemessenen
9 Straßenraum.

10 Da das Verfahren, derartige Schrottautos und -krafträder aus dem öffentlichen Raum zu
11 entfernen, offensichtlich extrem kompliziert und mit etlichen Unwägbarkeiten behaftet ist
12 (vgl. dazu die Drucksache 15-1543/2023 F1 im Sitzungsmanagement der Landeshauptstadt
13 Hannover), muss es deutlich vereinfacht werden. Dafür wäre eine entsprechende
14 Rechtsvorschrift des Landes notwendig.

15 Als Vorbild dafür bietet sich das sogenannte „Bremer Modell“ an, das auf dem „Erlass für das
16 Abschleppen und Verwahren von Kraftfahrzeugen durch die Polizei Bremen und die
17 Verkehrsüberwachung des Ordnungsamtes Bremen“ des Senators für Inneres der Freien
18 Hansestadt Bremen vom 31.03.2021 beruht. Erprobt worden war das Bremer Modell in einer
19 konzertierten Aktion der Ordnungs- und Polizeibehörden des Staatstaates in den zwei
20 vorausgegangenen Jahren, in deren Verlauf laut „Weser-Report“ vom 20.08.2020 mehr als
21 957 „Schrottautos“ aus dem öffentlichen Raum entfernt worden waren.

V 2 – Umgehendes Abschleppen nicht zugelassener Kraftfahrzeuge („Schrottautos“) und Krafträder (Ursprungsfassung)

Antragsteller:in SPD-Ortsverein Kleefeld-Heideviertel

Weiterleitung Bezirksparteitag, Landesparteirat/Landesparteitag, Bundesparteitag

- 1 Die Region Hannover ersucht das Land Niedersachsen, eine Rechtsvorschrift zu erlassen, die nach
- 2 dem Vorbild des sogenannten „Bremer Modells“ das umgehende Abschleppen nicht zugelassener
- 3 Kraftfahrzeuge und Krafträder aus dem öffentlichen Raum und deren Verwahrung ermöglicht.

V 3 – Stadtbahnlinie nach Garbsen Mitte

Antragsteller:in Jusos Region Hannover

Weiterleitung SPD-Regionsfraktion

Empfehlung der AK: Annahme

- 1 Wir fordern, Garbsen Mitte und insbesondere den Campus Maschinenbau Garbsen direkt an das
- 2 Straßenbahnnetz anzubinden.

3 Begründung:

- 4 Die Nutzung des ÖPNVs darf kein Luxus von Großstädtern sein. Um eine Umweltfreundliche
- 5 Zukunft der Mobilität zu realisieren ist es unerlässlich, dass auch äußere Bereiche von
- 6 Großstädten gut angebunden sind um eine echte Alternative zum Auto zu bieten. Zudem
- 7 wird es so Menschen mit weniger Einkommen deutlich erschwert die Angebote des
- 8 öffentlichen Lebens in Hannover wahrzunehmen, da diese nicht die Möglichkeit haben auf
- 9 das Auto auszuweichen. Auch in Garbsen ansässige Bildungseinrichtungen wie der Campus
- 10 Maschinenbau der Leibniz Universität und Campus Handwerk der Handwerkskammer
- 11 müssen gut angebunden sein, da diese auch viel von nicht in Garbsen ansässigen Azubis und
- 12 Studenten besucht wird und auch hier sonst als Alternative oft nur das Auto bleibt. Die
- 13 favorisierte Lösung wäre die Abzweigung der Linie 4, da die Verlängerung der Linie 6 die
- 14 Fahrzeit nicht verkürzen, sondern verlängern würde.

V 4 – Nahverkehr: Ringlinie für die äußeren Stadtteile der LHH

Antragsteller:in SPD-Ortsverein Oststadt/Zoo

Weiterleitung SPD-Regionsfraktion, Unterbezirksvorstand

Empfehlung der AK: Annahme in der Fassung der Antragskommission

- 1 Der Öffentliche Nahverkehr innerhalb der Landeshauptstadt Hannovers soll dadurch gestärkt
- 2 werden, dass entsprechend des inneren Busringes für die äußeren Stadtteile ein zweiter, ggf. in
- 3 sich unterteilter Ring geschaffen wird, der es ermöglicht,
- 4 • die Stadtteile entlang der Stadtgrenze zu erreichen, ohne durch die Innenstadt fahren zu
- 5 müssen.

- 6 Begründung:
- 7 Erfolgt mündlich.

V 4 – Nahverkehr: Ringlinie für die äußeren Stadtteile der LHH

(Ursprungsfassung)

Antragsteller:in SPD-Ortsverein Oststadt/Zoo

Weiterleitung SPD-Regionsfraktion, Unterbezirksvorstand

- 1 Der Öffentliche Nahverkehr innerhalb der Landeshauptstadt Hannovers soll dadurch gestärkt
- 2 werden, dass entsprechend des inneren Busringes der 100er und 200er-Linie für die äußeren
- 3 Stadtteile ein zweiter Ring geschaffen wird (z.B 300er/400er), der es ermöglicht,
- 4 • die Stadtteile entlang der Stadtgrenze zu erreichen, ohne durch die Innenstadt fahren zu
- 5 müssen
- 6 • eine durchgehende Fahrt ohne Umsteigen vorzunehmen.

V 5 – Hochfrequentes autonomes Fahren in der Zukunft

Antragsteller:in SPD-Ortsverein Oststadt/Zoo

Weiterleitung SPD-Regionsfraktion

Empfehlung der AK: Annahme in der Fassung der Antragskommission

- 1 Die SPD im Unterbezirk wirkt darauf hin, langfristig eine selbstfahrende schienengebundene
- 2 üstra-Linie zu etablieren.

3 Begründung:

- 4 Seit vielen Jahren ist der Nahverkehr in der Region Hannover mit der Üstra und der GVH
- 5 Vorreiter in Sachen technologischer Fortschritt und Klimaschutz und ist damit auch Vorbild
- 6 für zahlreiche andere Verkehrsverbünde. In einigen Kommunen und Verkehrsverbänden gibt
- 7 es bereits heute Versuche mit selbstfahrenden Verkehrsmitteln, an zahlreichen Flughäfen
- 8 autonome Zubringerfahrzeuge vom Bahnhof zum Terminal. Unabhängig von einem
- 9 eventuellen zukünftigen Fachkräftemangel könnten auf diese Weise insbesondere auch in
- 10 Nachtzeiten eng frequentierte oder auch bedarfsbezogene autonome Verbindungen
- 11 sichergestellt werden. Alle Rechte der Beschäftigten sind in diesem Zusammenhang
- 12 uneingeschränkt zu schützen. In bestehende Arbeitsverhältnisse wird nicht eingegriffen, deren
- 13 Fortbestand ohne Gehaltseinbußen und Einschränkungen bei der Eingruppierung garantiert. Ziel
- 14 ist eine deutliche Frequenzerhöhung in den Randzeiten, weiterer technologischer Fortschritt im
- 15 Bereich des Nahverkehrs und eine verbesserte Serviceorientierung für die Fahrgäste.

V 6 – Nahverkehr: Ringlinie für die äußeren Stadtteile der LHH

(Ursprungsfassung)

Antragsteller:in SPD-Ortsverein Oststadt/Zoo

Weiterleitung SPD-Regionsfraktion, Unterbezirksvorstand

- 1 Die SPD im Unterbezirk wirkt darauf hin, dass in der Region Hannover bis zum Jahr 2055
- 2 mindestens eine Linie der schienengebundenen Üstra-Linien selbstfahrend (autonom) fährt. Dies
- 3 kann auf einer der bisherigen Strecken oder auf einem Neubau erfolgen. In bestehende
- 4 Arbeitsverhältnisse wird nicht eingegriffen, deren Fortbestand ohne Gehaltseinbußen und
- 5 Einschränkungen bei der Eingruppierung garantiert. Ziel ist eine deutliche Frequenzerhöhung in
- 6 den Randzeiten, weiterer technologischer Fortschritt im Bereich des Nahverkehrs und eine
- 7 verbesserte Serviceorientierung für die Fahrgäste.

ÄNDERUNGSANTRÄGE (Ä)

Ä 1 – Änderungsantrag zu AP-1:

Arbeitsprogramm 2.0

Auf dem Weg zu einer modernen, offenen Mitgliederpartei

Antragsteller:in Jusus Region Hannover

Weiterleitung Unterbezirksvorstand

- 1 Streiche in Zeilen 51 bis 54:
- 2 Die Ansprache gerade junger Neumitglieder (Stichwort: 10 unter 20) soll im Unterbezirk unter
- 3 Schulterchluss mit der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialist:innen verstärkt werden. Angeregt
- 4 wird deswegen eine regionsweite Kampagne „100 unter 35“.

- 5 Begründung:
- 6 Erfolgt mündlich.

Ä 2 – Änderungsantrag zu BA-6: Leerstand bekämpfen!

Antragsteller:in Jusos Region Hannover

Weiterleitung SPD-Regionsfraktion

- 1 Ändere Weiterleitung in:
- 2 Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion
- 3
- 4 Ändere Satz 1 des Antrages, Zeilen 1 bis 2, zu:
- 5 Neu: Die Bundestagsfraktion wird aufgefordert, eine gesetzliche Grundlage zu schaffen, die
- 6 Eigentümer:innen von Immobilien zur Nutzung ihres Eigentums durch Vermietung bzw.
- 7 Eigennutzung verpflichtet.

- 8 Begründung:
- 9 Erfolgt mündlich.

Ä 3 – Änderungsantrag zu IS-1:

Auf der Straße für die Demokratie – Polizei resilient
weiterentwickeln und weiterhin wehrhaft für die Demokratie
aufstellen!

Antragsteller:in Juntos Region Hannover

Weiterleitung Landesparteirat

- 1 Ändere in Zeile 11/12
- 2 „[...] dem Sachmitteletat der Polizei“ zu
- 3 Neu: „[...] dem Staatshaushalt“.

- 4 Begründung:
- 5 Erfolgt mündlich.

Ä 4 – Änderungsantrag zu S-7:

Finanzielle Sicherung für soziale Projekte in der Kinder- und Jugendarbeit

Antragsteller:in Jusos Region Hannover

Weiterleitung SPD-Fraktionen in der Region Hannover

- 1 Ändere Weiterleitung in:
- 2 SPD-Regionsfraktion
- 3
- 4 Ändere Zeile 1:
- 5 „[...] die SPD-Fraktionen in allen Stadträten der Region Hannover“ zu
- 6 Neu: „die SPD-Regionsfraktion“

- 7 Begründung:
- 8 Erfolgt mündlich.

Ä 5 – Änderungsantrag zu V-1

Verzicht auf die Ausbauten der A2 und der A7 in der Region Hannover im Bundesverkehrswegeplan

Antragsteller:in SPD Frauen

Weiterleitung SPD-Regionsfraktion, Unterbezirksvorstand

1 Die Zeilen 1 bis 7 sind zu ersetzen durch:

2 Die im Bundesverkehrswegeplan für die Region Hannover vorgesehenen Ausbauten auf acht
3 Fahrstreifen der Bundesautobahnen A2 und A7 sollen vermieden werden.

4 Die politische Schwerpunktsetzung soll stattdessen – wie explizit im Koalitionsvertrag vereinbart
5 und im Verkehrsentwicklungsplan 2035+ mit breiter Mehrheit in der Region Hannover
6 beschlossen – nachdrücklich auf dem Erhalt und der Sanierung im Bestand, den Ausbau und die
7 Reaktivierung des Schienenverkehrs und einer Überarbeitung des Bundesverkehrswegeplans auf
8 der Basis aktueller Daten und daraus abgeleiteter Kriterien gelegt werden.

9 Diese Position wird von den Regionsgremien gegenüber Region, Land und Bund vertreten.

10 Begründung:

11 Erfolgt mündlich.

12

13 Quellen:

14 Koalitionsvertrag der Bundesregierung, Seite 38 (III. Klimaschutz in einer sozial-ökologischen
15 Marktwirtschaft, Punkt Mobilität, Unterpunkt Infrastruktur):

16 *„Dabei wollen wir erheblich mehr in die Schiene als in die Straße investieren, um prioritär
17 Projekte eines Deutschlandtaktes umzusetzen. Bei den Bundesfernstraßen wollen wir einen
18 stärkeren Fokus auf Erhalt und Sanierung legen, mit besonderem Schwerpunkt auf
19 Ingenieurbauwerke. (...) Wir werden auf Basis neuer Kriterien einen neuen
20 Bundesverkehrswege- und -mobilitätsplan 2040 auf den Weg bringen (...)“.*

21 Verkehrsentwicklungsplan 2035+ der Region Hannover, Seite 46 f., unter der Überschrift
22 „Kapazitätsausbau der Schnellwege und Autobahnen vermeiden“:

23 Die Prognose der Bundesverkehrswegeplanung geht von einem weiteren Wachstum des
24 Pkw- und Lkw- Durchgangsverkehr durch die Region aus und sieht einen massiven Ausbau
25 des Fernstraßennetzes in der Region Hannover im vordringlichen und weiteren Bedarf vor (s.
26 Tabelle).

27 Die Modellrechnungen zeigen jedoch, dass insbesondere durch den Ausbau des S-Bahn- und
28 Stadtbahnnetzes der regionale Pkw-Verkehr deutlich abnehmen wird. Daher geht die
29 Verkehrsstärke auch auf der A2 und A7 trotz zunehmendem Durchgangsverkehr um rund
30 zehn Prozent zurück. Auf der B 65 ist mit einem Rückgang um über 30 Prozent der Kfz-
31 Verkehrsstärke zu rechnen.

- 32 Damit kann auf einen achtspurigen Ausbau der A2 und A7 und den vier-/sechsstreifigen Neu-
33 bzw. Ausbau der B 65 verzichtet werden.